



# Die Pädophiliedebatte

bei den Grünen im programmatischen  
und gesellschaftlichen Kontext

Erste und vorläufige Befunde zum Forschungsprojekt

verfasst vom

Institut für Demokratieforschung

Georg-August-Universität Göttingen



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsprojekts:

Dr. Stephan Klecha, Alexander Hensel (Koordinatoren), David Bebnowski, Lisa Julika Förster,  
Johanna Klatt, Jöran Klatt, Tobias Neef, Robert Pausch, Christopher Schmitz,  
Karin Schweinebraten, Katharina Trittel, Lars Geiges.

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Franz Walter

# Inhalt

<b>Zum Forschungsprojekt</b>	<b>4</b>
Besonderheiten des Projektes	4
Zu Vorgehen, Methodik und Archivbeständen	5
Phänomene und Arbeitsbegriffe	8
Methodische Überlegungen	14
<b>Die Vorgeschichte</b>	<b>17</b>
Auftakt der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte	29
Internationale Vorläufer und Bezüge	34
Impulse aus dem Bewegungsmilieu nach 1968	44
<b>Diskurse schwappen in eine Parteigründung</b>	<b>46</b>
Grüne Staatskepsis und grüner Minderheitenschutz	57
<b>Organisations- und Aktionsformen der Pädophiliekader in Deutschland</b>	<b>61</b>
Verbindung zur Schwulenbewegung und darüber hinaus	68
Deutscher Kinderschutzbund und Pro Familia in der Pädophiliedebatte	76
<b>Fortgang der grünen Pädophiliedebatte</b>	<b>81</b>
Die Verbindung zu den Stadtindianern	85
Wendepunkt: Nordrhein-Westfalen 1985	90
Exkurs: Volker Beck: Promoter der Wende?	100
Trennung von SchwuP	105
<b>Ein vorläufiges Fazit</b>	<b>111</b>

## Zum Forschungsprojekt

### Besonderheiten des Projektes

Im Vergleich zu anderen Studien unseres Instituts führen wir unsere Untersuchungen zum „Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie bei den Grünen“ zweifelsohne unter erschwerten Bedingungen durch. Wir haben einen Auftraggeber, der selbst im Zentrum der Diskussionen steht, dem natürlich un schwer ein Interesse an einer günstigen Darstellung des Sachverhalts nachgesagt werden kann. Gleichzeitig existiert ein öffentlicher politischer Diskurs, in dem sich der politische Gegner des Projektinitiators möglichst viele diskreditierende Details wünscht. Zudem – und das ist entscheidend – haben vor allem die Opfer von sexuellem Missbrauch ein Recht auf eine schonungslose und eindeutige Aufklärung. Wissenschaftliche Ergebnisse mit der notwendigen Differenzierung zu erarbeiten, ist in diesem Kontext eine besondere Herausforderung.

Wir haben auch vor diesem Hintergrund mit dem Bundesvorstand der Partei Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, dass die Partei zu keinem Zeitpunkt auf unsere Vorgehensweise, unsere Arbeit oder unsere Forschungsfragestellungen Einfluss nimmt. Wir entscheiden autonom und unter Berücksichtigung der gebotenen methodischen Sorgfalt über den Fortgang der Forschung. Wir legen fest, was wir wann und wie publizieren. Wir lassen uns dabei von dem leiten, was unsere Forschungsarbeit voranbringt, um Zugang zu Informationen zu erlangen und um die erforderlichen gesellschaftlichen Diskurse über die Vorgänge zu fördern. Zugleich stehen wir aber auch in der Pflicht, Informationen von öffentlichem Interesse zu publizieren. Kurzum, wir forschen weder für noch gegen eine Partei. Wir betreiben auch keine Aufklärung, wo es welche Missbrauchsfälle mit direkten oder indirekten Verbindungen zu den Grünen gegeben hat, wenngleich eben auch das nicht auszuschließen ist.<sup>1</sup> Vielmehr erforschen wir eher (oder gar bestenfalls), inwieweit politisches Handeln zur Legitimation von sexuellem Missbrauch beigetragen hat. Als Schlussfolgerung bedeutet dies, dass es nicht alleine um die Grünen als Partei oder um eine hermeneutische Untersuchung ihrer Beschlüsse gehen kann. Es ist vielmehr erforderlich, das Phänomen nicht nur

---

<sup>1</sup> Siehe die Darlegung von Freia Peters, Der alltägliche Missbrauch in einer grünen Kommune, in: Welt am Sonntag, 21.07.2013.

endogen zu erfassen, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld der Partei, ihre maßgeblichen Trägergruppen und ihre Milieubasis zu untersuchen, um die Bedingungen nachzuvollziehen, unter denen politisch gehandelt worden ist. Es gilt damit zu klären, aus welchem historischen Wurzelgrund die pädophilen Forderungen samt ihrer argumentativen Vorläufer und Begründungen entstanden sind. Wer waren die Träger und Promotoren dieser Diskussion, an der retrospektiv kaum jemand beteiligt sein oder an die sich auch kaum jemand erinnern möchte? Welchen, vielleicht sogar rational nachvollziehbaren, Argumenten folgte die Debatte in der damaligen Zeit?

Die Präsentation dieses Zwischenberichts verfolgt von unserer Seite mehrere Ziele: Wir stellen zum einen den Sachstand unserer Forschung für den Diskurs zur Verfügung, indem wir verfügbare Informationen bündeln und erweitern. Die auch öffentliche Auseinandersetzung darüber befördert zum anderen die Aufarbeitung des Themas, indem weitere Informationen, Quellen und Wissensbestände über die damalige Zeit in den Diskurs gebracht und so für uns besser erschließbar werden.

### Zu Vorgehen, Methodik und Archivbeständen

Die erste Feldsichtung hat dabei bereits einige Überraschungen zu Tage gefördert. Sie hat deutlich gemacht, wie umfassend man das Thema angehen muss. Es haben sich zahlreiche Spuren und Hinweise ergeben, die sich für den Untersuchungsauftrag mehr oder weniger gut eignen. Manche Aspekte sind aber auch abseits der Frage, was sich die Grünen zurechnen lassen müssen, im Interesse der Opfer von sexuellem Missbrauch wichtig und verdienen in diesem, wie in weiteren Forschungsvorhaben Berücksichtigung.

Mit diesem Zwischenbericht versuchen wir einen tragfähigen, wenngleich – das sei deutlich hervorgehoben – *vorläufigen* Sachstand darzulegen, der auf ersten Veröffentlichungen unseres Instituts aufbaut<sup>2</sup> und einen wesentlichen Teil unserer bisherigen Forschungsbefunde zusammenfasst, jedoch bei Weitem nicht alle. In

---

<sup>2</sup> Franz Walter u. Stephan Klecha, Distanzierungstango in der Pädö-Frage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.08.2013; Dies., Irrwege des Liberalismus, in: Spiegel Online, 28.08.2013, online einsehbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-irrwege-des-buergerrechtsliberalismus-a-918872.html> [eingesehen am 28.08.2013]; Dies., Die fatale Schweigespirale, in: tageszeitung, 16.09.2013; Franz Walter, „Es widert mich an“, in: Spiegel Online, 15.08.2013, online einsehbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-studie-franz-walter-zu-vorwuerfen-von-guenter-verheugen-a-916676.html> [eingesehen am 25.9.2013]; Ders., Das Finale einer verstörenden Entwicklung, in: Rotary Magazin, H. 11/2013, S. 41-45.

vielen Fällen sind Aspekte der Kontextualisierung noch zu berücksichtigen, Informationen zu gewichten oder hinreichend tief zu interpretieren. Möglich ist auch, dass bislang nicht entdeckte Quellen im Laufe des Forschungsprozesses einige Interpretationen der hier vorgelegten Ergebnisse verändern. Notwendigerweise wird zudem weder abschließend Auskunft über den gesamten Komplex gegeben, noch lassen sich alle Themen aufgreifen, die schon in der öffentlichen Debatte angeklungen sind. Wissenschaftliche Studien folgen aber einer anderen Logik, als die mediale Diskussion oder die öffentliche Erwartungshaltung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben wir einiges, aber eben nicht alles, an Sekundärliteratur und Archivmaterial gesichtet. Bei der Auswahl der Archive haben wir uns von folgenden Gedanken leiten lassen:

Untersucht werden müssen die Vorgänge, die unmittelbar bei den Grünen stattgefunden haben. Das setzt die Aufarbeitung der Bestände voraus, welche aus der Zeit überliefert sind. Diese liegen vorzugsweise im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin (AGG). Allerdings sind nicht alle Teile der Überlieferungen dort zu finden, einige Informationen befinden sich in verschiedenen Archiven, so beispielsweise die Bestände des niedersächsischen Landesverbands im Hauptstaatsarchiv Hannover (HStA Hannover). Einiges lagert auch in den Landes- und Kreisgeschäftsstellen der Partei, was Zug um Zug zu erschließen ist. Die in jüngster Zeit verstärkt angelaufene parteiinterne Sammlung von thematisch relevanten Materialien aus den Landesverbänden und regionalen Gliederungen könnte weitere relevante Quellen zutage fördern.

Das als relevant eingestufte Material im Berliner Archiv wurde zu einem großen Teil gesichtet, wohingegen die andernorts lagernden Bestände bisher nicht vollständig erfasst sind. Ob dieses überhaupt möglich ist, erscheint fraglich. Die zahlreichen Brüche, Spaltungen oder Kontroversen in der Frühphase der Grünen haben es mit sich gebracht, dass oftmals Aus- tritte oder Rückzüge einzelner Personen auch zur Mitnahme von Unterlagen und Materialien geführt haben. Aus der Frühzeit der Partei sind somit gerade Unterlagen aus Kreisverbänden gar nicht, bislang nicht oder nicht hinreichend archivarisch gesichert. Freilich können wir kaum sämtliche Unterlagen dahingehend überprüfen, wieweit wir in einigen Fällen eine vertiefende Untersuchung anhand örtlicher Unterlagen für wünschenswert halten und

vornehmen werden, soweit sich entsprechende Hinweise ergeben. Ungeachtet dessen lagern die Bestände der Landesverbände weitgehend im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Durch Spezialsammlungen und einzelne Deposita, die dort ebenfalls hinterlegt sind, lässt sich zudem etliches rekonstruieren. Auch eine Reihe von Zusendungen aus Privatarchiven haben hierzu geholfen.

Neben den unmittelbaren Geschehnissen in der grünen Partei ist entscheidend, in welchem gesellschaftlichen Umfeld die Grünen agiert und wie gesellschaftliche Bewegungen auf die Grünen eingewirkt haben. Nicht zuletzt aufgrund des Verständnisses der Grünen als Bewegungspartei ist es erforderlich, die mutmaßlich einwirkenden Bewegungen, Organisationen und Institutionen ebenfalls ins Visier zu nehmen. Zugleich lässt sich nur dadurch erschließen, wie Forderungen nach einer Freigabe von Pädophilie überhaupt ernsthaft diskutiert werden konnten.

Ein zentraler Akteur ist in dem Zusammenhang die Schwulenbewegung, die gerade Ende der 1970er Jahre in Teilen für pädophile Forderungen offen war.<sup>3</sup> Schon aus diesem Grund lagen Besuche des Archivs des Schwulen Museums (ASM) in Berlin und des Archivs des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HISArch) sowie des Lesbenarchivs Spinnboden (LAS) in Berlin nahe. Die zahlreichen Einflüsse aus der Kinderläden- und Kommunebewegung sind durch die Bestände des Archivs für Alternatives Schriftgut (AfAS) in Duisburg gut erschließbar und lassen sich durch das Archiv der Friedrichshof Wohnungsgenossenschaft (AdFW) ergänzen. Weil in der medialen Berichterstattung auf Daniel Cohn-Bendit<sup>4</sup> und auf die Stadtindianer<sup>5</sup> Bezug genommen worden war, bot sich eine Sichtung der Stadtarchive von Frankfurt (StA Frankfurt) und Nürnberg (StA Nürnberg) an. In Erwartung auch etwas aus indirekten Beobachtungen politischer Konkurrenten zu erfahren, haben wir zudem Rechercheanfragen

---

3 Sebastian Haunss, Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 199; Andreas Salmen u. Albert Eckert, 20 Jahre bun desdeutsche Schwulenbewegung 1969-1989, BVH Materialien 1, 1989, HISArch, SBe, 699+700, Box 1.

4 Exemplarisch: O.V., Voßkuhle sagt Festrede für Cohn-Bendit ab, in: Süddeutsche Online, 14.03.2013, online einsehbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/theodor-heuss-preis-vosskuhle-sagt-festrede-fuer-cohn-bendit-ab-1.1624584> [eingesehen am 04.12.2013]; Christian Füller, Der Tabubrecher, in: tageszeitung Online, 19.04.2013, online einsehbar unter <http://www.taz.de/!114644/> [eingesehen am 04.12.2013].

5 Reiner Burger, Ein Triumph der Päderasten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.05.2013; Matthias Kamann, Zeitgeist förderte bei Grünen gefährliche Tendenzen, in: Welt Online, 19.05.2013, online einsehbar unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/artic-le116191482/Zeitgeist-foerderte-bei-Gruenen-gefaehrliche-Tendenzen.html> [eingesehen am 04.12.2013].

an die Hanns-Seidel-Stiftung (ACSP), die Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), die Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) und die Friedrich-Naumann-Stiftung (AdL) gestellt. Überdies interessierte natürlich, welche Debatten die Mitbewerber der Grünen selbst geführt haben. Während wir die Bestände in der Hanns-Seidel-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung selbst gesichtet haben, haben wir von den anderen Stiftungen entsprechende Archivauskünfte erhalten. Schließlich haben wir auch umfangreiche Rechercheanfragen ans Bundesarchiv (BArch) gestellt, von denen wir einen Teil bereits gesichtet haben. Weitere Materialien erreichten uns durch Zusendungen, welche aus Privatarchiven entnommen worden sind.

In einigen weiteren Archiven liegen zudem noch Bestände, die von uns noch einzusehen sind und für die wir Einsichtnahmen beantragt haben. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat uns eine vollständige Öffnung sämtlicher Archivunterlagen zugesichert. In dieser Hinsicht hatten wir bislang keine Schwierigkeiten, von dieser Seite die gegebenenfalls erforderlichen Sperrfristverkürzungen zu erhalten. Sie umfassen auch die Bestände der Fraktionen und der von Privatpersonen hinterlegten Deposita. Allerdings gibt es Bestände, die nicht den Grünen als Partei zuzuordnen sind, die in anderen Archiven als dem AGG lagern, die dort Sperrfristen unterliegen und die ohne Einwilligung der Hinterleger oder ihrer Erben gegenwärtig nicht einsehbar sind. Hier versuchen wir Freigaben zu erwirken, sind dabei aber an Kooperationen gebunden, die nicht von den Grünen abhängen. Mit einigen der bisher gesichteten Materialien, wie zahlreichen noch zu erschließenden Quellen, werden wir uns überdies näher beschäftigen. Das kann dazu führen, dass wir einige der hier festgehaltenen Ergebnisse nachdrücklich bekräftigen oder einige Befunde abschwächen müssen. Daher – ein weiteres Mal – sei die Vorläufigkeit dieses Berichts hervorgehoben.

### Phänomene und Arbeitsbegriffe

Zwei Begriffe haben wir bereits aufgeworfen, die in der öffentlichen Diskussion oftmals synonym verwendet werden, die dennoch auseinander zu halten sind: Pädophilie und sexueller Missbrauch. Pädophilie stellt eine sexuelle Deviation dar. Sexueller Missbrauch definiert einen sexuellen Übergriff gegenüber einer Person, die aufgrund freiheitsbe-



schränkender Umstände nicht wirksam in diesen einwilligen kann.<sup>6</sup> Jeder Begriff für sich ist bereits problematisch, die umfangreichen akademischen Diskussionen hierzu sollen im vorliegenden Zwischenbericht nur angerissen werden. Pädophilie bedeutet sprachetymologisch eigentlich die Liebe zu Kindern, was wiederum euphemistisch klingt, da es sich ja um eine sexuelle Prädisposition handelt, bei der nicht nur die Zuneigung zu Kindern die Triebkraft des Handelns ist, sondern ebenso der Wunsch, die eigene Sexualität mit Kindern auszuleben. Um dieser Verzerrung der Sichtweise vorzubeugen, wird in der Sexualwissenschaft vielfach eher von Pädosexualität gesprochen,<sup>7</sup> worunter die Sexualmedizin die Tathandlung subsumiert, unabhängig davon, ob eine pädophile Neigung vorliegt.<sup>8</sup> Eine definitivische Trennung zwischen Pädophilen und anderen, Kinder als Ersatzobjekt nutzen, Tätern stellt ihrerseits ein Problem dar: Sie legt die Deutung nahe, dass Menschen mit einer „wirklichen“ erotisch-sexuellen Neigung zu Kindern in ihren Verhaltensweisen auch ausreichend auf die Bedürfnisse von Kindern ausgerichtet sind. Eine solche Sicht der Dinge ignoriert aber das der Sexualität zugrundeliegende narzisstische Handlungsmuster: Die Vorliebe für ein Objekt ist an die Erwartung geknüpft, dass dieses die eigenen erotischen und sexuellen Bedürfnisse erfüllt,<sup>9</sup> die indes nicht mit den Bedürfnissen des Kindes übereinstimmen. Der renommierte Sexualforscher und frühere Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung, Gunter Schmidt, bezweifelt nicht, dass Kinder eine eigene Sexualität haben: „Kinder sind sexuell neugierig, erkunden spielerisch Lustmöglichkeiten, mit sich allein oder in Doktorspielen. Sexuelle Kontakte mit Erwachsenen sind allerdings als Letzte, was sie wollen.“ Pädosexuelle Aktivitäten zu tolerieren geißelt er daher scharf als „eine nicht akzeptable Laissez-faire-Haltung“.<sup>10</sup> Ein anderer Sexualwissenschaftler,

6 Herbert Tröndle u. Thomas Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, München 2004, vor § 176, Rn. 9.

7 Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen 2001; Martin Dannecker, Pädosexualität, in: Dirk Bange u. Wilhelm Körner (Hg.), Handwörterbuch Sexueller Missbrauch, Göttingen 2002, S. 390-394, hier S. 390; Martin Dannecker, Bemerkungen zur strafrechtlichen Behandlung der Pädosexualität, in: Herbert Jäger u. Eberhard Schorsch (Hg.), Sexualwissenschaft und Strafrecht, Stuttgart 1987, S. 71-83; Hertha Richter-Appelt, Störungen der Sexualität, in: Christian Reimer u. Ulrich Rüger (Hg.), Psychodynamische Psychotherapien. Lehrbuch der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapieverfahren, Stuttgart 2006, S. 341-355, hier S. 351.

8 Christoph J. Ahlers u.a., Das Spektrum der Sexualstörungen und ihre Klassifizierbarkeit im ICD-10 und DSM-IV, in: Sexuologie: Zeitschrift für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft, Jg. 12 (2005) H. 3-4, S. 120-152, hier S. 145.

9 Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen, 2001, S. 25-27.

10 Gunter Schmidt im Interview mit Hans-Hermann Kotte, „Rückzüge in den homosozialen Bunker“, in: Zeitschrift für Sexualforschung, Jg. 23 (2010) H. 3, S. 258-261

Martin Dannecker, spricht ebenso von einer „Disparität des sexuellen Verlangens“<sup>11</sup> zwischen Erwachsenen und Kindern; sein Kollege Günter Amendt attestierte der pädophilen Ideologie infolgedessen gar Sozialdarwinismus, da sie die Begehrlichkeiten des Stärkeren gegenüber den Schwächeren privilegiere.<sup>12</sup> Präzise leuchtet das der Sexualforscher Volkmar Sigusch aus: „Heute hat bei uns die sexuelle Selbstbestimmung dank ‚sexueller Revolution‘ einen hohen Rang. Über die reflektierte Selbstbestimmung verfügt ein vorpubertäres Kind aber noch nicht. Da ein vorpubertäres Kind noch nicht einmal weiß, was Liebe und Sexualität sind, was sie bedeuten, was sie symbolisieren, wie sie von anderen Menschen gesehen und gelebt werden, kann auch nicht von sexueller Selbstbestimmung die Rede sein. Allein aus diesem Grund ist das Verhältnis eines Pädosexuellen zu einem Kind auf Sand gebaut, drastischer gesagt: auf eine (Selbst-)Täuschung des Erwachsenen. Eine behauptete ‚Einvernehmlichkeit‘ zwischen dem Kind und dem Pädosexuellen gründet entweder auf der sozial prekären Lage des Kindes oder auf den Einfühlungs- und Verführungskünsten des Erwachsenen. Ohne derartige ebenso besondere wie verfängliche Umstände ist kein Kind bereit, mit einem Erwachsenen solche ekligen Dinge zu tun. Zwischen der kindlichen Sexualität und der eines Erwachsenen klafft ein unüberwindbarer Abgrund, der nur durch mehr oder weniger erkennbare Gewaltanwendung und Machtausübung überwunden werden kann - mit den bekannten Folgen.“<sup>13</sup> Für unsere Studie haben wir uns entschieden, am Begriff der Pädophilie vorerst festzuhalten, weil dieser in der historischen und auch aktuellen Debatte so stark verbreitet ist, dass die Nutzung eines alternativen Begriffs für überflüssige Verwirrung und aufwändige Einordnungen gesorgt hätte.<sup>14</sup>

Auch der Begriff des sexuellen Missbrauchs wird problematisiert, weil er in sprachlicher Hinsicht die Möglichkeit eines richtigen Gebrauchs impliziert, weswegen einige Autoren lieber auf den Begriff der sexuellen Gewalt oder der sexuellen Misshandlung abstellen.<sup>15</sup> Insofern

---

11 Martin Dannecker, Bemerkungen zur strafrechtlichen Behandlung der Pädosexualität, in: Herbert Jäger u. Eberhard Schorsch (Hg.), *Sexualwissenschaft und Strafrecht*, Stuttgart 1987, S. 71-83, hier S. 79.

12 Günter Amendt, *Nur die Sau rauslassen?*, Sexualität konkret, 1980, S. 23-30.

13 Volkmar Sigusch, Sexueller Kindesmissbrauch. Zum Stand von Forschung und Therapie, in: *Deutsches Ärzteblatt* H. 37/2011, S. S. 1898-1902, hier: S. A 1902

14 So auch Melanie Kisling, *Pädophilie und Pädosexualität. Ursachenforschung und Interventionsmöglichkeiten*, Saarbrücken 2010, S. 8.

15 Siehe die Übersicht bei: J. M. Fegert u.a., Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in: *Bundesgesundheitsblatt*, Jg. 56 (2013) H. 2, S. 199-207.

haben wir es insgesamt mit zwei normativ stark aufgeladenen Begriffen zu tun, die unterschiedliche Perspektiven auf das Phänomen werfen. Die Folge davon ist, dass die Diskussion überwiegend und bis in die Wissenschaft hinein in Kategorien der Wahrheit abläuft und die Sprecher mit ihren Äußerungen oftmals den „Lagern“ von Angreifern und Verteidigern von Positionen der strafrechtlichen Frage zugeordnet werden.<sup>16</sup> „Wenn fünf Sexualwissenschaftler privat zusammensitzen“, so die Beobachtung der Psychologin Sophinette Becker vom Institut für Sexualtherapie, „und einer schneidet das Thema Pädophilie an, bricht in kurzer Zeit heftiger Streit aus. Werfen die einen den anderen Feigheit, Konformismus, bieder Moralisation, Ausgrenzung von Minderheiten vor, schlagen die anderen mit dem Vorwurf der Verharmlosung, Verleugnung, Pseudo-Fortschrittlichkeit zurück.“<sup>17</sup> Hierdurch wird die Erforschung der Debatte an einigen Stellen erschwert. Neben einer normativen Aufladung findet sich in der öffentlichen Debatte eine unzureichende Differenzierung von Begriffen und Phänomenen. Gerade seit den Debatten über sexuellen Missbrauch in den 1980er und 1990er Jahren wird der Begriff der Pädophilie häufig synonym mit dem des sexuellen Missbrauchs verwendet. Dabei gibt es Personen mit pädophiler Neigung, die „nie in ihrem Leben strafrechtlich oder klinisch in Erscheinung treten“<sup>18</sup>. Zugleich sind Kinder sexuellen Übergriffen ausgeliefert, ohne dass der Täter selbst eine pädophile Neigung besitzt, so dass „nicht hinter jedem Missbrauchsdelikt zum Nachteil eines Kindes ein pädophil gestörter Täter steckt.“<sup>19</sup> Pädophilie ist somit weder eine hinreichende, noch eine notwendige Bedingung für sexuellen Missbrauch.<sup>20</sup>

Natürlich hängen Pädophilie und sexueller Missbrauch aber auch miteinander zusammen.

Aus einer pädophilen Neigung kann sexueller Missbrauch erwachsen, beziehungsweise:

---

16 Hertha Richter-Appelt, Sexuelle Traumatisierungen und körperliche Misshandlungen in der Kindheit. Geschlechtsspezifische Aspekte, in: Sonja Düring u. Margret Hauch (Hrsg.), *Heterosexuelle Verhältnisse*, Stuttgart 1995, S. 56-76, hier S. 58

17 Sophinette Becker, Pädophilie zwischen Dämonisierung und Verharmlosung, in *Werkblatt - Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik* H. 1/1997, S. 5-21, hier: S. 5.

18 Friedemann Pfäfflin, Kinderliebe, Pädophilie und pädosexuelle Straftaten, in: Stephan Doering u. Heidi Möller (Hrsg.), *Frankenstein und Belle de Jour*, 30 Filmcharaktere und ihre psychischen Störungen, Heidelberg 2008, S. 356-363, hier S. 362.

19 Andreas Mokros u.a., Pädophilie, Prävalenz, Ätiologie und Diagnostik, in: *Der Nervenarzt*, H. 3/2012, S. 355-358, hier S. 356, Hervorhebung im Original; ähnlich Friedemann Pfäfflin, Kinderliebe, Pädophilie und pädosexuelle Straftaten, in: Stephan Doering u. Heidi Möller (Hg.), *Frankenstein und Belle de Jour*, 30 Filmcharaktere und ihre psychischen Störungen, Heidelberg 2008, S. 356-363, hier S. 361.

20 Andreas Mokros u.a., Pädophilie, Prävalenz, Ätiologie und Diagnostik, in: *Der Nervenarzt*, H. 3/2012, S. 355-358, hier S. 355.

Ein sexueller Missbrauch kann (unter anderem) auf einer pädophilen Neigung basieren. Pädophilie „dürfte [...] einen Hauptrisikofaktor für die Begehung von sexuellen Missbrauchsdelikten an Kindern darstellen“.<sup>21</sup> Dennoch ist unter dem Begriff Pädophilie primär eine sexuelle Disposition zu verstehen, während sexueller Missbrauch einen Straftatbestand bezeichnet, der überdies in seiner Geschichte Wandlungen unterlegen ist.<sup>22</sup> Die Geschichte der Sexualwissenschaft als Wissenschaft von der sexuellen Abweichung ist indes relativ jung: Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigen sich anfangs insbesondere Psychiater mit Erscheinungen der Abweichung von der sexuellen Norm. In einer biologisch fundierten psychiatrischen Wissenschaft galt die sexuelle Norm als „natürliche“, das heißt, beständige und reproduktionsbezogene Erscheinung.<sup>23</sup> Wenngleich die Sexualwissenschaft sich in ihrer Geschichte gerade von der gesellschaftlichen Normbezogenheit immer wieder zu befreien versucht hat, ist diese dem klinischen Umgang mit sexuellen Devianzen noch immer eingeschrieben – wenn auch unter Anerkennung ihrer kulturellen Bedingtheit. Das Zustandekommen einer pädophilen Sexualpräferenz ist in klinischer Perspektive nicht hinreichend geklärt. Zwar existieren verschiedene Ansätze, die auf neurobiologischer, lerntheoretischer und psychologischer Ebene Erklärungsmodelle liefern.<sup>24</sup> Dennoch sind die Wissensbestände hierzu äußerst begrenzt und der Informationsgehalt von eindimensionalen Erklärungsmustern scheint unzureichend.<sup>25</sup>

Die derzeit allgemeinste klinische Definition von Pädophilie ergibt sich aus dem DSM, dem diagnostischen Handbuch psychischer Störungen (Diagnostic and statistic manual), sowie dem ICD-10, der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandten Gesundheitsprobleme. Hier ist Pädophilie den „paraphilen Störungen“ (DSM-IV-TR), also Störungen der Sexualpräferenz (ICD-10), zugeordnet. Nach DSM – IV – TR (2000) müssen folgende Kriterien erfüllt sein, damit eine paraphile Störung diagnostiziert werden

<sup>21</sup> Ebd., S. 355 f.

<sup>22</sup> Johannes A.J. Brüggemann, Entwicklung und Wandel des Sexualstrafrechts in der Geschichte unseres StGB, Baden-Baden 2013.

<sup>23</sup> Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen, 2001, S. 17-18.

<sup>24</sup> Vgl. weiterführend: Peter Fromberger u.a., Neurobiologie der pädophilen Störung – eine methodenkritische Darstellung bisheriger Forschungsergebnisse, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie H. 1/2007, S.249-258; Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen, 2001, S. 95-117.

<sup>25</sup> Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen, 2001, S.117-118.

kann:

1. Muss es um sexuelle Phantasien oder dranghaftes Verhalten gehen, das auf ungewöhnliche, nichtmenschliche Objekte, Leiden von sich selbst oder anderen oder Kinder oder andere, nicht einwilligungsfähige Personen ausgerichtet ist.
2. Muss gemäß dieser Phantasien gehandelt worden sein oder ein Leiden oder eine Beeinträchtigung in wichtigen persönlichen Funktionsbereichen (Arbeit, soziales Umfeld) vorliegen.
3. Dürfen die ersten beiden Kriterien nicht aus einer anderen psychischen Krankheit, einer Behinderung oder akuter Intoxikation resultieren.<sup>26</sup>

Insbesondere der zweite Aspekt weist eine starke Normbezogenheit auf: Beeinträchtigungen der persönlichen Funktionsbereiche hängen immer auch mit Norm- und Normalitätsvorstellungen der jeweiligen Gesellschaft und Epoche zusammen. Genau gegen diese Normbezogenheit mussten sich auch Homosexuelle in ihrer Emanzipationsgeschichte wehren. Pädophilie fällt also unter eine Störungskategorie, die in ihrer Entwicklung Wandlungen unterworfen war, wahrscheinlich auch immer wieder sein wird. Eine wertfreie Definition von Paraphilien, so Claudia Bundschuh, gibt es nicht.<sup>27</sup>

Während es sich somit bei Pädophilie um eine medizinisch indizierbare Störung der Sexualpräferenz handelt<sup>28</sup>, stellt sexueller Missbrauch eine strafrechtlich relevante Tathandlung dar,<sup>29</sup> bei der die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers beeinträchtigt wird.<sup>30</sup> Zugleich ist die Kategorie der sexuellen Störungen in Teilen normabhängig und damit prinzipiell auch ein möglicher Gegenstand politisch-kultureller Auseinandersetzungen.

In diesem Kontext wiederum findet sich der Zugang für die Pädophiliedebatte bei den Grünen. Es ging um die Fragestellung, ob das Verlangen eines Pädophilen nicht nur akzeptierte Neigung sein könnte, sondern ob auch die Erfüllung seines Triebs akzeptabel wäre, sofern

---

26 Wolfgang Berner u. Peer Briken, Störung der Sexualpräferenz (Paraphilie), in: Bundesgesundheitsblatt, Jg. 50 (2007) H. 1, S. 33-43, hier S. 33.

27 Claudia Bundschuh, Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen, 2001, S. 25

28 Wolfgang Berner u. Peer Briken, Störung der Sexualpräferenz (Paraphilie), in: Bundesgesundheitsblatt, Jg. 50 (2007) H. 1, S. 33-43.

29 Andreas Mokros u.a., Pädophilie, Prävalenz, Ätiologie und Diagnostik, in: Der Nervenarzt, H. 3/2012, S. 355-358, hier S. 355.

30 Hans-Ludwig Kröber, „Psychische Störung“ als Begründung für staatliche Eingriffe in Grundrechte des Individuums, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, Heft 5/2011, S. 234-243, hier S. 235.

die gleichen Kriterien gelten würden, die auch für den Sexualverkehr von Hetero- oder auch Homosexuellen angelegt würden. Insoweit Teile des Alternativmilieus das bejahten, leiteten sie daraus den politischen Auftrag ab, jene sexuellen Missbrauchshandlungen, die auf pädophilen Neigungen aufbauten, strafrechtlich zu privilegieren beziehungsweise diese nicht mehr mit dem Strafrecht zu sanktionieren. Im Kern ging es somit in der Pädophiliedebatte bei den Grünen um die Aufweichung der strafrechtlichen Schutzregelungen wider sexuellen Missbrauch. Überwölbt wurde das Postulat von einer umfassenden theoretischen und praktischen Debatte über die Kritik und Veränderung von Normen, die auch im Bereich der Sexualität stattfinden sollte.

### Methodische Überlegungen

Dieser Bericht basiert bislang noch überwiegend auf archivalisch erhobenen Quellen. Der dezidierte Fokus, der zunächst hierauf gelegt wurde, bietet den Vorteil, einen quellenkritisch abzusichernden Faktenrahmen zu schaffen und nicht bereits am Anfang in den Sog retrospektiver Meinungen und Erinnerungen zu geraten. Letztere können leicht trügen, weshalb etliche Historiker skeptisch sind, ob solche Erinnerungen und nachträglichen Überlieferungen, gar solche, die für Forschungsvorhaben generiert wurden, überhaupt als Quelle verwendbar sind.<sup>31</sup> Der dezidierte Gegenwartsbezug, die Normativität der Perspektive und drittens der Einfluss des Forschungsvorhabens auf das/den zu Erforschende/n gelten als die zentralen Probleme einer solchen Herangehensweise.

Mündlich tradierte und weitergegebene Geschichte als Element historiographischer Beschäftigung aufzugreifen hat gleichwohl seine Berechtigung. In den soziologischen und geschichtswissenschaftlichen Diskurs hatte Maurice Halbwachs die Erkenntnis einer sozialen Verfasstheit der Erinnerung eingebracht, die sich nicht nur im „kollektiven“, sondern auch im individuellen Gedächtnis niederschlägt.<sup>32</sup> Das Individuum sei eingebettet in ein soziokulturelles Umfeld, welches auch seine kognitive Welt präge. Für die Geschichtswissenschaft bedeutete dies, ihr Interesse stärker auf dieses soziale und auch private

---

31 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Alltagsgeschichte. Königsweg zu neuen Ufern oder Irrgarten der Illusionen?, in: Ders. (Hg.), *Aus der Geschichte lernen? Essays*, München, 1988, S. 130-151.

32 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt am Main, 2008.

Umfeld zu legen. Diese Abkehr von der geschichtswissenschaftlichen Fokussierung auf die öffentliche Sphäre ermöglichte es, eine reine Vorderbühnengeschichte<sup>33</sup> zu vermeiden, die sich nur auf Quellen der Macht und der Mächtigen stützt. Eine Selektion von gültigen Quellen, die vor allem lineare, schriftsprachliche Texte, beispielsweise aus Dokumenten oder Protokollen, priorisiert, läuft Gefahr, über ihren Inhalt und ihre Form eine diskursive Ordnung der Macht zu reproduzieren. Indes ist heute dieses Problem nicht nur eine Frage der Quellenkritik, sondern auch der Darstellung gewonnenen Wissens. In der Methodologie der Geschichtswissenschaft wird umfassende Quellenkritik betrieben, welche etwa an die historische Diskursanalyse, an linguistische oder medienwissenschaftliche Methoden angeschlossen ist.<sup>34</sup> Mündliche Quellen können Erinnerungen und damit dezidiert subjektive Darstellungen von Vergangenen zutage fördern, welche weitere Perspektiven eröffnen. Ebenso allerdings stößt eine rein auf mündliche Quellen ausgelegte Forschung zwangsläufig dort an Grenzen, wo Kritisches und Strittiges intersubjektiver Absicherung bedürfen. Gerade politische Ereignisse bringen es mit sich, dass die Aussagen „stark von Rechtfertigungsversuchen geprägt, mit Angriffen auf gestrige oder heutige politische Gegner verbunden in einem kaum entschlüsselbaren Maß mit später Gelesenem und Gehörtem durchsetzt sind.“<sup>35</sup> Eine historische Faktenlage unterliegt im Nachhinein Interpretationen.<sup>36</sup> Jede aus einem Zeitzeugengespräch gewonnene Deutung ist letztlich eine subjektive Darstellung der Vergangenheit, die natürlich permanent das eigene Verhalten reflektiert, bewertet und in den meisten Fällen nachträglich beschönigt beziehungsweise dieses in Bezug auf die soziale Erwünschtheit der Gesprächssituation anpasst.<sup>37</sup> Akzeptiert werden muss daher, dass es sich um Deutungen und Erinnerungen handelt, die nicht deckungsgleich sind mit der von Seiten klassischer Geschichtswissenschaft beanspruchten Quellensicherheit. Das ist für uns in Bezug auf die

---

33 Zum Konzept der Bühnen-Metapher zwecks der Trennung dispositiver Wirkungen von öffentlichen und privaten Räumen siehe: Erving Goffman, *Wir alle spielen Theater: Die Selbstdarstellung im Alltag*, München u.a. 1983, vor allem S. 99–128.

34 Willibald Steinmetz, *Diskurs*, in: Stefan Jordan (Hrsg.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2003, S. 56–61, hier: S. 60.

35 Lutz Niethammer, *Postskript, Über Forschungstrends unter Verwendung diachroner Interviews in der Bundesrepublik*, in: Ders. (Hrsg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt am Main 1985, S. 471–477, hier S. 473.

36 Alexander von Plato, *Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland*, in: Julia Obertreis (Hg.), *Oral History*, Stuttgart 2011, S.73–98, hier S. 84.

37 Vgl. zum Umgang mit Zeitzeugenerinnerung instruktiv Norbert Frei u. Martin Sabrow (Hrsg.), *Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945*, Göttingen 2012; Pierre Bourdieu, *Die biographische Illusion*, in: *BIOS*, H. 1/1990. S. 75–81.

Debatte bei den Grünen selbst ein Problem, weil wir dort einen vermeintlich *objektiven* Zugriff auf die Geschichte tätigen sollen. Letztlich geht es um eine Konstruktion historischer Faktizität.<sup>38</sup> Erzählungen und mündliche Darstellungen können dennoch spezifische Auskunft über Denk- und Deutungsmuster geben oder zur Kontextualisierung erforderlich sein, müssen aber mit der gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung einbezogen werden.

Vor dem Hintergrund der dargestellten methodischen Erörterungen ist es also durchaus sinnvoll, zunächst archivalisch Erkenntnisse zu gewinnen und diese in einem zweiten Schritt durch Zeitzeugengespräche zu erweitern, um weiteres Material zu erschließen und um vorhandenes Material leichter zu interpretieren. Die dazu erforderlichen Gespräche werden wir in einer weiteren Phase des Projekts verstärkt durchführen. Im Rahmen der nötigen Quellenkritik ist es hilfreich, identische oder sehr affine Berichte von verschiedenen Anwesenden einer Veranstaltung in unmittelbarer Nähe des Ereignisses zu besitzen, die sodann zu verdichten sind. Der von uns schwerpunktmäßig zu betrachtende Zeitraum wurde bislang weniger in historischer Perspektive erschlossen. Den 1980er Jahren haftet der Makel an, „historiographisch noch kaum Kontur gewonnen [zu haben], vielmehr droht ihnen mangels herausragender Ereignisse, jedenfalls vom Regierungswechsel 1982/83 bis etwa 1988, das Verblässen zwischen den aufgewühlten siebziger Jahren und der Wiedervereinigung, gar die Reduzierung auf deren bloße Vorgeschichte.“<sup>39</sup> Selbst die Zeithistoriker, die sich immerhin schon mit einer gewissen Akribie den 1970er Jahren zugewandt haben,<sup>40</sup> sind bislang eher verhalten an die 1980er Jahre herangegangen,<sup>41</sup> zumal sie hierbei mit den Sozialwissenschaften ebenso in Konkurrenz treten wie mit zahlreichen „meinungsstarken Journalisten“<sup>42</sup>. Zeitzeugen, aber auch die zahlreichen Beobachter der damaligen politischen Szene, leben noch, sind oftmals weiterhin aktiv und tragen so das ihre dazu bei, die gegen-

---

38 Vgl. Hayden V. White, Auch Klio dichtet, oder, Die Fiktion des Faktischen: Studien zur Tropologie des historischen Diskurses, Stuttgart, 1986.

39 Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 118f.;

40 Etwa Konrad H. Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Andreas Rödder, Moderne-Postmoderne-Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Raithel u.a. (Hg.), Auf dem Weg in die Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 181–202. Kritisch hierzu Rüdiger Graf u. Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, Jg. 59 (2011) H. 4, S. 479–508.

41 Zu den Ausnahmen zählt Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.

42 Dietmar Süß/Meik Woyke, Schimanskis Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte, LII (2012), S. 3–20, hier S.3.



wärtige Erinnerungskultur zu beeinflussen. Das ist für die Auswahl der Quellen hochgradig relevant und muss bedacht werden. Der Kanon möglicher Quellen bleibt für uns daher prinzipiell offen für Erweiterungen. Das gilt auch für nicht schriftlich überlieferte Dokumente wie Bilder, Filmmaterial oder Radiomitschnitte.

## Die Vorgeschichte

Es gab sicher einfachere Jahre für die Grünen als das Jahr 2013. In einer gewissen Weise markiert das gegenwärtige Jahr gar eine Zäsur. Zuvor pflegten sie ihre Geschichte als einen notwendigen Aufbruch in Richtung vermehrter Liberalität, kosmopolitischer Weltoffenheit, ökologischer Sensibilität und gelassener Toleranz gegenüber Minderheiten zu beschreiben.<sup>43</sup> Die damit verbundenen positiven Konnotationen in gesellschafts- und umweltpolitischer Hinsicht, etwa während der ersten rot-grünen Koalition auf Bundesebene, wurden dabei auf das Konto der eigenen Partei beziehungsweise der befreundeten oder vorangegangenen sozialen Bewegungen verbucht.<sup>44</sup> In den späten 1970er Jahren in der „Rolle des ‚Retters‘“ angetreten, die sich als die einzigen ansehen, den „Ausweg aus der drohenden Katastrophe“ zu finden<sup>45</sup>, umgab die Grünen in Folge der hierauf teilweise langfristig fußenden politischen Erfolge bis in die jüngste Zeit die Aura, auf der „richtigen Seite“ der Geschichte der Bundesrepublik gestanden zu haben.<sup>46</sup> Der hohe Zuspruch, als auch der Glaubwürdigkeitsvorsprung der Partei in Nachwahlbefragungen speist sich ganz besonders aus diesem Nimbus einer Erfolgserzählung der Liberalisierung und Ökologisierung.<sup>47</sup> 2013 aber richtete sich der Blick,

43 Schließlich sind auch noch die siebziger Jahre – und eben nicht nur die vermeintlich „muffigen fünfziger Jahre“, „aus der Sicht des frühen 21. Jahrhunderts [...] hierarchisch, autoritär und patriarchalisch gewesen, mit vielen Zügen dessen, was bei den Frühneuzeitlern *deferential society* genannt wird: eine Gesellschaft, in der man seinen Platz kannte“. Paul Nolte, *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 61 (2013) H. 3, S. 275–301, hier S. 285.

44 Exemplarisch wird dies etwa am Beispiel des ehemaligen Bundesaußenministers Joschka Fischer, dessen Vita des „ex profundis Erretteten und Erleuchteten, dessen ‚Biographie‘ (allein das Wort soll Authentizität verbürgen) sich zu einem deutschen Bildungsroman und Generationsschicksals schlechthin summieren.“ Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977*, Köln 2001, S. 329f.

45 Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 487f.

46 Siehe Franz Walter, *Grün und stets im Schritt der Zeit*, in: Alexander Hensel u.a. (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt*, Stuttgart 2013, S. 231 ff.

47 Thomas Petersen, *Mit dem Zeitgeist im Rücken*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.11.2011; Martin Kroh u. Jürgen Schupp, *Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?*, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, H. 12/2011, S. 2–9; vgl. zu dieser Frage grundlegend Lothar Probst, *Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur ‚Volkspartei‘? Eine Analyse der Entwicklung der Grünen seit der Bundestagswahl 2005*, in: Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2011, S. 79–107; Lea Heyne u. Michael Lühmann, *Bündnis 90/Die Grünen. Zwischen Zeitgeist und Wertewandel*, in: Daniela Kallinich u. Frauke Schulz (Hg.), *Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009–2011*, Stuttgart 2011, S. 283–304.

plötzlich und überraschend, schärfer auf solche Linien des grünen Entwicklungsromans, die nicht nur erfreuliche Freiheitszuwächse, sondern auch schmerzhaft Grenzverletzungen, Missbräuche und Traumata hervorbrachten. Durch die Pädophiliedebatte gerieten die frühen Jahre der Grünen Partei, die erste Hälfte der 1980er Jahre, verschärft in den Blick und das Zentrum einer harten öffentlichen Kritik.<sup>48</sup> Doch wollen wir hier zunächst, zum besseren Verständnis von Ursache, Hintergrund und Kontext, auf die Jahre vor den Grünen schauen. Denn: Was sich bei den Grünen in ihrer Entstehungszeit abspielte, bedeutete nach unseren bisherigen Beobachtungen und Befunden mehr das Finale als die Ouvertüre einer Entwicklung, die Jüngeren heute weitgehend unverständlich vorkommt.

Die große Zeit der Sexual- und Strafrechtsreformer lag nämlich nicht in den 1980er Jahren, sondern in den 1960ern. Der Geist, der diese Strömung trug, war liberal, auch radikal-demokratisch, im Selbstverständnis der Akteure: bürgerrechtlich. Es war der Geist all derer, die sich lösen wollten vom - wie sie es wahrnahmen - „Mief“ der „Adenauer-Republik“,<sup>49</sup> von der „sexualfeindlichen Bigotterie“ des Katholizismus.<sup>50</sup> Die unabhängige Entscheidung und Freiheit des autonomen Einzelnen auch in der Sexualität bildete das Credo der Reformer, die nach dem emanzipatorischen Ausbruch aus den klerikal-konservativ geprägten Moralvorstellungen und Konventionen drängten. Dafür gab es in jenen Jahren einige gute Gründe, weswegen die Ergebnisse der Reformbewegung heute bekanntlich zumeist goutiert werden, seit einiger Zeit selbst von Zugehörigen (einst) konservativer Lebenswelten.

Nur: Tücken, Ambivalenzen, gar Opfer bleiben bei Emanzipationsbewegungen nicht aus. Das gilt auch für das neue liberale Bürgertum, das sich ab den 1960er Jahren entfaltete. Seinerzeit formierte sich unter anderem eine Gruppe von liberalen Strafrechtsreformern an den Universitäten, die mit sogenannten Alternativentwürfen einiges Aufsehen erregten - und à la longue vielfach segensreich gewirkt haben dürf-

---

48 Katja Tichomirowa, Die Grünen und ihr Umgang mit Pädophilie, in: Frankfurter Rundschau, 16.05.2013; Christian Füller, Danys Phantasien und Träume, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.04.2013; Alice Schwarzer, Daniel Cohn-Bendit: In der Vergangenheit liegt die Gegenwart, in: Emma Online, 01.05.2013, online einsehbar unter <http://www.emma.de/artikel/daniel-cohn-bendit-der-vergangenheit-liegt-die-gegenwart-265010>, 1.5.2013 [eingesehen am 03.12.2013].

49 Vgl. einführend Matthias Frese u.a. (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003; Axel Schildt u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

50 Siehe etwa die Einleitung von Heidrun Kämper u.a., in: Dies. (Hg.), 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz, Berlin 2012, S. 1-26, hier S. 4; Sybille Steinbacher, „Sex“ - das Wort war neu, in: Die Zeit, 16.10.2009.

ten. Zu dieser Gruppe zählten etwa die Jura-Professoren Jürgen Baumann, Ulrich Klug, Werner Maihofer, die in jenen Jahren den sich vom Nationalliberalismus verabschiedenden Freien Demokraten beitraten und im Jahrzehnt danach beachtliche Karrieren als Minister und Senatoren absolvierten.<sup>51</sup> In der Frage der Sexualdelinquenz argumentierten sie 1968 noch erkennbar vorsichtig. Gleichwohl hieß es in ihrem Entwurf: „Eine sachgerechte Ausgestaltung des Schutzes von Kindern gegenüber sexuellen Angriffen stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, nachdem die neuere Forschung immer deutlicher zeigt, dass mögliche Auswirkungen der Tat entscheidend von der Psyche des einzelnen Kindes und von der Reaktion der Umwelt abhängen.[...] Die Verfasser des AE (Alternativentwurfs) verkennen nicht, dass in der Mehrzahl der abgeurteilten Fälle eine echte oder anhaltende Schädigung wohl nicht eintritt. Und, daß die überkommenen gegenteiligen Vorstellungen im erheblichen Maße der Korrektur bedürfen.“<sup>52</sup>

Bürgerrechtlich motiviert agierte auch die Humanistische Union (HU), eine 1961 gegründete Vereinigung, die bis heute im linksliberalen Milieu ein wichtiges Sprachrohr darstellt und der gegenwärtig etwa auch Renate Künast, Claudia Roth, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Burkhard Hirsch, Helga Schuchardt, Volker Beck, Rüdiger Lautmann, Klaus Hahnzog, Georg Schlaga, Rosemarie Will oder Hartmut von Hentig angehören.<sup>53</sup> Unter dem Eindruck der gesellschaftspolitischen Liberalisierungsdebatten seit Ende der 1960er Jahre debattierte man in den Reihen dieser Organisation über Sittengesetze, Abtreibungsrecht oder das Sexualstrafrecht. Die Organisation veranstaltete im November 1973 in Köln einen Kongress mit dem Titel „Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik – Situation und Chancen einer wehrlosen Minderheit“, bei dem in einem Arbeitskreis auch das Thema „Die Lustfeindlichkeit pädagogischer Institutionen“ debattiert wurde.<sup>54</sup> Daraus erwuchsen am Ende Artikel im

---

51 Vgl. Frauke Schulz, „Im Zweifel für die Freiheit“, Aufstieg und Fall des Seiteneinsteigers Werner Maihofer in der FDP, Stuttgart 2011.

52 Jürgen Baumann u.a., Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches. Besonderer Teil Sexualdelikte, Straftaten gegen Ehe, Familie und Personenstand. Straftaten gegen den religiösen Frieden und die Totenruhe, Tübingen 1968, S. 19.

53 Siehe zu den Mitgliedern im Beirat der Humanistischen Union [http://www.humanistische-union.de/wir\\_ueber\\_uns/verein/beirat/](http://www.humanistische-union.de/wir_ueber_uns/verein/beirat/) [eingesehen am 07.12.2013].

54 Einladung zur Tagung „Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik – Situation und Chancen einer wehrlosen Minderheit“ in Köln am 3./4. November 1973, in: Mitteilungen der Humanistischen Union Nr. 64, H. 4/1973, S. 3.

Verbandsmagazin Vorgänge<sup>55</sup>, sowie ein schließlich an den Bundesvorstand überwiesener Antrag für den Delegiertenkongress 1975, in welchem für eine Straffreiheit plädiert wurde.<sup>56</sup> Auch die erst allmählich entstehende Kinder- und Jugendpsychiatrie trug etwas zur Debatte bei. Ebenfalls 1968 veröffentlichte der später als Pionier des Fachs gefeierte Reinhart Lempp, seit 1971 hochangesehener und vielfach geehrter Ordinarius an der Universität Tübingen, einen Aufsatz in der Neuen juristischen Wochenschrift, in dem die Ergebnisse von Untersuchungen an 87 Kindern vorgestellt und interpretiert werden: „Die selbstverständliche Annahme einer seelischen Schädigung der Kinder durch sexuelle Delikte geht in Wirklichkeit auf eine tradierte besondere Tabuisierung des Sexuellen überhaupt zurück und auf die bemerkenswerte Überbewertung der Verwerflichkeit sexueller Handlungen außerhalb ehelicher Beziehungen. [...] Das Belastende für die Kinder ist dabei unbestreitbar die Reaktionsweise der sie umgebenden Erwachsenen, angefangen von den manchmal vorwurfsvollen Eltern bis hin zu den misstrauisch erwarteten jugendpsychiatrischen Begutachtungen und den oftmals quälenden Befragungen vor Gericht. Allein über solche sexuellen Dinge vor einem Kreis erwachsener Menschen reden zu müssen, belastet solche Kinder mehr, als die Tat selbst, ja es belastet die Kinder oft ganz allein.“<sup>57</sup> Als im November 1970 ein Sonderausschuss des Bundestages für die Strafrechtsreform drei Tage lange 31 Experten anhörte und diskutieren ließ, wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob Kinder tatsächlich einen großen Schaden erleiden, wenn sie sexuell missbraucht wurden.<sup>58</sup> Wieder repetierte Lempp – „kaum jemand sonst hatte ein so gutes Gespür für die Popularisierung seiner Themen wie er“<sup>59</sup> – als Sachverständiger auf dem Hearing seine Expertise und verneinte seelisch nachwirkende Belastungen von Kindern durch das sexuelle Delikt. Doch stand Lempp damit keineswegs allein, im Gegenteil. Im Bericht des Sonderausschusses über Ver-

---

55 O.V., Arbeitskreis „Erziehung zur Erziehung“ der Humanistischen Union. Thema: Zärtlichkeit, Zärtlichkeit, Zärtlichkeit. Das Recht auf Zärtlichkeit: zu Hause, in der Schule, überall, in: Vorgänge, H. 5/1973, S. 80–90, v. a. S. 82 ff.; Peter Kuby u.a., Arbeitskreis: Die Lustfeindlichkeit pädagogischer Institutionen, in: Vorgänge, H. 1/1974, S. 131–132.

56 O.V.: Ergebnis der Wahlen zur Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union, in: Mitteilungen der Humanistischen Union Nr. 70, H. 1, 1975, S. 2. Zum Antrag Nr. 10: O.V.: Anträge an die Delegiertenkonferenz, in: Mitteilungen der Humanistischen Union Nr. 70, H. 1/1975, S. 3.

57 Reinhart Lempp, Seelische Schädigung von Kindern als Opfer von gewaltlosen Sittlichkeitsdelikten, in: Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 21 (1968), H. 49, S. 2265 ff, hier: S. 2267.

58 Hierüber Haug von Kuenheim, Plädoyers für freie Pornographie, in: Die Zeit, 27.11.1970.

59 Reinmar du Bois, Der Kinder- und Jugendpsychiater Reinhart Lempp ist tot, in: Stuttgarter Zeitung, 24.2.2012.

lauf und Ergebnisse der Expertenbefragung berichtete man über die Folgen, welche Kinder nach einem sexuellen Kontakt zu Erwachsenen zu verkräften hatten: „Die Gefahr einer langanhaltenden Beeinträchtigung wird demgegenüber sehr zurückhaltend beurteilt. [...] Aggressionsfreie sexuelle Handlungen werden nach Auffassung zahlreicher Wissenschaftler (u.a. Frau Prof. Schönfelder, Prof. Hallermann, Dr. Wille, Dr. Schorsch) von normal entwickelten, gesunden Kindern in intakter Umgebung nach relativ kurzer Zeit gut verarbeitet. [...] Vielfach wurde zum Ausdruck gebracht, daß in den meisten Fällen das sexuelle Trauma als Symptom einer Fehlentwicklung und nicht als deren Ursache gewertet werden müsse (u.a. Frau Prof. Schönfelder, Dr. Schorsch). Bereits die Einbeziehung des Kindes in eine sexuelle Handlung erscheint häufig als Symptom einer bereits bestehenden kindlichen Fehlentwicklung bzw. gestörter psychosozialer Beziehungen (Frau Prof. Schönfelder). In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, daß zu den Opfern häufig minderbegabte oder schwachsinnige Kinder zählen. Kinder aus niedrigen sozialen Schichten sind ebenfalls besonders belastet. Oftmals ereignen sich die Taten vor dem Hintergrund eines erheblich gestörten häuslichen Milieus mit ernststen familiären Konfliktsituationen. Geringe Geborgenheit im Elternhaus bedingt ein erhöhtes Zuwendungsbedürfnis, welches - vor allem bei älteren Kindern - auch sexuelle Kontakte zu Erwachsenen erleichtert. Der Prozentsatz der Kinder, welche dem erwachsenen Täter bei den sexuellen Handlungen nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern ihm sogar aktiv entgegenkommen, ist daher außerordentlich hoch.“<sup>60</sup>

Was hier vorgetragen wurde, galt schon seit der ersten Hälfte der 1960er Jahre als „Stand der Forschung“. 1964 berichtete die Zeit über eine Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung zum Thema „Das sexuelle gefährdete und geschädigte Kind“. Die Bilanz nach zweieinhalb Tagen lautete zwar: „Über die seelischen Folgen bei Kindern, die sexuell mißbraucht wurden, ist noch sehr wenig bekannt.“<sup>61</sup> Doch was an Kenntnissen vorlag, schien eindeutig darauf hinzuweisen, so die Professorin Müller-Luckmann aus Braunschweig, die über „Glaubwürdigkeit kindlicher und jugendlicher Zeugenaussagen bei Sexualdelikten“<sup>62</sup>

---

60 Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode. Drucksache VI/3521. Viertes Gesetz zur Reform des Strafrechts (4. StRG) (Schriftlicher Bericht des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform), S. 34.

61 Erwin Lausch, Krankhaft oder nur verworfen, in: Die Zeit, 12.6. 1964.

62 Elisabeth Müller-Luckmann, Über die Glaubwürdigkeit kindlicher und jugendlicher Zeuginnen bei Sexualdelikten, Stuttgart 1959.

habilitiert hatte, das alles, was sich der eigentlichen Tat anschleüße – Vernehmung, Gerichtsverhandlungen, die Reaktion der Umwelt –, das Kind oft stärker belastete als der sexuelle Übergriff selbst.<sup>63</sup> Änderungen für das Strafrecht oder die Strafprozessordnung wollte sie daraus freilich nicht ableiten.<sup>64</sup> Ihre Kollegin, die Psychiaterin Thea Schönfelder aus Hamburg, Tochter des einstigen Präsidenten der dortigen Bürgerschaft und wie dieser selbst Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte bereits 1964 jene Position vertreten, die ihrer Stellungnahme vor dem Sonderausschuss des Bundestages von 1970 zugrunde lag. Schönfelder, die sich 1965 über Täter-Opfer-Beziehungen bei Sexualdelikten an Mädchen habilitiert hatte<sup>65</sup>, ging davon aus, dass fast ein Drittel der Mädchen nicht einfach hilflose Opfer waren, sondern sich aktiv beteiligt, das Delikt provoziert hatten.<sup>66</sup> Zwölfjährige Lollitas, so der Berichterstatte der Zeit, pflegten die Liebhaber ihrer Mütter zu charmeren und sich alten Männer sexuell provokativ zu nähern. Die Ansicht, dass es sich bei Pädophilie um einen besonders infamen Missbrauch handele, der ein hohes Strafmaß erfordere, wertete der Zeit-Autor als einen „Hauch Mittelalter“.<sup>67</sup>

In geradezu wissenschaftsgläubiger Haltung wurden zeitgenössische jugendpsychologische und pädagogische Positionen aufgesogen, welche die Sexualität von Kindern thematisierten und welche als Legitimationsgrundlage dienten, um die herrschende Sexualmoral zu hinterfragen. Das Vorstandsmitglied der Humanistischen Union, der Strafrechtler Hans Heinz Heldmann, echauffierte sich, dass beim Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften missachtet werde, „was für Psychologen und Pädagogen heute gesichertes Wissen ist: Die Tatsache der kindlichen Sexualität; insbesondere, daß die Erfahrung von sogenannter Pornographie zur Kindheitsentwicklung regelmäßig gehört; daß sich Sexualität von Kindern und Jugendlichen in pornographischen Darstellungen und Texten äußert, jedenfalls

---

63 Erwin Lausch, Krankhaft oder nur verworfen, in: Die Zeit, 12.6. 1964; vollständiges Statement: Elisabeth Müller-Luckmann, Über die Wahrhaftigkeit kindlicher und jugendlicher Zeugen in der Hauptverhandlung, in: Franz Günther von Stockert (Hrsg.), Das sexuell gefährdete Kind, Stuttgart 1965, S. 88–108.

64 Elisabeth Müller-Luckmann, Über die Wahrhaftigkeit kindlicher und jugendlicher Zeugen in der Hauptverhandlung, in: Franz Günther von Stockert (Hrsg.), Das sexuell gefährdete Kind, Stuttgart 1965, S. 88–108, hier S. 103.

65 Thea Schönfelder, Die Rolle des Mädchens bei Sexualdelikten, Stuttgart 1968.

66 Thea Schönfelder, Die Initiative des Opfers, in: Franz Günther von Stockert (Hrsg.), Das sexuell gefährdete Kind, Stuttgart 1965, S. 109–115, hier: S. 110.

67 Erwin Lausch, Krankhaft oder nur verworfen, in: Die Zeit, 12.6. 1964.

dann, wenn ihre Umgebung [...] Sexualität tabuisiert“.<sup>68</sup> Dass allein die vorherrschend normative Sexualmoral erst das Triebverbrechen verursache, war aus Sicht der Zeit-Autorin Elena Schäfer seinerzeit klar. Sie wandte sich entschieden dagegen, „normabweichendes Verhalten“ zu kriminalisieren, denn: „Die soziale Schädlichkeit, die allein Kriterium für die Strafwürdigkeit devianten Sexualverhaltens sein dürfte, ist [...bei] Pädophilie - wo die Gerichtsverhandlung weitaus größeren Schaden verursacht als jede nicht-aggressive Annäherung an das Kind - noch nie nachgewiesen worden.“<sup>69</sup>

In die gleiche Richtung und ebenfalls in der linksliberalen Zeit, nur noch erheblich selbstbewusster und offensiver, argumentierte der Feuilleton-Chef der Wochenzeitung selbst, Rudolf Walter Leonhardt, damals eine prägende Deutungsinstanz im bundesdeutschen Bildungsbürgertum. 1969 erschien sein Buch „Wer wirft den ersten Stein. Minoritäten in einer züchtigen Gesellschaft“<sup>70</sup> und die Vorabartikel daraus wurden eben in der Zeit veröffentlicht. Mit einer beträchtlichen Portion intellektuellen Hochmuts mokiert sich Leonhardt über die Ängste und Hysterie der „Spießer“. Als Kenner der Weltliteratur bemüht er Edgar Allan Poe, Georg Christoph Lichtenberg, Novalis, natürlich auch „Lolita“ von Vladimir Nabokov, um die Furcht vor Pädophilie als Paranoia nahezu der Lächerlichkeit auszusetzen.<sup>71</sup> Und er lieferte ein pathetisches Plädoyer für den kreativitätsfördernden Verkehr großer männlicher Geister mit liebreizenden weiblichen Wesen im Kindesalter. „Es ist auch nicht so entscheidend, wie Moralprediger denken wollen und manche Juristen denken müssen, ob die geschlechtliche Vereinigung wirklich vollzogen wurde oder nicht. Wichtig ist, dass jahrhundertlang ein zwölf- bis fünfzehnjähriges Mädchen als Gegenstand einer erotischen Leidenschaft vorgestellt und nachempfunden werden konnte. Die bezaubernden Geschöpfe in Mythos und Literatur, die viel bewunderten und hochverehrten Exemplare großer Liebe, sie

---

68 Hans Heinz Heldmann: Die große Minderheit: Kinder, in: Mitteilungen der Humanistischen Union, Nr. 67 (1974), S. 11 f.

69 Elena Schäfer, Es genügt nicht, nur zu kastrieren, in: Die Zeit, 3.10. 1969

70 Rudolf Walter Leonhardt, Wer wirft den ersten Stein. Minoritäten in einer züchtigen Gesellschaft, München 1969, S. 133 ff.

71 Siehe auch Rudolf Walter Leonhardt, Auch Novalis war ein Sexualdelinquent, in: Die Zeit, 12.9. 1969. Ähnlich, wenngleich weit zurückhaltender argumentierte 1995 in der „Zeit“ auch der Sexualforscher Wolfgang Berner, Direktor des Instituts für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf: Pädophile haben ein besonderes Einfühlungsvermögen für Kinder. Lewis Carroll, Autor von „Alice im Wunderland“ war wahrscheinlich ein Pädophiler, ebenso James M. Barrie, der „Peter Pan“ geschrieben hat; Wolfgang Bremer, Die Seele des Peter Pan, in: Die Zeit, 2.6. 1995.

waren manchmal jünger als zwölf und selten älter als fünfzehn.“<sup>72</sup> Dass Kinder psychische Verletzungen aus sexuellen Beziehungen mit Erwachsenen davon tragen könnten, mochte der spätere stellvertretende Chefredakteur der *Zeit partout* nicht glauben. Dergleichen Besorgnisse hielt er für „verquere, verquollene Vorstellungen“<sup>73</sup>. Als Legitimationsreferenz für solche Reflektionen war 1969 natürlich Theodor Adorno unabdingbar, der daher auch mit dieser Passage wiedergegeben wird: „Das stärkste Tabu von allen ... ist im Augenblick jenes, dessen Stichwort ‚minderjährig‘ lautet und das schon sich austobte, als Freud die infantile Sexualität entdeckte. Das universale und begründete Schuldgefühl der Erwachsenenwelt kann, als seines Gegenbilds und Refugiums, dessen nicht entraten, was sie die Unschuld der Kinder nennen, und diese zu verteidigen, ist ihnen jedes Mittel recht. Allbekannt, daß Tabus umso stärker werden, je mehr der ihnen Hörige selber begehrt, worauf die Strafe gesetzt ist.“<sup>74</sup>

1969 und ebenfalls in der *Zeit* begann der Kulturredakteur und Leiter des Feuilletons der *Bayerischen Staatszeitung*, Hans Krieger, mittels mehrerer Essays eine Art Renaissance des Linksfreudianers Wilhelm Reich im gehobenen bundesdeutschen Bürgertum einzuleiten. „Der Mann, der an unseren tiefsten Ängsten rührte“, so lautete der Titel eines großen Stücks, das am 10. Oktober 1969 in der Hamburger Wochenzeitung erschien. In Bezug auf Reichs Analyse aus den 1930er Jahren<sup>75</sup> versuchte Krieger den Lesern klarzumachen, dass die gravierenden Defizite an wirklicher Demokratie, die Neigung zu Mystizismen, ja die „Anfälligkeit für faschistische Ideologie“ sich aus einer Quelle speisen: „aus gestauter, unbefriedigender Sexualenergie“.<sup>76</sup> Und der zentrale Ort, in dem dieser Stau determiniert werde, sei, so Krieger mit Reich: „die autoritäre Familie“, in der „die Unterdrückung der Geschlechtlichkeit des Kleinkindes“ die Grundlagen aller persönlicher und

---

72 Rudolf Walter Leonhardt, *Wer wirft den ersten Stein. Minoritäten in einer züchtigen Gesellschaft*, München 1969, S. 133 ff.

73 Ebd.

74 Zit. bei Rudolf Leonhardt, *Kurzes Kichern, Kein Erröten*, in: *Die Zeit*, 25.4. 1969.

75 Wilhelm Reich, *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Köln/Berlin 1971.

76 Die Bedeutung des antifaschistischen Legitimationsbezugs für eine „nicht-repressive“ Sexualität arbeitet sehr dicht heraus Dagmar Herzog, *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2005.



gesellschaftlicher Deformationen lege.<sup>77</sup> Ein halbes Jahr später lobte Krieger dann in einem weiteren Beitrag für die Zeit das Experiment der Kommune II, vor allem die „Redlichkeit“ der Kindererziehung, die dort praktiziert würde.<sup>78</sup> Die „positive Wirkung der Kommunenerziehung“ erkannte er in erster Linie in der „Sexualerziehung“. Allen voran das Bemühen, „durch affektive Bejahung der kindlichen Sexuellust den geschlechtlichen Charakter der Angsteinflößung zu nehmen und es als Möglichkeit zärtlicher Beziehungen zu Mitmenschen erfahrbar zu machen, erscheint mir besonders lehrreich und wertvoll.“<sup>79</sup> Über diese Erziehung und den Alltag in ihrem Wohnprojekt schlechthin hatten die Kommunarden im von Hans Magnus Enzensberger herausgegebenen Kursbuch Mitte 1969 akribisch berichtet.<sup>80</sup> Das war und ist bis heute ein bedrückendes Dokument der Hilf- und Sprachlosigkeit einer denkbar dilettantisch durchgeführten Selbstinitiative, durch welche die unzweifelhaft ausgeprägte psychische Labilität der meisten ihrer Teilnehmer noch ein weiteres Stück verstärkt und ausgebaut wurde. Und mittendrin: zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen, im Alter von drei und vier Jahren, die durch allerlei radikale Wechsel der erwachsenen Bezugspersonen erheblich traumatisiert wurden. Der 26-jährige Kommunarde Eberhard Schulz hatte im Tagebuch-Protokoll für das *Kursbuch* seine Begegnung mit Grischa, der kleinen Tochter seines Genossen Dieter Kunzelmann, vom 4. April 1968 beschrieben:

„Nach dem Ausziehen kommt Grischa zu mir: ‚Will bei dir schlafen.‘ [...] Grischa sagt, sie brauche keine Decke zum Einschlafen. Außerdem soll ich nicht die Augen zumachen. Dann will sie mich streicheln, Hände und Gesicht. Ich darf sie erst streicheln, wenn sie gestreichelt hat, dann auch nur kurz. Zum Bauchstreicheln muss ich mein Hemd hochziehen. Ich liege auf dem Rücken. Grischa streichelt meinen Bauch, wobei sie meine rausstehenden Rippen als Brüste versteht. Ich erkläre ihr, dass das Rippen sind, ich nur eine flache Brust und Brustwarzen habe. Sie streichelt meine und zeigt mir ihre Brustwarzen. Wir unterhalten uns über die Brust von Mädchen, wenn sie älter sind. Dann will sie meinen ‚Popo‘ streicheln. Ich muss mich umdrehen. Sie zieht mir die Unterhose runter und streichelt meine Popo. Als ich mich

---

77 Hans Krieger, Der Mann, der an unsere tiefsten Ängste rührte, in: Die Zeit, 10.10. 1969. Gut vierzig Jahr später die nun sehr viel kritischere Sicht in der gleichen Zeitung von: Stefan Müller, Im Bann des Orgon, in: Die Zeit, 3.1. 2013.

78 Hans Krieger, Das Leben im Kollektiv, in: Die Zeit, 10.4. 1970.

79 Ebd.

80 Christel Bookhagen u.a., Kindererziehung in der Kommune, in: Kursbuch Bd. 17, 1969, S. 147–178.

wieder umdrehe, um den ihren wie gewünscht zu streicheln konzentriert sich ihr Interesse sofort auf ‚Penis‘. Sie streichelt ihn und will ihn ‚zumachen‘ (Vorhaut über die Eichel ziehen), bis ich ganz erregt bin und mein Pimmel steif wird. Sie strahlt und streichelt ein paar Minuten lang mit Kommentaren wie ‚streicheln‘, ‚Guck ma Penis! Groß! Ma ssumachen! Mach ma klein!“ Dabei kniet sie neben mir, lacht und bewegt vom ganzen Körper nur die Hände. Ich versuche ein paar Mal sie zaghaft auf ihre Vagina anzusprechen, sage, dass ich sie auch gerne streicheln würde, wodurch sie sich aber nicht unterbrechen lässt. Dann kommt doch eine ‚Reaktion‘: Sie packt meinen Pimmel mit der ganzen linken Hand, will sich die Strumpfhose runterziehen und sagt ‚Ma reinstecken‘. Ich hatte zwar so etwas erwartet (Marion hatte vom Badewannenspiel erzählt wo Nasser (das andere Kind in der Kommune) seinen Pimmel vor Grischas Bauch hielt und sich so zurückbeugte, dass man ‚Penis in Vagina‘ reinstecken konnte, was aber mangels Erektion nicht gelang), war dann aber doch so gehemmt, dass ich schnell sagte, er sei doch wohl zu groß. Darauf gibt Grisca sofort ihre Idee auf, lässt sich aber die Vagina sehr zurückhaltend streicheln. Dann holt sie einen Spiegel, in dem sie sich meinen Pimmel und ihre Vagina immer wieder besieht. Nach erneutem Streicheln und Zumachversuch kommt wieder der Wunsch ‚reinstecken‘, diesmal energischer als vorher. Ich: ‚Versuch‘s mall‘ Sie hält meinen Pimmel an ihre Vagina und stellt dann resigniert fest: ‚Zu groß‘.<sup>81</sup>

Ob hier eine Grenzüberschreitung stattgefunden hat, ob kindliche und erwachsene Sexualität tatsächlich auf so einfache, gleichsam erlebnisorientierte Weise symmetrisch zusammengefügt werden können, dies war weder bei den Epigonen von Wilhelm Reich noch im Kommunemilieu eine zulässige, da sexualrepressive Fragestellung.<sup>82</sup> Die in ihren Sexualbedürfnissen und -ausdrücken entgrenzten Kinder sollten schließlich Pioniere von Revolution und Befreiung werden – dieses von Wilhelm Reich inspirierte Projekt floss auch in die Ideologien und Experimente des Wiener Aktionskünstlers Otto Mühl ein, der in den 1990er Jahren wegen Kindesmissbrauch zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde.

---

81 Ebd., S. 168f.

82 Hierzu: Christin Sager, Das Ende der kindlichen Unschuld. Die Sexualerziehung der 68er Bewegung, in: Meike Sophia Baader (Hg.), „Seid realistisch, verlangt das Unmögliche“. Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim 2008, S. 56–68, hier S. 65.

Mühls Aktionsanalytischer Organisation (AAO), eine Kommune<sup>83</sup> auf dem Friedrichshof im österreichischen Burgenland, lag die sogenannte „Aktionsanalyse“ zugrunde. Diese war der Versuch den meist jungen Studenten, die sich um ihn scharten, den letzten Rest der normativen und diskursiven Herrschaft auszutreiben, welche die Gesellschaft ihnen oktroyiert hatte und die sich in Form der „Kleinfamilie“ manifestierte.<sup>84</sup> So schrieb Mühl: „Die Kleinfamilie basiert auf der Zweierbeziehung und eingeschränkter Sexualität. Die Zweierbeziehung widerspricht den sexuellen Bedürfnissen des menschlichen Körpers.“<sup>85</sup> Vor allem der Ideen Wilhelm Reichs, aber auch einer Psychoanalyse Janov'scher Prägung bediente sich Mühl, als er die „Therapien“ entwickelte, die er innerhalb seiner Kommunen in öffentlichem Kreise durchführte. Es wurde gemalt, gesungen, gespielt, aber vor allem in „Selbstdarstellungen“ geschrien und nicht zuletzt der Beischlaf vollzogen. Sektengleich war es zusehends Mühl, der seinen Anhängern verkündete, was richtig und was falsch war. Schwierigkeiten der Assimilation an das Machtgefüge Mühls wurden von ihm umgedeutet in Neurosen, deren Ursachen außerhalb der Lebensgemeinschaft lagen. Die Kommune konstruierte ein krankhaftes „Draußen“ gegenüber dem man sich „Draußen“, in der Kommune, durch Heilung versprechende Therapieformen abzugrenzen versuchte.<sup>86</sup> All dies führte zur langsamen und sich immer weiter radikalierenden Abschottung der Mühlkommune, ja steigerte ihren Sektcharakter, der auf Verachtung und Unterwerfung basierte.<sup>87</sup>

Mühl und seine Gefolgschaft sahen im Sexuellen mehr als nur eine Nebensache des Gesellschaftsdesigns, das sie anstrebten. Sex wurde utopisch, intellektuell und theoretisch aufgeladen. Für die AAO war der Sex der Schlüssel zu ihrem Gesellschaftsverständnis, der es erlaubte, die in anderen Teilen der damaligen Linken vertretene materialistische Gesellschaftsauffassung umzudrehen und die Determination des Menschen durch die Produktionsbedingungen zu negieren, „die AAO [...] glaubt vielmehr, daß die produktionsmethoden

---

83 Zum besonders exponierten Status der Kommune innerhalb der Kommunebewegung: Karl-Ludwig Schibel, *Kommunebewegung*, in: Roland Roth u. Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*, Frankfurt/New York, S. 527–540, hier S. 534.

84 Andreas Schlothauer, *Die Diktatur der freien Sexualität. AAO, Mühl-Kommune, Friedrichshof*. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 55.). Wien 1992, S. 19.

85 Ebd., S. 20.

86 Peter Stoeckl, *Kommune und Ritual. Das Scheitern einer utopischen Gemeinschaft*. Frankfurt a.M. 1994, S. 56, Stoeckl bezieht sich hier auf „Die Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ von Peter L. Berger und Thomas Luckmann (Frankfurt am Main 2010, 23. Auflage).

87 Ebd., S. 104.

vom Bewußtsein abhängig sind“.<sup>88</sup> Mittels der Befreiung der Sexualität ließe sich das Bewusstsein so befreien, dass eine sozialistische Gesellschaft denkbar sei. „der sozialismus, wie wir ihn verstehen, kann nur von menschen verwirklicht werden, die bei sich selbst die revolution durchgeführt haben. [...] wir brauchen keine revolution mehr, sondern bewusstseinsarbeit durch lebenspraxis. wir brauchen keine theorien, keine sozialistischen weisheiten. [...] der neue sozialismus muss ein geiler sein, das bedeutet, dass freie sexualität die basis dieses sozialismus ist, und damit alles, was sonst als menschlichkeit, als liebe, humanität, gerechtigkeit, freiheit propagiert wird, in der freien sexualität miteingeschlossen ist. ohne freie sexualität bleibt gemeinsames eigentum auf dem papier und wird verordnung und zwang.“<sup>89</sup> In ihrem gelebten Kommuneexperiment war die AAO dabei unzweifelhaft radikal. In den dabei zugrunde liegenden Antrieben einer vorgeschalteten Revolutionierung der Individuen für die angestrebte gesamtgesellschaftliche Umgestaltung war sie dennoch keineswegs untypisch für den im Verlauf der 1970er Jahre entstehenden Spontaneismus.<sup>90</sup> Dass gerade in der Sponti-Szene Anknüpfungspunkte bestanden, bezeugt folgendes Zitat: „wir, die bremer kooperative, haben uns als avantgarde der spontibewegung verstanden, unser ausgangspunkt war, die alternativen vorstellungen von sozialistischen modellen in die gegenwart umzusetzen und damit eine lebende positive negation der herrschenden verhältnisse zu erreichen.“<sup>91</sup>

Die AAO fand dabei ein tragisches Ende: Zusehends wandelte sich das Mühl'sche System zu einer streng hierarchischen, autoritären Sekte mit Mühl und seiner „ersten Frau“ an der Spitze.<sup>92</sup> Beide missbrauchten Kinder und beide wurden nach dem Zusammenbruch der Kommune zu Haftstrafen verurteilt. Die Praktiken wurden mit der vermeintlich unterdrückten

---

88 O.V., Marxismus und AAOismus, in: AA-Nachrichten Mai 1977, S. 14–16, hier S. 15.

89 Kleinschreibung im Original, O.V., Ein neuer, geiler Sozialismus, in: AA-Nachrichten, Juli 1977, S. 6–9, hier: S. 8 f.

90 Vgl. David Bebnowski, Generation und Geltung. Von den „45ern“ zur Generation Praktikum - etablierte und übersehene Generationen im Vergleich, Bielefeld 2012, S. 123 ff.

91 O.V.: Kooperative Bremen in die AAO, in: AA-Nachrichten Juni 1977, S.12–15, hier S. 12.

92 Nachzusehen ist der Zustand der späten Kommune in zwei dokumentarischen Filmen von und mit Kindern aus der damaligen Kommune. Vgl. Julien Robert, Meine keine Familie, 2012; Juliane Grossheim, Die Kinder vom Friedrichshof, 2009. Die Sammlung Friedrichshof bereitet unter der Fragestellung „wie eine anarchistisch-libertäre Gruppe im Laufe von zwanzig Jahren in ein hierarchisches System kippen konnte“ ein eigenes interdisziplinäres Forschungsprojekt zu den Vorgängen vor. Vgl.: <http://www.sammlungfriedrichshof.at/de/archiv-friedrichshof/> [eingesehen am 03.12.2013].

Sexualität des Kindes gerechtfertigt, sexueller Missbrauch war ein „pädagogisches Spiel“.<sup>93</sup>

### Auftakt der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte

Was anfangs noch im Rahmen von recht spezialisierten wissenschaftlichen und rechtspolitischen Diskursen erörtert worden war, wuchs im Laufe der Zeit zum Bestandteil links-liberaler Intellektualität, die sich in den 1970er Jahren weiter entfaltete. Es war das Jahrzehnt, in dem Helmut Kentler mit seinem Ansatz einer „nicht-repressiven“ Sexualerziehung ein Star der Jugendpädagogik und Sexualwissenschaft wurde. Seine Bücher, in denen er die Pädophilie mit denkbar großer Sympathie vorstellte, wurden Bestseller.<sup>94</sup> Kentler veröffentlichte bei Rowohlt. Er kommentierte in Zeitungen, war gefeierter Redner in evangelischen Akademien. 1970 geißelte er in einem Beitrag für die Zeit die „streng moralischen, repressiven Auffassungen im Bereich der Sexualität“. Mit dem Verzicht auf eine vitale Sexualität sollen die Bürger, so Kentler, für die hierarchisierte Gesellschaftsordnung konditioniert und in Fremdbestimmung eingewöhnt werden. Allein freizügige Sexualität ermögliche politische Freiheit; die sexuelle Begrenzung hingegen nähere die Diktatur: „Es sollte uns zu denken geben, dass Adolf Eichmann – nach allem, was wir über ihn wissen, in seiner Jugend ganz den Anforderungen entsprach, die unsere Sittengesetze und unser Jugendschutz an die Leistungsfähigkeit junger Menschen zur Askese stellen. Er war ein in sexueller Hinsicht ‚sauberer deutscher Junge‘.“<sup>95</sup>

Einem Leser der Zeit leuchtete das alles nicht recht ein. In einem Leserbrief kommentierte er die Auslassungen von Kentler kritisch, „dass aus einem repressiv erzogenen nicht unbedingt ein Eichmanntyp werden muss. Offenbar kann auch bei gänzlich veralteter Erziehungsmethode ein Friedrich Schiller oder ein Albert Schweizer entstehen. [...] Leider stimmt auch die Umkehrung nicht: keineswegs alle munteren Playboys sind als politisch mündige Menschen in Erscheinung getreten, und auch mancher mittelalter Potentat, der sexuelle Befriedigung

---

93 Andreas Schlothauer, Die Diktatur der freien Sexualität. AAO, Mühl-Kommune, Friedrichshof. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 55.). Wien 1992, S. 112.

94 Vgl. hierzu den Nachruf von Rüdiger Lautmann auf Helmut Kentler in den Mitteilungen der Humanistischen Union: Rüdiger Lautmann, Nachruf auf Helmut Kentler, in: Mitteilungen der Humanistischen Union, H. 3/2008, S. 26–27.

95 Helmut Kentler, Von Lust ist nicht die Rede, in: Die Zeit, 7.2. 1969.

nicht verachtete, war trotzdem noch erstaunlich aggressiv.“<sup>96</sup> 35 Jahre danach urteilte auch ein Star unter den Theoretiker der radikalen Linken, Slavoj Žižek, mittlerweile ganz ähnlich: „In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse ist die hegemoniale Einstellung nicht etwa die patriarchalische Unterdrückung, sondern die freie Promiskuität“.<sup>97</sup>

Die von Kentler mit verfasste Aufklärungsbroschüre „Zeig mal! Ein Bilderbuch für Kinder und Eltern“<sup>98</sup>, 1974 im von Hermann Ehlers (CDU) gegründeten und lange von Johannes Rau (SPD) geleiteten, infolgedessen sehr evangelisch geprägten Jugenddienst-Verlag (Rechtsnachfolger: Peter Hammer), erschienen, setzte sich in Deutschland 90.000 Mal, in den USA über 300.000 Mal ab. Im<sup>99</sup> Vorwort betonte Kentler, dass sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Kinder keineswegs bedenklich oder gar schädlich seien. Würden „solche Beziehungen nicht von der Umwelt diskriminiert“, dann seien vielmehr „positive Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung zu erwarten“.<sup>100</sup> Ähnlich argumentierte sein Bremer Professorenenkollege Rüdiger Lautmann, für den Sexualdelikte eher „Straftaten ohne Opfer“ waren. An den „hergebrachten Stereotypen“ zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern – die sexuelle Handlung hinterlasse beim Kinde einen seelischen Schock mit bleibenden Schäden – „stimmt nichts“.<sup>101</sup>

Auch die Gerichte zogen diese Wissenschaftler damals gern als Sachverständige in Missbrauchsfällen hinzu. Im Übrigen war Kentler, seit 1976 Lehrstuhlinhaber für Sozialpädagogik und Sexualwissenschaft an der Universität Hannover, fest davon überzeugt, dass „echte Pädophile“ „hochsensibel gegen Schädigung von Kindern“ seien. In der *Zeit* kam er 1980 auch als Experte für das „Trampen“ zu Wort. Der „Tramp-Fan Kentler“, wie ihn der durchaus ein wenig skeptische Autor nannte, mochte die Sorgen von Eltern gegen das „Per-

96 Leserbrief von Helmut Gente, Herzberg, in: *Die Zeit*, 28.2. 1969.

97 Slavoj Žižek, *Die Zukunft des Politischen*, in: Gerhard Gramm u.a. (Hrsg.), *Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Perspektiven auf Arbeit, Leben, Politik*, Frankfurt a.M. 2004, S. 51-70, hier: S. 53: „Unter den Bedingungen einer generalisierten Perversion des Spätkapitalismus ist die Überschreitung gleichsam selbst gesellschaftlich erfordert: Uns werden täglich kleine Apparate und soziale Verkehrsformen anempfohlen, die uns nicht nur ermöglichen, mit unseren Perversionen zu leben, sondern unmittelbar neue Perversionen erzeugen. Es genügt in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass im Bereich der Geschlechterverhältnisse immer wieder neue Mittel erfunden werden, um Abwechslung und Überraschungen in unser Sexualleben zu bringen, von Lotionen, die unsere Potenz und Genussfähigkeit erweitern, bis hin zu den verschiedensten Kleidungsstücken und Instrumenten.“

98 Will McBride u. Helga Fleischhauer-Hardt, *Zeig mal!*, Wuppertal 1975.

99 Siehe die Angaben bei Susanne Mayer, *Der Schatten von 1968*, in: *Die Zeit*, 11.10. 1996.

100 Helmut Kentler, *Kindersexualität*, in: Will McBride u. Helga Fleischhauer-Hardt, *Zeig mal! Jugenddienst-Verlag*, 2. Auflage, Wuppertal 1975, S. 4-11, hier S. 10.

101 Rüdiger Lautmann, *Sexualdelikte - Straftaten ohne Opfer?*, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* Jg. 13. (1980), H. 2, S. 47.

Anhalter-Mitfahren“ der Kinder nicht teilen. Es sei zwar möglich, „daß im Wagen ein Mann sitzt, der das Mädchen oder den Jungen verführen will. Das ist aber meines Erachtens gar kein Problem. Ich weiß von vielen Trampnern und auch aus meiner Jugend: Man braucht dann bloß zu sagen, ich habe keine Lust, und dann ist die Sache in Ordnung.“<sup>102</sup> Zusammen: Während es aus heutiger Perspektive und in Kenntnis der schweren psychischen (Langzeit-)Folgen und Traumata<sup>103</sup> geradezu absurd anmutet, in diesem Feld leichtfertig über eine Lockerung von Gesetzen zu debattieren und von „Verbrechen ohne Opfer“<sup>104</sup> zu sprechen, hielt man das in den 1970er und 1980er Jahren zumindest für denkbar.<sup>105</sup> Eine stattliche Zahl an Sexualwissenschaftlern, Kriminologen, Vertretern der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Pädagogik argumentierte damals genauso.<sup>106</sup> Die linksliberale Presse gab den Fürsprechern einer Entkriminalisierung von vermeintlich einvernehmlicher Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern damals viel Raum.<sup>107</sup> Auch in Foren der evangelischen Kirche, der Humanistischen Union und einiger sozialpädagogischer Verbände wurde so argumentiert. Als Kind dieser Zeit schlug sich diese Diskussion natürlich auch in der Partei Die Grünen nieder und klebt seitdem als Makel an ihr. Wiederholt sind sie mit diesem Aspekt ihrer Geschichte konfrontiert worden. In der Mitte der 1980er Jahre war es der Beschluss der nordrhein-westfälischen Grünen im Vorfeld der Landtagswahl 1985, der eine veritable Diskussion auslöste, die am Ende aus Sicht von Beobachtern wie Funktionsträgern der Grünen sogar dazu beitrug, dass die Partei den Einzug in den Düsseldorfer Landtag verpasste.<sup>108</sup> Diese Vorgänge wiederum nahm die CSU dann Mitte der 1990er Jahre

---

102 Siehe Michael Petzei, „Irgendwie abenteuerlicher“, in: Die Zeit, 9.5. 1980.

103 Langzeitstudien weisen auf das erhöhte Risiko schwerster psychischer Probleme nebst etlicher Folgeerkrankungen und einer gestiegenen Latenz zum Selbstmord hin: J. M. Fegert u.a., Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in: Bundesgesundheitsblatt, Jg. 56 (2013) H. 2, S. 199–207, hier S. 202 f.

104 Rüdiger Lautmann, Der Zwang zur Tugend, Die gesellschaftliche Kontrolle der Sexualitäten, Frankfurt a.M. 1984, hier: S. 98; Titelthema von: Betrifft: Erziehung, H. 4/1973, Weinheim.

105 Zur Übersicht der Debatte in der Sexualwissenschaft, jedoch eher unkritisch: Florian Mildener, Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs, Hamburg 2006, hier insbesondere: S. 46–73.

106 Als kursorischer Überblick: Volker Breidecker, Die schweigenden Sirenen, in: Süddeutsche Zeitung, 20.9. 2013.

107 Exemplarisch: Rudolf Walter Leonhardt, Kurzes Kichern, kein Erröten, in: Die Zeit, 25.4. 1969; außerdem die Intention der Frager: Kein Mensch kann im Schlaf so was machen, Spiegel-Gespräch mit Staatssekretär Alfons Bayerl, in: Der Spiegel, 24.8. 1970.

108 Vgl. Ann-Katrin Müller, Die Allianz, in: Der Spiegel, H. 35/2013; Gerd Kröncke, Grüne: Wir sind selbst schuld, in: Süddeutsche Zeitung, 20.05. 1985; Stellungnahme des Landesvorstandes der Grünen Nordrhein-Westfalen zum Wahlausgang der Landtagswahl am 12.5. 1985, AGG, C NRW LaVo/LGSt 01, 80; Schreiben von Hartmut Regenstein an den Vorstand, die Landesgeschäftsstelle, den LHA und die nächste LDK, 16.5. 1985, Zusendung aus Privatarchiv Hartmut Regenstein; Joachim Grupp, Abschied von den Grundsätzen? Die Grünen zwischen Koalition und Opposition, Berlin 1986, S. 45 f.

nochmals zum Anlass, eine Materialsammlung<sup>109</sup> herauszubringen. Die damalige Kampagne erzielte jedoch wenig Nachhall, nicht zuletzt, weil die Christsozialen in ihrer Ausarbeitung Pädophilie und Homosexualität mehr oder weniger gleichsetzten und es der aufbereiteten Faktenlage auch sonst an der letztlich doch erforderlichen Differenzierung fehlte. Äußerungen von Daniel Cohn-Bendit aus den 1970er Jahren, die zuletzt im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an den notorischen Provokateur nochmals zur Sprache kamen, waren bereits 2001 Anlass für eine längere Debatte über dessen Verhältnis zu Pädophilie. Damals hielt Klaus Kinkel, sekundiert von Alice Schwarzer, Cohn-Bendit seine Aussagen im Buch „Der große Basar“ vor.<sup>110</sup>

Seitdem gab es weitere Debatten um das Thema Pädophilie und sexuellen Missbrauch. Spätestens ab den neunziger Jahren ist in der Debatte über Pädophilie und sexuellen Missbrauch eine Wende zu diagnostizieren: weg von den Fragen der Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit von strafrechtlichen Schutzbestimmungen hin zu Fragen der konkreten Bedingungen für und Folgen von sexuellem Missbrauch.<sup>111</sup> In der Strafrechtsdiskussion sank derweil gegen Ende der 1990er Jahre „die Toleranzschwelle gegenüber Tätern“, mit der Folge, dass fortan die Strafmaße angehoben und die Delikte stärker ausdifferenziert wurden.<sup>112</sup> Nach verschiedenen bekannt gewordenen Missbrauchsfällen, auch und gerade im reformpädagogischen Bereich,<sup>113</sup> räsionierten einige Medien aus dem linksalternativen Spektrum darüber, ob sie selbst durch Verharmlosung von Pädophilie in den 1970er und 1980er Jahren dem sexuellen Missbrauch einst Vorschub geleistet haben könnten beziehungsweise ob sie

---

109 CSU-Landesgruppe, Dokumentation zur Innen- und Rechtspolitik der Grünen, ACSP, Nr. 11/59.

110 Schreiben Klaus Kinkel an Daniel Marc Cohn-Bendit, 30.1. 2001, AGG, A Cohn-Bendit, 17; Alice Schwarzer, Alice im Wunderland, Eine Zwischenbilanz, Köln 2002, hier: S. 136; Sabine Stamer, Cohn-Bendit, Die Biographie, Hamburg/Wien 2001, hier S. 132-137.

111 Exemplarisch: Ursula Enders, Zart war ich, bitter war's, Handbuch gegen sexuellen Missbrauch, Köln 2001; Ursula Enders, Grenzen achten, Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen, Ein Handbuch für die Praxis, Köln 2013.

112 Johannes A. J. Brüggemann, Entwicklung und Wandel des Sexualstrafrechts in der Geschichte unseres StGB, Die Reform der Sexualdelikte einst und jetzt, Baden-Baden 2013, S. 365.

113 Claudia Burgsmüller/Brigitte Tilmann, Abschlussbericht über die bisherigen Mitteilungen über sexuelle Ausbeutung von Schülern und Schülerinnen an der Odenwaldschule im Zeitraum 1960 bis 2010, Wiesbaden/Darmstadt 2010; Jürgen Oelkers, Eros und Herrschaft. Die dunklen Seiten der Reformpädagogik, Weinheim und Basel 2011, Jürgen Dehmers, Wie laut soll ich denn schreien. Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch, Reinbek bei Hamburg 2011; zuletzt auch Ute Frevert, Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, München 2013, S. 92 ff.



mit pädophilen Forderungen zu leichtfertig umgegangen waren.<sup>114</sup> Auch gab es bereits eine kurze, prägnante Darstellung der Gesamtentwicklung unter Einbezug von Cohn-Bendits publizistischer Rolle darin.<sup>115</sup> Obwohl zahlreiche Fälle schon länger bekannt waren<sup>116</sup>, gab es 2010 eine regelrechte Flut von Berichten und Eingeständnissen von sexuellen Übergriffen auf Kinder. Einrichtungen der katholischen wie der evangelischen Kirche, reformpädagogische Vorzeigeeinrichtungen und Internate standen gleichzeitig im öffentlichen Fokus.<sup>117</sup> Die dunklen Schatten, der gerade in Deutschland über ein Jahrhundert in Reformschulen und in Meister-Jünger-Beziehungen zelebrierte „Pädagogische Eros“, wurden nun nicht mehr weggretuschiert.<sup>118</sup> Im Jahr 2010 taten sich Mitglieder von Jugendbünden zu einem Arbeitskreis „Schatten der Jugendbewegung“ zusammen, um die kriminellen Hintergründe des gerade auch in der Jugendbewegung des 21. Jahrhunderts verwurzelten Leitmotivs vom „Pädagogischen Eros“ auszuleuchten.<sup>119</sup> Bemerkenswert schonungslos diagnostizierten die Verantwortlichen des Kreises, dass sich der Strafbestand sexueller Gewalt „leider wie ein roter Faden durch die über 100jährige Geschichte der Jugendbewegung“<sup>120</sup> gezogen habe. Weil man sich damit „nicht abfinden“ wollte, da überdies im gleichen Jahr die jahrzehntelang währenden schaurigen Übergriffe eines zuvor als große Autorität gefeierten Pfadfinderführers und Gymnasiallehrers aus Kassel ruchbar wurden, machte man sich energisch an die Selbstaufklärung über diese dunklen Zonen der eigenen Geschichte - eine beherzte Initiative, die vielleicht auch dem Auftraggeber dieser Studie bereits zu jenem Zeitpunkt

---

114 Exemplarisch: Daniel Boese, Pädophilie in der zitty, in: zitty, H. 13/2010, S. 34-36; Nina Apin u.a., Die hässliche Seite des netten Didi, in: tageszeitung Online, 19.02. 2011, online einsehbar unter <http://www.taz.de/!66135/> [eingesehen am 19.08. 2013]; Nina Apin, Kuscheln mit den Indianern, in: tageszeitung Online, 22.04. 2010, online einsehbar unter <http://www.taz.de/Paedo-Aktivisten-im-linken-Mileu/!51494/> [eingesehen am 19.08. 2013].

115 Wolfgang Kraushaar, Bewegte Männer, in: Die Zeit, 27.5. 2010; siehe zudem: Meike Sophia Baader, Von der sozialistischen Erziehung bis zum buddhistischen Om. Kinderländen zwischen Gegen- und Elitenkultur, in: Meike Sophia Baader (Hrsg.), Seid realistisch, verlangt das Unmögliche: Wie 1968 die Pädagogik bewegte, Weinheim 2008, S. 16-35.

116 Jörg Schindler, Der Lack ist ab, in: Frankfurter Rundschau, 17.11. 1999.

117 Gunda Bartels u. Johannes Radke, Jesuiten-Orden: Weitere Missbrauchsfälle in Hamburg, in: Tagesspiegel Online, 01.02. 2010, online einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/canisius-kolleg-jesuiten-orden-weitere-missbrauchsfaeelle-in-hamburg/1837172.html> [eingesehen am 25.09. 2013]; Matthias Bartsch u. Markus Verbeet, Die Wurzeln des Missbrauchs, in: Der Spiegel, H. 29/2010, S. 40-43; Heiner Effer, Liste des Grauens, in: Süddeutsche Online, 11.04.2010, online einsehbar unter <http://www.sueddeutsche.de/bayern/kloster-ettal-listedes-grauens-1.4161> [eingesehen am 25.09. 2013].

118 Franz Walter, Abschied von den Gurus?, in: INDES H. 3/2013, S. 54-64.

119 Hierzu: <http://www.burgludwigstein.de/AK-Schatten.590.0.html> [eingesehen am 08.12. 2013]; auch: Sven Reiss, Sie nannten es Geheimbund, in: tageszeitung, 12.06. 2013. Zur Geschichte der Jugendbewegung siehe Franz Walter, Die Jugendbewegung auf dem Berg. Der Hohe-Meißner-Mythos, in: INDES, H. 2/2013, S. 35-48; Ders., Tusk, der Jugendführer. Tragisches Idol des Heroismus der Verlorenen, in: INDES, H. 4/2013, S. 117-127.

120 Ebd.

nicht schlecht angestanden hätte. Jedenfalls und zusammen: Zahlreiche Opfer aus verschiedensten Einrichtungen meldeten sich nun zu Wort, forderten Aufklärung und erbateten sich Gehör.<sup>121</sup> Dadurch bekam das Thema sexueller Missbrauch mit einem Male eine stärkere Dynamik, die den heutigen starken Widerhall in der medialen Berichterstattung erklärt.<sup>122</sup> Eine späte Folge dieses Prozesses ist, dass Bündnis 90/Die Grünen auch mit ihrer Vergangenheit konfrontiert wurden und dem Göttinger Institut für Demokratieforschung daraufhin den Auftrag erteilt haben, den Einfluss von Gruppen mit pädophilen Forderungen innerhalb der Grünen zu untersuchen.

### Internationale Vorläufer und Bezüge

Was hier als Debatte daherkommt, die sich zunächst in bestimmten intellektuellen Zirkeln und danach im linksliberalen Bildungsbürgertum durchzusetzen begann, war keineswegs auf den deutschsprachigen Raum begrenzt. Vielmehr finden sich nahezu überall in Westeuropa Spuren.

„Wenn ein kleines Mädchen von fünf Jahren beginnt, Sie auszuziehen, dann ist das fantastisch, das ist ein erotisch-manisches Spiel.“ Mit diesem Satz in der französischen Talkshow „Apostrophes“ wollte Daniel Cohn-Bendit 1982 sein Publikum, wie so oft<sup>123</sup>, provozieren, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des tabubrechenden Rebellen zu drängen.<sup>124</sup> Richtig gelang ihm das seinerzeit nicht. Keiner der übrigen Gäste in der Sendung, weder der Präfekt Maurice Grimaud, noch der Katholik Michel de Saint-Pierre, noch der Philosoph Francois Chatelet, noch der Schriftsteller Paul Guth reagierte erkennbar entrüstet; niemand hatte den notorisch flegelhaft auftretenden ehemaligen Studentenführer<sup>125</sup>, der sich noch kurz vor der Sendung – laut eigener Aussage – mit einem Haschischplätzchen<sup>126</sup> in Stimmung ge-

121 Jürgen Dehmers, Wie laut soll ich denn schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch, Reinbek bei Hamburg 2011.

122 Insgesamt hierzu auch Sabine Andresen u. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) Missachtung und sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Institutionen, Weinheim und Basel 2012.

123 Vgl. dazu beispielsweise Kapitel 4 in: Sabine Stahmer, Cohn-Bendit. Die Biografie, Hamburg 2001; Klaus-Peter Schmid, Das Rumpelstilzchen erinnert sich. Daniel Cohn-Bendit schildert seine Rolle im Pariser Mai 1968, in: Die Zeit, 25.06. 1975.

124 <https://www.youtube.com/watch?v=NXLXRVHej6s> [eingesehen am 31.08. 2013].

125 Jean-Louis Barrault beschreibt Cohn-Bendit in seinen Memoiren als einen kleinen Rotschopf, von dem er sich während der Besetzung des Odéon über eine Stunde lang in einem frech ironischen Ton habe beleidigen lassen müssen, vgl. Jean-Louis Barrault, Erinnerungen für morgen, Frankfurt am Main 1973, S. 368–369.

126 In einem Interview, das im Spiegel erschienen ist, widerspricht Cohn-Bendit dieser Aussage wieder, vgl. Jan Fleischhauer/René Pfister, „Die sind alle meschugge“, in: Der Spiegel, Nr. 20, 13.5. 2013, S. 28.

bracht hatte, in seine Schranken gewiesen. Auch in den Printmedien las man hernach keine kritischen Kommentare. Ähnlich indifferent reagierte die Öffentlichkeit bereits sieben Jahre zuvor<sup>127</sup> auf die mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordene Passage in Cohn-Bendits „Le Grand Bazar“: „Es ist mir mehrmals passiert, dass einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln.“<sup>128</sup> Doch ist Indifferenz im Grunde nicht die angemessene Charakterisierung. Unter Intellektuellen in Frankreich genossen die pädophilen Postulate vielmehr Sympathie. Es war eine „autre temps“, wie Le Monde Jahre später etwas verschämt zurückblickte<sup>129</sup>, da auch diese reputierliche Tageszeitung in den 1970er Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger gezeigt hatte, während die linksrepublikanische *Libération* dem Sex mit Kindern gar eine „echte soziale Mission“ attestierte, wie später die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu schrieb.<sup>130</sup> Der Schriftsteller Tony Duvert erhielt Ende 1973 für seine Schilderung sexueller Kontakte von Erwachsenen zu Kindern in seiner Publikation „Paysage de fantaisie“ den französischen Literaturpreis Prix Medicis.<sup>131</sup>

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten an 13- und 14jährigen Kindern im Gefängnis saßen und auf ihren Prozess warteten, solidarisierten sich etliche Intellektuelle mit den drei Angeklagten, deren Freilassung sie einforderten.<sup>132</sup> Darunter befanden sich Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, der französische Sozialist und bald langjährige Kulturminister Jack Lang, sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner. Als man Jahre später Sex mit Kindern weniger gönnerhaft betrachtete, gab einer der Resolutionäre – der zwischenzeitliche Maoist und heute Papist – Philippe Solers zu seiner Entschuldigung an, dass es damals viele Petitionen gegeben habe, die man

---

127 Darauf hat jüngst auch Rupert von Plottnitz in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hingewiesen: Cornelia von Wrangel, Der aus der Reihe tanzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 03.11.2013, online einsehbar unter <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/rupert-von-plotnitz-der-aus-der-reihe-tanzt-12646197.html> [eingesehen am 03.12.2013].

128 Daniel Cohn-Bendit, Der große Basar, Gespräche mit Michel Lévy, Jean-Marc Salmon, Maren Sell, München 1975, S. 143.

129 Pierre Georges: „Autre temps...“, in: Le Monde, 23.2.2001.

130 Anne-Claude Ambroise-Rendu, „Un siècle de pédophilie dans la presse (1880–2000): accusation, plaidoirie, condamnation“, in: Le Temps des médias, H. 1, 2003, S. 31–41. Auch online einsehbar unter <http://www.histoiredesmedias.com/Un-siecle-de-pedophilie-dans-la.html> [eingesehen am 26.07.2013].

131 Gilles Sebhan, Tony Duvert. L'Enfant silencieux, Paris 2010, S. 75.

132 Louis Aragon u.a., „À propos d'un procès“, in: Le Monde, 26.1.1977.

gleichsam automatisch unterschrieben habe.<sup>133</sup> Sich gegen Repressionen und als überkommen betrachtete Wertvorstellungen zu wenden, war eine gesellschaftliche Mentalitätsströmung, die weder auf Frankreich, noch auf die 1970er Jahre beschränkt blieb. In einem spezifischen Diskursklima konnten pädophile Gruppen ihre Anliegen relativ offensiv vertreten. Allerdings: Pädophile hatten in den 1970er Jahren ihrerseits nicht unbegründete Ängste davor, als „Triebtäter“ unbefristet in die Psychiatrie eingewiesen zu werden. Auch stereotaktische Gehirnoperationen mit schwersten Folgeschäden oder Medikamententherapien zur Reduktion des Geschlechtstriebes waren durchaus verbreitete Methoden im Umgang mit wiederholt straffällig gewordenen Pädophilen.<sup>134</sup> Und man beschränkte sich keineswegs auf Pädophile, sondern hielt auch Homosexualität oder Hypersexualität lange Zeit für therapiewürdig, notfalls gegen den Willen der Betroffenen.<sup>135</sup>

In der an ein internationales Publikum gerichteten und in den Niederlanden produzierten pro-pädophilen Zeitschrift *Pan* wurden unter dem Titel „The Battle Line“ in jeder Ausgabe Gegner der Pädophilen genannt und ihre Positionen mit den eigenen verglichen. Einzelpersonen, aber unter anderem auch die Zunft der Psychiater als solche, standen so in der Kritik.<sup>136</sup> Diese Auseinandersetzung mit der Psychiatrie war ein fester Teil innerhalb der damaligen linken Diskussionszusammenhänge, wurde in ihr doch ein normierendes und damit letztlich repressives Organ gesehen.<sup>137</sup> In Deutschland erfuhr die antipsychiatrische Bewegung 1970 im sozialistischen Patientenkollektiv ihre erste, marxistisch geprägte Kollektivierung. Die Gruppe um den Heidelberger Arzt Wolfgang Huber deutete psychische Krankheiten als Konsequenz der kapitalistischen Verhältnisse und wuchs schnell auf bis zu 500 Mitglieder, zu großen Teilen Betroffene, an. In den kommenden zwei Jahren kam es zur Radikalisierung dieser Gruppe, die 1972 in einer Hausdurchsuchung bei dem

---

133 Zit. nach Sorj Chalandon, „Libé' en écho d'un vertige commun“, in: Libération Online, 23.02.2001, online einsehbar unter <http://www.liberation.fr/evenement/0101365058-libe-en-echo-d-un-vertigecommun> [eingesehen am 25.07.2013].

134 O.V., Unklare Diagnose, in: Der Spiegel, H. 38/1975, S. 158–161; siehe auch das Spiegel-Gespräch: „Bei Bartsch fehlte der Zielpunkt im Gehirn“, in: Der Spiegel, H. 22/1976, S. 70–81.

135 O.V., Milch aus der Männerbrust, in: Der Spiegel, Heft 13/1991, S. 62–63.

136 Vgl., O.V.: The Battle Line, in: *Pan. A Magazine About Boy Love*, Jg. 4 (1982) H. 12, S. 44–47. ASM, SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene.

137 Intellektuell in diesem Zusammenhang besonders einflussreich: Michel Foucault: *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt a. M. 1969; Ders.: *Sexualität und Wahrheit*, Frankfurt a. M. 1977–1986 (3 Bd.).

Kollektiv und der anschließenden Verhaftung Hubers mündete.<sup>138</sup> In den Folgejahren wurde die Kritik der Antipsychoiatrie von verschiedenen Gruppen, unter anderem auch von der Indianerkommune, artikuliert. Wenn auch die antipsychoiatrie Bewegung in Deutschland nie eine intellektuelle Unterstützung wie ihre französischen und italienischen Pendant erreichte, so fand die Deutung der Psychiatrie als Regulativ einer kranken Gesellschaft ihren Weg in die allgemeine Debatte über die Befreiung von Repression und Unterdrückung. Der pro-pädophile Aktivismus jener Zeit knüpfte an diese Strömungen an. Unterstützt wurde er neben der bereits erwähnten Zeitschrift *Pan* durch einige weitere international ausgerichtete Magazine. Diese sind vorzugsweise in den Niederlanden erschienen, was keineswegs zufällig der Fall war. Das Editorial der ersten Ausgabe der *Pan* sieht unter der Überschrift „Why Holland?“ die größere Offenheit der niederländischen Gesellschaft hierfür als ausschlaggebend an: „Dutch law and Dutch social attitudes are reasonable sexually sane. English and American law and opinion are totally, criminally mad. [...] The Netherlands is hardly a paedophile paradise but, as in Scandinavia, people here seem willing at least to examine the phenomenon without hysteria. It helps that they can do so without being hassled by the ‘Three Ps’[police, press, politicians].“<sup>139</sup> *Pan* erschien zwischen 1979 und 1985 in 21 Ausgaben und diente vor allem als Informationsmedium, das über Pädophile in verschiedenen Ländern berichtete. Auch kamen hier die Sexualwissenschaftler Frits Bernard und Theo Sandfort regelmäßig zu Wort. Beide befürworteten Pädophilie, sofern diese einvernehmlich sei. Berichtet wurde in dem Magazin auch zeitnah über staatliche Maßnahmen gegen pädophile Aktivisten im Ausland.

Neben *Pan* wurde zwischen 1987 und 1995 überdies die stärker sexualwissenschaftlich argumentierende *Paidika* von Pädophilen in den Niederlanden herausgegeben. „The starting point of *Paidika* is necessarily our consciousness of ourselves as paedophiles. [...] We shall be speaking, therefore, not only to paedophiles seeking a greater understanding of their identity, but also to members of the academic community open to objective investigations of the

---

138 Huber war Mitglied der RAF geworden und eine Gruppe aus dem Kollektiv hatte sich ebenfalls der Terrororganisation angeschlossen: Martin Jander, „Zieht den Trennungstrich, jede Minute“, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF, Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Bonn 2008, S. 140–173, hier: S. 142 und 148; Tobias Wunschik, *Aufstieg und Zerfall*, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF, Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Bonn 2008, S. 174–199, hier S. 175f.

139 O.V.: *Why Holland?* In: *Pan. A Magazine About Boy Love*, Jg. 1 (1979) H. 1, S. 4–5, hier S. 4. ASM, *SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene*.

phänomenon.“<sup>140</sup> Zum international zusammengesetzten, akademischen Herausgeberkreis gehörten die in den 1980er und 1990er Jahren einschlägigen und die Pädophilie bejahenden niederländischen Sexualwissenschaftler, neben Bernard und Sandfort sind das Edward Brongersma und Alex von Naerssen.<sup>141</sup>

Die Niederlande boten aber nicht nur gute Voraussetzungen, um Magazine zu publizieren. Die Organisation „International Paedophile and Emancipation Movement“ (IPCE), eine Art institutionalisierte Austauschplattform von Pädophilen, wurde 1987 gegründet und hielt ungefähr alle zwei Jahre internationale Treffen ab,<sup>142</sup> wovon die meisten in den Niederlanden stattfanden.<sup>143</sup>

Der pädophile Aktivismus in den Niederlanden war von Anfang an stärker institutionalisiert als in anderen Ländern, woran vor allem die Person Frits Bernard einen Anteil hatte. Er ist als Initiator vieler Initiativen einzuschätzen und vertrat die Anliegen der Pädophilen nach eigenen Angaben bereits ab den 1940er Jahren.<sup>144</sup> Er schilderte in der *Paidika*, dass 1957 erste Kontakte zu einer Interessensgruppe von Schwulen, dem COC (Cultuur en Ontspanningscentrum), geknüpft worden waren. Diese Kontakte blieben hinsichtlich des Ausbaus einer politischen Lobby für pädophile Anliegen jedoch ergebnislos. Im Magazin *Vriendschap* (Freundschaft), zu dessen Herausgebern Bernard ebenfalls gehörte, seien in den frühen 1960er Jahren allerdings Artikel über Pädophilie erschienen.<sup>145</sup> Nachdem Bernards Versuche scheiterten, in der COC Fuß zu fassen, gründete er den „Enclave Kring“. Diese Vereinigung operierte als ein internationales Kontaktnetzwerk zwischen Pädophilen, blieb jedoch trotz der internationalen Unterstützung bis in die frühen 1970er Jahre eine Untergrundorganisation.

---

140 O.V.: Statement of Purpose, in: *Paidika. The Journal of Paedophilia*, Jg. 1 (1987) H. 1, S. 2-3, hier: S. 2. ASM, *Paidika Z-NL-PAI-01*. (Herv. i.O.).

141 Vgl. auch der von ihnen herausgegebene Sammelband: Edward Brongersma u.a., *Male intergenerational intimacy*, New York 1991.

142 „Ipce ist ein Forum für Personen, die sich für die akademische Diskussion, das Verstehen und die Emanzipation von Pädophilie engagieren. Pädophilie soll in diesem Zusammenhang von einer unverfälschten, nicht-wertenden Perspektive aus und in Verbindung mit Menschenrechten gesehen werden. Ipce trifft sich einmal jährlich oder zweijährlich jeweils in einem anderen Land, veröffentlicht einen Rundbrief, koordiniert den (elektronischen) Austausch von Texten und unterhält ein Archiv einschlägiger schriftlicher Veröffentlichungen.“ Aus: <http://www.ipce.info/de> [eingesehen am 31.07.2013]. Generell die Seite <http://www.ipce.info>.

143 IPCE-Newsletter, Jg. 6 (1994) Nr. 1, S. 2. ASM, *SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene*.

144 Frits Bernard, *The Dutch Paedophile Emancipation Movement*, in: *Paidika* Jg. 1 (1987) H. 1, S. 35-45. ASM, *Paidika Z-NL-PAI-01*. Und: O.V., *An Interview with Dr. Frits Bernard*, in: *Pan. A Magazine About Boy-Love*, Jg. 1 (1979) H. 1, S. 15-18. ASM, *SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene*.

145 Frits Bernard, *The Dutch Paedophile Emancipation Movement*, in: *Paidika* Jg. 1 (1987) H. 1, S. 35-45, S. 36.

In ihr wurden erste Versuche unternommen, „to develop new moral views concerning paedophiles based upon scientific investigation of facts rather than upon traditional moral judgements which find paedophilia unacceptable.“<sup>146</sup>

Mit dieser auf wissenschaftliche Begründungen fokussierten Ausrichtung wurde der Grundstein für die relativ erfolgreiche Orientierung des pädophilen Aktivismus während der 1970er Jahre gelegt. In dieser Zeit fand Bernard breitere gesellschaftliche Unterstützung dann in der NVSH (Niederländische Gesellschaft für sexuelle Reform), als Pädophiliearbeitsgruppen gebildet wurden, die eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreiben sollten. Zu diesem Zweck wurde eine sexualwissenschaftliche Expertenkommission eingerichtet, die 1972 das Buch „Sex met Kinderen“ (Sex mit Kindern) publizierte, das international breit rezipiert wurde.<sup>147</sup> Laut Bernard wurde hierdurch ein Aufbruch erzeugt, pädophile Arbeitsgruppen gründeten sich fortan in unterschiedlichen niederländischen Städten.<sup>148</sup> Enclave Kring hatte sich so vom Untergrund in die Öffentlichkeit vorgearbeitet. Wichtig hierfür war zweifellos der wissenschaftliche Anstrich, der sich auch auf Deutschland auswirkte. Die Ergebnisse der Untersuchungen Bernards wurden nämlich unter anderem auch in Deutschland zur Rechtfertigung pädophiler Handlungen zitiert.<sup>149</sup> Die zwischen 1973 und 1975 abgehaltenen fünf internationalen Versammlungen im Rahmen der NVSH in Breda stufte Bernard dann als wahres Coming-Out ein. 1977 und 1979 wurden weitere große Kongresse abgehalten und 1980 der Endbericht einer Forschergruppe erstellt.<sup>150</sup>

Indes verlor die Pädophilenbewegung zu diesem Zeitpunkt in den Niederlanden wieder an gesellschaftlicher Akzeptanz. Die NVSH verlor anderweitig an gesellschaftlicher Relevanz, was mit herben Mitgliederverlusten einherging und dadurch die Reichweite der in ihr inkorporierten Pädophilieaktivisten minderte. Auch andernorts gerieten die Pädophilieaktivisten im Verlauf der 1980er Jahre mehr und mehr ins Hintertreffen. Dort, wo sich Pädophilengruppen erfolgreich den Schwulenverbänden angeschlossen hatten, zerbrach diese einstige Allianz wieder oder löste sich langsam auf. Deutlich wurde das spätestens, als 1993

---

146 Ebd.

147 Ebd., S. 39.

148 Ebd.

149 Vgl. zusammenfassend: O.V., Mächtiges Tabu, in: Der Spiegel 30/1980, S. 148–151.

150 Frits Bernard, The Dutch Paedophile Emancipation Movement, in: Paidika Jg. 1 (1987) H. 1, S. 35–45, hier S. 39.

die ILGA (International Lesbian and Gay Association) ihre pädophilen Mitgliedsgruppen ausgeschlossen hatte.<sup>151</sup> Attacken konservativer Gruppierungen, die die Standpunkte der ILGA mit denen der „North American Man/Boy Love Association (NAMBLA) gleichsetzten, veranlassten die ILGA zu diesem Schritt. Die ILGA fürchtete anderenfalls, den von den Vereinten Nationen gerade erst errungenen Status einer NGO wieder zu gefährden.<sup>152</sup> Der deutsche „Bundesverband Homosexualität“ und der „Verein für sexuelle Gleichberechtigung“ protestierten im Vorfeld der Entscheidung in schriftlicher Form gegen die Haltung der ILGA und forderten, dass Gruppen wie NAMBLA oder die niederländische „Vereniging Martijn“ Teil der ILGA bleiben sollten.<sup>153</sup> Demgegenüber billigte der von Volker Beck und anderen geführte Schwulenverband Deutschlands diese Entscheidung ausdrücklich.<sup>154</sup> Es ist dieser lange Zeit latente und zu diesem Zeitpunkt manifeste Streit innerhalb der deutschen Schwulenbewegung,<sup>155</sup> auf den sich Elmar Kraushaar auch in der oben zitierten Textpassage bezog.<sup>156</sup>

In den Niederlanden waren zusätzlich zwei weitere Organisationen als relevante Akteure einzustufen. Zum einen ist dies die 1982 gegründete Vereniging Martijn (damals Stichting Martijn) und die Partij voor Naafstenliefde, Vrijheid en Diversiteit. Erstgenannte wird zusammen mit der IPCE 1994 aus der ILGA ausgeschlossen und im Juni 2012 von einem niederländischen Gericht unter Betonung des Bedürfnisses nach Kinderschutz zunächst als illegal eingestuft.<sup>157</sup> Das Urteil wurde in nächster Instanz aber aufgehoben. Zwischen 1986 und 2006 publizierte die Vereniging Martijn mit dem *O.K. Magazine* eine nur postalisch

---

151 Wolfram Setz, ILGA in die Zukunft – Pädos ins Ghetto, in: BVH aktuell, H. 4/1994, S. 6–7. Vgl. auch: Marthijn Uittenbogaard, Interview mit Dr. Frits Bernard. Emanzipator der ersten Stunde, in: KOINOS, H. 48/2005. Auch online einsehbar unter: [http://www.ipce.info/library\\_3/files/bernard\\_interview\\_d.htm](http://www.ipce.info/library_3/files/bernard_interview_d.htm) [eingesehen am 12.09.2013]. Uittenbogaard ist der spätere Vorsitzende unterschiedlicher Pädophilenorganisationen in den Niederlanden.

152 International Lesbian and Gay Association, Statement on Protection of Children, 07.11.1993, in: IPCE-Newsletter, Jg. 6 (1994) Nr. 1, S. 28–29. ASM, SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene.

153 Die Stellungnahmen des Bundesverband Homosexualität vom 25.10.1993 und der Vereniging für sexuelle Gleichberechtigung e.V. vom 2.11.1993, in: IPCE-Newsletter, Nr. 1, Jg. 6 Winter 1994, S. 30–31. ASM, SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene.

154 Burghard Richter, Der SVD antwortet dem VSG, ohne Datum (1993), ASM, Katalog Deutsche Städte, München: VSG.

155 Andreas Salmen/Albert Eckert, 20 Jahre bundesdeutsche Schwulenbewegung 1969–1989, BVH Materialien 1, 1989, HISArch, SBe, 699+700, Box 1.

156 Elmar Kraushaar: Der homosexuelle Mann, in: die tageszeitung 30.03.1995.

157 O.V., Gericht verbietet niederländischen Pädophilen-Verein, in: Welt Online, 27.06.2012, online einsehbar unter: <http://www.welt.de/vermischtes/weltgeschehen/article107280400/Gericht-verbietet-niederlaendischen-Paedophilen-Verein.html> [eingesehen am 11.09.2013].



vertriebene Gazette mit Abbildungen spärlich bekleideter oder nackter Kinder.<sup>158</sup> Vorsitzender beider Vereinigungen ist der 1944 geborene Ad van den Berg, der 2011 zu einer Haftstrafe wegen Kindesmissbrauchs und dem Besitz von Kinderpornographie verurteilt wurde.<sup>159</sup> Mit der Partij voor Naafstenliefde, Vrijheid en Diversiteit existierte von 2006 bis 2010 sogar eine Partei, in der Mitglieder aus dem Umfeld der Vereinigung Martijn wie Ad van den Berg, Marthijn Uittenbogaard oder Norbert De Jonge versuchten, die Altersgrenzen für sexuelle Beziehungen auf 12 Jahre abzusenken und generell die Schutzregelungen aufzuweichen. Nur „gefährlicher Sexualkontakt“ sollte strafbar bleiben. Das Programm der Partei ging noch weiter: Kinderpornographie sollte für den privaten Gebrauch legalisiert werden, in diesem Zuge sollte auch das Alter gesenkt werden, ab dem man in Pornos mitspielen darf. Nicht gewalttätige Pornographie sollte tagsüber im Fernsehen ausgestrahlt werden dürfen. Prostitution sollte ab 16 Jahren genauso legal sein wie Sex mit Tieren.<sup>160</sup>

Neben der organisatorischen Infrastruktur haben die Niederlande mit Frits Bernard und Edward Brongersma auch die unbestrittenen Stars der Pädophilenbewegung hervorgebracht. Während sich Bernard überwiegend publizistisch zu Wort meldete, war der nicht minder publizistisch umtriebige Brongersma als international renommierter Aktivist besonders wichtig für die internationale Vernetzung von Pädophilen. Einst Mitglied in einer katholischen Partei, schloss er sich nach dem Krieg den niederländischen Sozialdemokraten an, für die er später auch im Parlament saß und sich dort maßgeblich für die Angleichung der Schutzaltersgrenzen von Homo- und Heterosexuellen engagierte, die dabei auf 12 Jahre abgesenkt wurden.<sup>161</sup>

Brongersma trat auf verschiedenen internationalen Pädophilenversammlungen als Redner auf<sup>162</sup> und engagierte sich bei der Gründung von Organisationen wie der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP). Überhaupt schien die Pädophilenbewegung

---

158 Bernard: The Dutch Paedophile Emancipation Movement, in: *Paidika* Jg. 1 (1987) H. 1, S. 35–45, hier S. 42.

159 O.V., Gericht verbietet niederländischen Pädophilen-Verein, in: *Welt Online*, 27.06. 2012, online einsehbar unter <http://www.welt.de/vermischtes/weltgeschehen/article107280400/Gericht-verbietet-niederlaendischen-Paedophilen-Verein.html> [eingesehen am 11.09. 2013].

160 Vgl. das Parteiprogramm der PNVD, online einsehbar unter: [http://www.pnvd.nl/prog\\_mei\\_2008.html](http://www.pnvd.nl/prog_mei_2008.html) [eingesehen am 11.09. 2013].

161 Elisabeth Bernstein u. Laurie Schaffner (Hg.), *Regulating Sex: The Politics of Intimacy and Identity*. New York/ London, 2005, S. 211.

162 SAP-Einladung zur Generalversammlung „SAP-86“ (Samstag 31.05. 1986, im Badischen Bahnhof in Basel). ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6.

international gut vernetzt gewesen zu sein. So verschickte die „Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie“ (SAP) nicht nur ihre Pamphlete umfänglich ins Ausland<sup>163</sup>, sondern unterhielt auch eine Zweigstelle in Berlin und hatte dort einige deutsche Mitglieder, die sich regelmäßig im „Berliner Communicationszentrum ‚Forum der Freien Meinung‘“ trafen.<sup>164</sup> Auch generell unterhielt sie gute Beziehungen nach Deutschland, etwa zur „uns besonders nahestehenden, aktiven DSAP“<sup>165</sup>. Die SAP entstand in den frühen 1970er Jahren, ab 1973 erscheinen die „SAPI“ acht Mal pro Jahr als „Bindeglied zwischen den Mitgliedern.“<sup>166</sup> Zwischenzeitlich wurde eine weitere Zeitschrift (PAIS) unterhalten, aber nach Erscheinen des siebten Heftes auch wieder eingestellt.<sup>167</sup> Laut Eigendarstellung waren die Mitglieder in der SAP bunt gemischt, weibliche Mitglieder fehlten allerdings ganz; Pädophile, die sich von Mädchen angezogen fühlten, waren ebenfalls in der Minderheit.<sup>168</sup> Während die SAP am Anfang sehr darauf achtete, „eine Art von Geheimbund‘ zu bilden, so glauben wir nun [1977], dass es besser ist in gewissen Beziehungen diese Einstellung zu verlassen“. Dies sei aufgrund dessen angezeigt, da sich die Gesellschaft insgesamt öffne, vor allem „die progressiven homosexuellen Organisationen“ gerieten in den Fokus.<sup>169</sup> Der Versuch eines *Coming-Out* geschah also in auffälliger zeitlicher Nähe zu den geschilderten Öffnungsversuchen in den Niederlanden – und der britischen Pädophilenbewegung, die ebenfalls 1977 versuchte, an die Öffentlichkeit zu treten. Hierfür wurde die Presse eingeladen, was sich jedoch fatal für die britische Trägergruppe „Paedophile Information Exchange“ (PIE) auswirkte.<sup>170</sup>

PIE wurde 1974 gegründet und Mitte der 1980er Jahre endgültig verboten. Ihr internatio-

163 S.A.P., Jubiläums-SAPI. 10 Jahre Schweizerische Arbeitsgemeinschaft P[ädophilie], Zürich 1984, S. 10. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6.

164 SAP-Rundbrief, Nr. 2/1976, vom 14.4. 1976. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6.

165 SAP-Rundbrief, Nr. 4/1976, vom 9.9. 1976. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6.

166 S.A.P., Jubiläums-SAPI. 10 Jahre Schweizerische Arbeitsgemeinschaft P[ädophilie], Zürich, S. 10. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6.

167 Ebd. S. 12.

168 Ebd., S. 8.

169 SAP-Rundbrief, Nr. 3/1976, vom 18.5. 1977. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 6. Tatsächlich wurde dieser Versuch Anfang der 1990er Jahre nochmals wiederholt und in schwulen Szenemagazinen kontrovers, jedoch wohlwollend diskutiert. Vgl.: Remo Peter: Pädos organisieren sich – mit den Schwulen, in: Anderschume/Kontiki H. 2 1992, S. 10-11 und die bezugnehmenden Leserbriefe in H. 3 1992, S. 13 ff.. Auch: Pro & Kontra: Pädos in der Schwulenbewegung, in: Cruiser H. 11 1992, S. 5. ASM, SAP-Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Akte: Schweiz 18.

170 O.V., The Pie Affair, in: Pan. A Magazine About Boy Love, 8 April 1981, S. 17-24, hier S. 17. ASM, SL Pädosexualität und sexueller Missbrauch von Kindern, Katalog Länder/Welt: Niederlande: Pädoszene. Auch: Olaf Stüben, Prozeß gegen Pädophile, in: tageszeitung, 12.01. 1979.

nal bekanntester Vertreter war der ehemalige Lehrer Thomas O'Carroll, der 1980 das Buch „Paedophilia. The Radical Case“ veröffentlicht hatte und mehrfach wegen Vergehen und Straftaten mit pädophilem Hintergrund, darunter 2006 eine Haftstrafe wegen des Besitzes von Kinderpornographie, verurteilt wurde.<sup>171</sup> PIE publizierte wie andere Gruppen Informationsblätter und auch ein Magazin (*MAGPIE*, dt. Elster). Wie in den anderen Ländern auch bestanden vor allem Kontakte zur Schwulenbewegung. So äußerte sich O'Carroll 1978 und 1979 im Magazin *Gay Left*, das sich damals in kritischer Offenheit mit Pädophilie auseinandersetzte.<sup>172</sup> Laut O'Carrolls eigener Darstellung gründete sich PIE aus der schottischen Minderheitengruppe (später: Scottish Homosexual Rights Group) heraus. Die „Paedophile Action for Liberation“ (PAL), die später mit PIE verschmolz, entwickelte sich in enger Nähe zur Gay Liberation Front in London. Diese radikaleren Schwulenaktivisten stellten inspiriert von Engels die Familie als Basis der Gesellschaft infrage und wollten das juristisch festgelegte Alter sexueller Selbstbestimmung senken.<sup>173</sup>

Presseberichte aus dem Jahr 2009 und im Zusammenhang mit der spektakulären Enthüllung des BBC-Fernsehmoderators Jimmy Saville als Pädophiler im Herbst 2012 legen nahe, dass auch PIE über zumindest zeitweise institutionelle politische Anbindungen verfügte, die auf grundsätzliche Liberalisierungsforderungen zurückgingen. Die Labour-nahe Lobbygruppe „National Council for Civil Liberties“ (später Liberty, kurz: NCCL), so legen es die Berichte nahe, war zumindest offen für die Anliegen der Pädophilen.<sup>174</sup> 1983 wurde PIE, vermutlich im Zuge polizeilicher Ermittlungen gegen die Gruppe, aus der NCCL ausgeschlossen. Genauere Untersuchungen zur NCCL und PIE stehen noch aus.

Neben den geschilderten Gruppen gab es in anderen Ländern pädophile Aktivistengruppen wie die dänische „Paedophile Group“, die belgische CRIES in der Wallonie und STIEKUM in Flandern, NAMBLA in den USA oder ARCADIE und die zumindest für pädophile Übergriffe

---

171 O.V., Two jailed for child porn library, in: BBC News Online, 20.12. 2006, online einsehbar unter [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/england/coventry\\_warwickshire/6196811.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/coventry_warwickshire/6196811.stm) [eingesehen am 11.09. 2013].

172 *Gay Left*. A Gay Socialist Journal. Die Ausgaben 7, Winter 1978/79, S. 2–6 u. 8, sowie Summer 1979, S. 13–19.

173 Tom O'Carroll, *Paedophilia. The Radical Case*, London 1980, Chapter 11. Online einsehbar unter <http://www.ipce.info/host/radicase/chap11.htm> [eingesehen am 12.08. 2013].

174 Martin Beckford, Jimmy Savile: Labour faces embarrassment over former child sex claims, in: The Telegraph Online, 17.10.2012, online einsehbar unter <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/crime/jimmy-savile/9614516/Jimmy-Savile-Labour-faces-embarrassment-over-former-child-sex-claims.html> [eingesehen am 12.08. 2013]. Auch: Ders., Harriet Harman under attack over bid to water down child pornography law, in: The Telegraph Online, 09.03. 2009, online einsehbar unter <http://www.telegraph.co.uk/news/politics/labour/4949555/Harriet-Harman-under-attack-over-bid-to-water-down-child-pornography-law.html> [eingesehen am 12.08. 2013].

bekannte Ecole en Bateau<sup>175</sup> in Frankreich. Sofern möglich, sind ihre Verbindungen zur deutschen Szene noch auszuwerten.

### Impulse aus dem Bewegungsmilieu nach 1968

Im internationalen Vergleich ist auffällig, dass überall die 1970er Jahre die zentralen Aktionsjahre jener Pädophilenorganisationen waren und dass es stets eine Verbindungslinie zur Schwulenbewegung gab. Durchaus differenziert verhält es sich mit der darüber hinausgehenden gesellschaftlichen Akzeptanz. Erkennbar ist jedoch, dass die politische Linke mehr oder weniger offen auf die Initiativen der Pädophilenorganisationen reagierte. Diese Logik bemüht auch Cohn-Bendit, wenn jemand, so seine saloppe Wendung, „mit der alten Geschichte um die Ecke“<sup>176</sup> kommt und ihn auf die Formulierungen des großen Basars anspricht: „Ich will mich nicht hinter dem gesellschaftlichen Trend verstecken, gerade bei mir wäre das albern. Aber wir müssen doch sehen, dass die 68er als Subkultur begannen. In dieser Subkultur gab es selbstverständlich auch schmutzige Ecken. [...] Es gab die Gewaltecke, und es gab die Ecke der antiautoritären Erziehung. Erst mit dem Bewusstsein von Kindesmissbrauch werden solche Aussagen, wie sie mir zu Last gelegt werden, einfach unerträglich.“<sup>177</sup> Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte damals, in den Folgejahren von 1968, im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Freie Sexualität galt manchen als der Schlüssel zur Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, ja blieb als greifbare Reformoption immerhin erhalten. Die Großtransformation der staatlichen und ökonomischen Ordnung war hingegen nicht gelungen, also setzten einige Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Ansatzpunkte gab es dafür einige. Wie so oft in historischen Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich fortan die Hoffnungen auf das neue Geschlecht, in der Regel auf

---

175 Vgl.: Winfried Leist, Schüler ohne Schulbank – Ecole en Bateau, in: betrifft Beziehung, Nr. 1/1981, S. 16–21. Auch zum Leiter der Ecole en Bateau, Léonid Kameneff: Odine Millot, Léonid Kameneff: Coupable Capitaine, in: Liberation Online, 22.03.2013, online einsehbar unter [http://www.liberation.fr/societe/2013/03/22/leonid-kameneff-coupable-capitaine\\_890680](http://www.liberation.fr/societe/2013/03/22/leonid-kameneff-coupable-capitaine_890680) [eingesehen am 11.09. 2013].

176 Daniel Cohn-Bendit. Die Entbehrlichkeit der Heimat, in: Bernhard Pörksen u. Wolfgang Kruschke (Hrsg.), Die gehetzte Politik. Die neue Macht der Medien und Märkte, Köln 2013, S. 67f: „Ich denke, man kann so etwas nur aussitzen.“

177 Daniel Cohn-Bendit, zitiert nach Jan Fleischhauer u. René Pfister, „Die sind alle meschugge“, in: Der Spiegel, Nr. 20, 13.5. 2013, S. 29.

die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Sie wurden zur Projektionsfläche einer anzustrebenden Zukunft im Natürlichen, Vordiskursiven, von all jenem Befreiten, das die erste Generation noch verstörte und verseuchte. Das führte zu mehreren politischen Handlungsfeldern: Man mahnte Reformen im Schul- und Bildungswesen an. Man engagierte sich für die selbstverwaltete Jugendarbeit. Man plädierte für mehr Mitsprache von Kindern und Jugendlichen. Und einige Apologeten der Befreiung und Emanzipation des Kindes gingen noch weiter. Die pädophile Zuwendung avancierte für sie zum Substitut des politischen Kampfes, zum Ferment einer Revolutionierung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe.<sup>178</sup> „Dem Kind galt ein besonderes Interesse, weil es – noch ganz reines, noch ganz unverdorbenes Naturwesen im Sinne von Jean-Jacques Rousseau – sich am ehesten und leichtesten zu einem neuen Menschen entwickeln würde, frei von Eifersucht und Konkurrenzdenken, unangepasst, rebellisch, Vorbote einer zukünftigen Gesellschaft. So nahm man es zumindest an.“<sup>179</sup> Der Mythos vom reinen und noch unsündigen Kind hatte eine lange Kulturtradition, durch die großen Weltreligionen vermittelt und tradiert. Das Gemeinsame in deren Botschaft war „das Kind entweder als Retter aus einer verfahrenen oder ausweglosen Situation oder als ein hoffnungsvoller Neubeginn voller ungeahnter Möglichkeiten.“<sup>180</sup> Roher klang der Schlachtruf Olaf Stübens, eines führenden Polit-Pädophilen<sup>181</sup>: „Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren. Warte nicht bis zur ökonomischen Umwälzung.“<sup>182</sup> In den Jahren darauf gingen, wie in den letzten Monaten oft herausgestellt, einige aus dieser Szenerie den politischen Weg über die neue Partei der Grünen. Wenig verwunderlich schlug sich das auch in der Programmatik dieses Sammelbeckens divergierender Organisationen, Gruppen und Bewegungen nieder. Eine entscheidende Frage ist dabei, in welchem Umfang dies passierte. In dem politischen Konglomerat, aus dem heraus die Grünen entstanden, war Sexualität ein Diskurs von vielen, aber eben nicht der einzige, schon gar nicht der dominante.

---

178 Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt a.M. 2007; Wolfgang Kraushaar, *Die Frankfurter Sponti-Szene*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (2004), S. 105–121.

179 Bernhard Pörksen u. Hanne Detel, *Der entfesselte Skandal*, Köln 2012, S. 222.

180 Winfried Böhm, *Die Reformpädagogik. Montessori, Waldorf und andere Lehren*, München 2012, S. 82.

181 Zum Auftritt von Stüben siehe die Rückerinnerung des früheren taz-Redakteurs Götz Aly, *Zeitgeschichtliches zur Pädophilie*, in: *Berliner Zeitung*, 25.07.2013.

182 Olaf Stüben, *Pädophilie: Verbrechen ohne Opfer, Ich liebe Jungs*, in: *die tageszeitung*, 16.11.1979.

## Diskurse schwappen in eine Parteigründung

Als die Diskussion um die Pädophiliedebatte bei den Grünen im Frühjahr 2013 aufkam, konnte man viel über die Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 lesen.<sup>183</sup> Die Hochphase grüner Offenheit hinsichtlich der Billigung von Pädophilie in verschiedenen Programmen lag freilich davor, hatte ihren Ursprung in den Gründungstagen der Partei. Schon das kurz nach der Konstituierung als Bundespartei verabschiedete Grundsatzzprogramm von 1980 enthielt nämlich eine entsprechende Passage.<sup>184</sup> Somit gab es für die Landes- und Kreisverbände von Anfang an eine Referenz, auf die sie sich beziehen konnten und zwar Jahre bevor eine grüne „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten“ (BAG SchwuP) existierte, die auch explizit Positionen von Päderasten vertrat.<sup>185</sup>

Vor dem Hintergrund der skizzierten Diskurse dieser Jahre kamen die Grünen gewissermaßen nicht umhin, sich mit Fragen der Sexualität zu befassen. Schließlich waren die Grünen auch ein Versuch, die versprengten Gruppen zu integrieren, die im Zuge des politischen Aufbruchs nach 1968 entstanden waren. Doch diese standen sich vielfach in herzlicher Abneigung gegenüber. Eine Konfliktlinie dabei war auch die Auseinandersetzung um die Sexualität.<sup>186</sup> Das mochte aus Sicht mancher, eher konservativer Apologeten von Naturbewahrung oder Kämpfern für Abrüstung reichlich merkwürdig erscheinen beziehungsweise bewog diese auch dazu, Distanz zu den Grünen zu halten. Die damit verbundenen Werte und Einstellungsmuster sollten in den Monaten der Parteigründung beim Thema Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs deutlich werden, als es heftigste Diskussionen darüber gab.<sup>187</sup>

Für die bis dato nicht parteipolitisch verorteten politischen Linken hingegen machten sich einige Konflikte an genau diesem Thema fest. Zwar nahmen die Grünen keine umfassende Einordnung von Sexualität in den Kontexten von kapitalistischer Ausbeutung und

<sup>183</sup> Reiner Burger, Ein Triumph der Päderasten, FAS, 19.05. 2013; freilich davor schon bei: Wolfgang Kraushaar, Bewegte Männer, Die Zeit, 27.05. 2010.

<sup>184</sup> Die Grünen, Das Bundesprogramm, o.O. 1980.

<sup>185</sup> Der Begriff der Päderastie unterliegt zeitlich und kontextuell einem starken Wandel. Allgemein ist damit das sexuelle Begehren männlicher Erwachsener zu männlichen Minderjährigen gemeint, wobei je nach Definition stark schwankend ist, auf welche Altersgruppe die Erwachsenen dabei genau fixiert sind. Für eine grobe Übersicht: J.-B. Rossilhol, Sexuelle Gewalt gegen Jugend, Dunkelfelder, Marburg 2002, S. 101–107.

<sup>186</sup> Florian Mildenerger, Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs, Hamburg 2006, S. 64 ff.

<sup>187</sup> Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen, Hamburg 1991, S. 91; etwas zurückhaltender, aber in der Sache ähnlich: Hubert Kleinert, Vom Protest zur Regierungspartei, Die Geschichte der Grünen, Frankfurt a. M. 1992, S. 51f.

antikapitalistischer Befreiungsbewegung vor, wie es in der Dekade vor ihrer Gründung üblich war. Vielmehr konzentrierten sie sich auf die damit verbundenen praktischen Fragen. Im ersten Grundsatzprogramm gab es keine ideologische Diskussion um Sexualität, sondern neben der Debatte um den Schwangerschaftsabbruch nahm man sich der Frage im Zusammenhang mit Minderheitenschutz an, was seinerseits ein durchaus typisches grünes Sujet war und bis heute geblieben ist. In diesem Papier findet sich hierzu ein Abschnitt „Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern“, der sich in erster Linie mit der Gleichstellung von Homo- und Heterosexuellen beschäftigte. Ungeachtet der Tatsache, dass man natürlich auch daran verschiedene Konflikte des damaligen Sexualitätsdiskurses festmachen könnte, haben die Grünen mit diesem Programmabschnitt in erster Linie den Impuls aufgenommen, den zahlreiche Aktivisten aus der Schwulenbewegung in die junge Partei eingebracht hatten. Eine im Dezember 1979 verabschiedete „Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung“<sup>188</sup> bildete eine Grundlage für den Programmentwurf, über den sich die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen dann im Frühjahr 1980 berieten.<sup>189</sup>

Eine Lektüre des gesamten dort beschlossenen Programms<sup>190</sup> zeigt die hohe Aufmerksamkeit, welche die Grünen Minderheiten zumindest in ihrer Programmatik zukommen lassen wollten. Dezidiert wurde die Stigmatisierung von „sexuell diskriminierten Bevölkerungsteilen“<sup>191</sup> durch die sozialen Verhältnisse angeprangert oder die explizite Benachteiligung von Homosexuellen thematisiert.<sup>192</sup> Allgemein hieß es: „In unserer Gesellschaft gibt es nicht nur die Unterdrückung und Tabuisierung von Homosexualität, sondern von Sexualität überhaupt.“ Damit wurde einerseits auf jene als verklemt wahrgenommene Sexualmoral angespielt, andererseits eine Brücke konstruiert, um die disparaten Interessen und Argumente im Sexualitätsdiskurs einzubinden und gleichsam verschiedene Gruppen anzusprechen. Zur rechtlichen Gleichstellung Homosexueller wurde eine Erweiterung des Artikels 3 des

---

188 Schreiben von Hans-Arthur Marsiske an die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, 03.01. 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 6 (1); Sebastian Haunss, Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 196.

189 Unterlagen zu finden: AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 400.

190 Die Grünen, Das Bundesprogramm, o.O. 1980

191 Ebd., S. 5.

192 Ebd., S. 38, interessanterweise im Zusammenhang mit der Benachteiligung von Sinti und Roma.

Grundgesetzes gefordert, um dort die sexuelle Orientierung aufzunehmen, womit einer Benachteiligung verfassungsrechtlich entgegengewirkt werden sollte. Überdies erhob das Grundsatzprogramm am Ende des gleichen Abschnitts die – im Verlauf der weiteren Beratung noch eingerahmte – Forderung, es Pädophilen rechtlich zu ermöglichen, ihre Neigung auszuleben. In Bezug auf das Strafgesetzbuch (StGB) wurde nämlich verlangt, die §§ 174 und 176 „so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind.“

Eine Umsetzung des Programms hätte die bestehenden Rechtsregelungen abgeschwächt, die Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen sollen, indem zusätzliche Tatbestandsmerkmale, wie die Anwendung beziehungsweise Androhung von Gewalt oder Missbrauch einer Abhängigkeit, hinzugetreten wären. Hierdurch wäre das damals wie heute in den §§ 174 und 176 manifestierte absolute generelle Verbot von sexuellen Handlungen mit Kindern, das auch bedingt für Jugendliche gilt, aufgehoben und der Schutz vor sexuellem Missbrauch damit aushöhlt worden.

So liegt ein strafwürdiges Verhalten gemäß § 174 StGB unter anderem bereits dann vor, wenn sexuelle Handlungen an einer Person vorgenommen werden, die jünger als 16 Jahre ist und die dem handelnden Erwachsenen zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut wurde. Das Gleiche gilt, wenn die Person jünger als 18 Jahre ist und sie leibliches oder angenommenes Kind des handelnden Erwachsenen ist. Bei der Bewertung der Strafbarkeit kommt es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen selbst an.<sup>193</sup> Die im Strafgesetzbuch niedergelegten Altersgrenzen stellen vor diesem Hintergrund daher eine „absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern“ dar.<sup>194</sup> Allein im Falle von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren ist der Missbrauch der Abhängigkeit explizites Tatmerkmal, wobei der Täter seine „Macht und Überlegenheit in einer für den Schutzbefohlenen erkennbaren Weise als Mittel einsetzt“<sup>195</sup>.

---

193 Karl Lackner u. Kristian Kühl, Strafgesetzbuch mit Erläuterungen, § 174, Rn. 1.

194 Herbert Tröndle u. Thomas Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, München 2004, § 176, Rn. 2.

195 Ebd., § 174, Rn. 15.



Der reine, unabgeschwächte Beschlusstext der Grünen hingegen negierte eine besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern und schutzbefohlenen Jugendlichen und erachteten einvernehmlichen Geschlechtsverkehr etwa zwischen Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen als möglich, weswegen sie diesen folglich straffrei stellen wollten. Gleiches wurde in Bezug auf den sexuellen Missbrauch von Kindern gefordert (§ 176 StGB), der nur noch bei der Anwendung von Gewalt bestraft werden sollte. Dadurch wären all jene Formen sexueller Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern strafrechtlich freigestellt worden, in denen das Opfer nicht durch Gewalt, sondern in anderer Art und Weise gefügig gemacht worden ist. Damit wurde ignoriert, dass Erwachsene Kinder in vielerlei Weise überlegen sind. Ihre psychische, geistige, aber auch materielle Überlegenheit kann dazu ausgenutzt werden, um von Kindern sexuelle Handlungen zu verlangen<sup>196</sup> oder diese im Nachhinein zu vertuschen.<sup>197</sup> Auf dieses strukturelle Machtungleichgewicht zwischen Erwachsenen und Kindern haben Martin Dannecker und Reimut Reiche bereits frühzeitig aufmerksam gemacht.<sup>198</sup> Alice Schwarzer und Günter Amendt erneuerten diese Kritik Anfang der 1980er Jahre in einem stark rezipierten Interview.<sup>199</sup> Auch Dannecker wies in einer Zusammenfassung der Debatten auf diesen Umstand 1987 nochmals hin und hob hervor, dass die Sexualität von Kindern und Erwachsenen kaum in Deckung gebracht werden könne, gleichwohl hielt er das Strafrecht für ungeeignet, um pädosexuellen Kontakten oder Beziehungen zu begegnen.<sup>200</sup> Während es also auch im linksalternativen Milieu durchaus warnende Stimmen gab, welche die Möglichkeit einvernehmlicher Sexualkontakte zwischen Kindern und Erwachsenen verneinten, war der Beschlusstext im Vorfeld der Saarbrücker Bundesversammlung noch nicht einmal erkennbar strittig gewesen. Jedenfalls lagen vor der Konferenz weder Änderungsanträge vor, noch gab es Minderheitenvoten aus der Programmkommission selbst.<sup>201</sup>

<sup>196</sup> J. M. Fegert u.a., Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in: Bundesgesundheitsblatt, Jg. 56 (2013), S. 199–207, hier S. 199.

<sup>197</sup> Hertha Richter-Appelt, Störungen der Sexualität, in: Christian Reimer u. Ulrich Rüger (Hrsg.), Psychodynamische Psychotherapien, Lehrbuch der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapieverfahren, Stuttgart 2006, S. 341–355, hier: S. 351.

<sup>198</sup> Martin Dannecker u. Reimut Reiche, Der gewöhnliche Homosexuelle, Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, hier S. 284–296.

<sup>199</sup> Vgl. Alice Schwarzer, Alice Schwarzer im Gespräch mit Günter Amendt Wie frei macht Pädophilie?, in: Emma, 04/1980, <http://www.emma.de/hefte/ausgaben-1980/april-1980/wie-frei-macht-paedophilie-1980/> [eingesehen am 29.8. 2013].

<sup>200</sup> Martin Dannecker, Bemerkungen zur strafrechtlichen Behandlung der Pädosexualität, in: Herbert Jäger u. Eberhard Schorsch (Hrsg.), Sexualwissenschaft und Strafrecht, Stuttgart, S. 71–83.

<sup>201</sup> Antragsbuch zur Konferenz, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 400.

Wohl allerdings gab es dann auf der Bundesversammlung selbst etliche Initiativen, hiervon Abstand zu nehmen.<sup>202</sup> Obschon der Beschluss des gesamten Programmabschnitts zunächst „ohne umfangreiche Kontroversen“<sup>203</sup> durchgegangen sei, stand die Forderung dort nochmals zur Disposition, als 70 Vertreter eher konservativer Positionen um den schleswig-holsteinischen Bio-Bauern Baldur Springmann das Podium besetzten, um sich dagegen zu verwehren, dass die Grünen kaum zu Fragen der Ökologie Stellung nahmen, sich dafür aber ausgiebig um die Reform des Sexualstrafrechts kümmerten.<sup>204</sup> Springmann ging es dabei weniger um das Thema Sexualstrafrecht, sondern eher um eine grundsätzliche Schiefelage in der Programmatik der jungen Partei: Die Linken in der Partei hatten nach seiner Auffassung den Parteitag genutzt, um ihre Positionen durchzudrücken und die konservativen Ökologen an die Seite zu drängen. Eine solche Sicht scheint ihre Berechtigung zu besitzen. Schließlich war die ursprüngliche Tagesordnung des Parteitags stärker auf das Thema Ökologie bezogen gewesen, diese wurde jedoch so verändert, dass lieber gesellschaftspolitische Themen mit Maximaldistanz zum ökokonservativen Flügel in den Mittelpunkt der Debatte gerückt wurden.<sup>205</sup> Insoweit steckte hinter den Beratungen zum Sexualstrafrecht auch ein hohes taktisches Moment.

Springmann forderte jedenfalls die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs als auch der Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen. Er und seine Kollegen aus den eher konservativen Strömungen der Partei gaben an, dass sie „die Entwicklung, wie sie sich in unserer Partei auf den Parteitagen von Offenbach über Karlsruhe bis Saarbrücken zeigte, so nicht weiter tragen“ könnten. Sie forderten daher die Rückverweisung der Programmpunkte zum § 218 und zu §§ 174-176 „an die Basis“. Als Grund führten sie die zu späte Versendung der Programmunterlagen an, weswegen die „Delegierten nicht die Meinung der Basis repräsentieren“.<sup>206</sup> Immerhin, mit seinem Verweis auf das prozedurale Verfahren traf er

---

202 Anträge und Wortmeldungen zum Parteitag, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 10 (1).

203 Rudolf van Hüllen, *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990, S. 267–269.

204 Ebd., S. 272f.; Protokoll zum Bundesparteitag in Saarbrücken, 21.–23.3. 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 11.

205 Rudolf von Hüllen, *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990, S. 263 f.; Silke Mende führt den Konflikt indes weniger stark auf linkes Machtkalkül zurück, denn auf die Frage, ob „die Einforderung eines unbedingten Primats der Ökologie zu Lasten sozialer Wohlfahrt und bürgerlicher Freiheiten“ gehen solle. Silke Mende, *Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, S. 452.

206 Resolution, Anlage 8 zum Protokoll zum Bundesparteitag in Saarbrücken, 21.–23.3.1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 10 (1).

einen wunden Punkt. Die sich dezidiert als basisdemokratisch bezeichnende Partei konnte schlecht über solch einen Einwand hinwegsehen, denn natürlich hatten die über 1.000 Delegierten kaum die Möglichkeit, sich über alle Fragen mit ihrer Parteibasis auszutauschen, zumal es genügend Konfliktthemen gab und insbesondere die Frage nach dem Schwangerschaftsabbruch die Partei bereits massiv beschäftigt hatte. Hinter den Kulissen liefen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiss ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hätte, eine Aufhebung der Pädophilie betreffenden §§ 174 und 176 StGB aber wieder gestrichen werden sollte. Nachdem der heutige Hamburger Theatermacher Corny Littmann aber von diesen Plänen Kenntnis erlangt hatte, machten er und andere Vertreter aus der Schwulenbewegung „sehr schnell und energisch deutlich [...], daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt.“<sup>207</sup> So jedenfalls die Darstellung Littmanns in der Postille des Kommunistischen Bunds Arbeiterkampf.

Schließlich fasste Littmann zusammen mit dem späteren SPD-Bundesinnenminister Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt, dem des sexuellen Missbrauchs bezichtigten Kommunarden Hermann Meer<sup>208</sup> und anderen eine Resolution ab,<sup>209</sup> welche die Beschlussfassung im Grundsatzprogramm dann wie folgt einrahmte: „Zu diesem Beschluss konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen, noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist: er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die

---

207 Stellungnahme von Corny Littmann zu „Grüne in Saarbrücken“ im „Arbeiterkampf“ Nr. 174, Arbeiterkampf, 05.05.1980.

208 Freia Peters, Der alltägliche Missbrauch in einer grünen Kommune, in: Welt am Sonntag, 21.07.2013. Einzelheiten zu Meer und der von ihm geleiteten Kommune in Kamp-Lindfort sind im weiteren Forschungsprozess noch zu bewerten.

209 Resolution zur Bundesversammlung in Saarbrücken 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980-1993 BuVo/BGSt, 10 (1); in der Sache deckungsgleich ein Antrag von Norbert Mann und Hartmut Kneusser: Resolution zur Bundesversammlung in Saarbrücken 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980-1993 BuVo/BGSt, 10 (1).

sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird.“

Von den inhaltlichen Positionen nahm man somit nicht dezidiert Abstand, stellte diese aber mit Verweis auf die noch ausstehende Diskussion an der Parteibasis zur Disposition. Die Autoren jenes beschlossenen Resolutionstextes erklärten sich überdies auch prompt bereit, die entsprechende Kommission zu bilden.<sup>210</sup> Der Parteitag entschloss sich freilich dazu, mit der Annahme der Resolution noch nicht über die personelle Zusammensetzung zu entscheiden.<sup>211</sup>

Durch diese Form der Beschlussfassung wurde aber eine Offenheit bei diesem Thema signalisiert, ohne den Beschluss zugleich außer Kraft zu setzen. Auffällig und im Rückblick auch irritierend ist indes, wie wenig man sich beim politischen Mitbewerber diesen Vorgängen widmete. Dabei war es mitnichten so, dass die etablierten Parteien das Entstehen der Grünen gänzlich ignorierten. Zu stark waren deren Resultate im Wahljahr 1978 gewesen und zu gut war deren Abschneiden bei der Europawahl 1979. Der Einzug in die Bremer Bürgerschaft bildete 1979 eine regelrechte Zäsur für das Parteiensystem, das letztmals 1968 mit dem Einzug einer neu gegründeten Partei in ein Parlament umzugehen hatte und sich in der Normalität des Dreiparteisystems geradezu eingerichtet hatte. Trotzdem fällt auf, dass beispielsweise die Dokumentation der CDU zu den ersten Parteitag der Grünen sich mit allerlei anderen Merkwürdigkeiten aufhielt, jedoch das Thema Pädophilie ausklammerte.<sup>212</sup> Und auch die insgesamt üppige mediale Berichterstattung hatte sich relativ wenig damit befasst, wie die Grünen zu Pädophilie standen. Die konservativ-liberalen Blätter fanden bereits genügend andere Kuriositäten, über die sie berichten konnten.<sup>213</sup> Den Pädophiliediskurs in der Partei nahm man hingegen unterdessen offensichtlich nicht so recht wahr. Es gab

---

210 Resolution zur Bundesversammlung in Saarbrücken 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 10 (1).

211 Protokoll zum Bundesparteitag in Saarbrücken, 21.–23.3. 1980, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 11

212 CDU-Dokumentation 22, 18.06. 1980: Die Grünen – Anspruch und Wirklichkeit. Analyse des Bundesprogrammes der GRÜNEN, ACSP, Ordner II: Parteien Die Grünen 1978–80.

213 Siehe exemplarisch: Peter Meier-Bergfeld, Der rote Sündenfall der Grünen, Rheinischer Merkur, Nr. 13, 28.03. 1980, S. 3; Friedrich Karl Fromme, Vom Versuch einer Partei gegen die Parteien zu sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03. 1980. Eine gewisse Ausnahme in diesem Zusammenhang: Friedrich Karl Fromme, Gewalt gegen die Stadtindianer bleibt den keuschen Augen der Grünen verborgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06. 1980.

insofern damals keine zugespitzte öffentliche oder politische Auseinandersetzung in und mit den Grünen, die dazu geführt hätte, dass sich die Grünen dieser Frage hätten stellen müssen. Und auch in den Abhandlungen über die Gründungstage der Grünen taucht das Thema bislang nicht explizit auf. Dort wird auf die Debatten zur Außenpolitik, zur Abtreibung und zur Wirtschaftspolitik verwiesen,<sup>214</sup> deren Konfliktpotential „erste Austritte und Friktionen“<sup>215</sup> zur Folge gehabt hätte. Daran änderte sich in den Folgejahren gleichermaßen wenig. Man widmete sich parteiintern diesem Thema kaum, weswegen es dann auch nicht allzu viel zu berichten gab. Die fehlende nennenswerte Debatte hinderte einige Gliederungen der Partei aber nicht daran, Positionen zu beschließen. Einige Landesverbände übernahmen dabei die Forderung aus dem Bundesprogramm für ihre Landeswahlprogramme, freilich ohne die einrahmende Diskussionsaufforderung. So finden sich diese Passagen bei den Grünen in Hamburg 1982<sup>216</sup>, in Rheinland-Pfalz 1983<sup>217</sup> und in Bremen 1983.<sup>218</sup> Auch kommunal orientierte man sich am Bundesprogramm. Zumindes dort, wo grüne Wählergemeinschaften sich für gesellschaftspolitische Themen öffneten, wie in Münster<sup>219</sup>, Hannover<sup>220</sup> oder Göttingen<sup>221</sup>, übernahm man die Forderung oder sogar gleich den Text aus dem Bundesprogramm. Teilweise, so wird es am Göttinger Programm deutlich, integrierte man auch einfach bewusst Forderungen, die von politisch nahestehenden Initiativen oder Gruppierungen aufgeschrieben worden waren. So übernahmen die Göttinger Grünen einfach den Text der Homosexuellen Aktion Göttingen, kennzeichneten den Abschnitt „Schwule und Lesben“ auch hinsichtlich dessen Herkunft und machten sich letztlich mit deren Forderungen gemein. Die Mitgliederversammlung der Wählergemeinschaft übersah solche Wendungen geflissentlich oder achtete darauf anscheinend kaum. Auch die Schlussredaktion des Pro-

214 Rudolf van Hüllen, *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990, S. 265–272.

215 Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, S. 452–458; die geforderte Aufhebung der §§ 174 und 176 StGB findet bei Mende ausdrücklich keine Erwähnung.

216 GAL, *Programm für Hamburg*, o.J. (1982), AGG, C-Hamburg I.1 LaVo/LGSt, 128; Siegfried Uhl, *Die Pädagogik der Grünen, Vom Menschenbild zur Familien- und Schulpolitik*, München 1990, S. 60.

217 *Dokumentation schwuler Programmteile der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule und Päderasten bei der Partei Die Grünen*, 1985, AGG, C Hessen I LaVo/LGSt, 251.

218 *Dokumentation schwuler Programmteile der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule und Päderasten bei der Partei Die Grünen*, 1985, AGG, C Hessen I LaVo/LGSt, 251.

219 *Antrag Bernd Flury zur Landesdelegiertenkonferenz*, 3.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3).

220 *Programm der Grünen Alternativen Bürgerliste (GABL)*, 1981, Privataarchiv Bündnis90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, *Ordner Dokumentation Grüne Politik Wahlprogramme Niedersachsen*.

221 *Wahlprogramm der Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste Göttingen*, 1981, Privataarchiv Bündnis90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, *Ordner Dokumentation Grüne Politik Wahlprogramme Niedersachsen*.

gramms, an der in Göttingen unter anderem der spätere grüne Spitzenpolitiker Jürgen Trittin beteiligt war, nahm daran keinen Anstoß. Schließlich war die Formulierung ja deckungsgleich zum Grundsatzprogramm und sie kam von einer Initiative, mit der man sympathisierte. Überdies klang das, was die Homosexuelle Aktion Göttingen da aufgeschrieben hatte, überwiegend vernünftig und war es auch, sofern es um die Gleichstellung von Homo- mit Heterosexuellen ging. Die verklausulierten Abschnitte zu den Strafrechtsparagrafen verstanden einige der damaligen Parteimitglieder möglicherweise nicht oder nahmen diese schlicht nicht ernst. Vielfach wurde das Programm auch gar nicht gelesen.<sup>222</sup> Eine kritische Debatte blieb anscheinend aus. Überdies, so ist anzunehmen, dürfte einigen der grünen Aktivistinnen bewusst gewesen sein, dass die kommunalen Vertretungskörperschaften keine Kompetenzen besaßen, das Strafrecht zu ändern. Einzelheiten zu den weiteren Beweggründen lassen sich im weiteren Forschungsprozess sicherlich noch ergründen. Nach dem bisherigen Stand der Recherchen ist festzuhalten: Die Übernahme von pädophilen Forderungen war oftmals eine unreflektierte Reproduktion des Grundsatzprogramms. Man wollte nicht hinter den erreichten Stand der Debatte zurückfallen, sondern vielmehr ein programmatisches Angebot für Minderheiten bieten, was nun wiederum grundsätzlich ein wertvoller Beitrag zum demokratischen Pluralismus war. Wenn nun seitens der örtlichen oder regionalen Schwulenbewegung oder der Aktivistinnen in den eigenen Reihen vorgeschlagen wurde, sich doch zu einem bestimmten Thema zu äußern, lag es nahe, sich aus dem Bundesprogramm zu bedienen oder die Forderungen aus anderen grünen Programmen abzuschreiben.<sup>223</sup> Dieses Phänomen ist typisch für neu gegründete Parteien und konnte zuletzt prägnant bei der Piratenpartei beobachtet werden, wo munter in einem Landeswahlprogramm aus einem anderen abgeschrieben und zuweilen nicht weiter geprüft wird, ob der entsprechende Sachverhalt im eigenen Bundesland überhaupt vorhanden ist oder nicht.<sup>224</sup> So entstehen in neuen Parteien Landes- und Kommunalwahlprogramme quasi im Baukastensystem. Bemerkens-

---

222 Cordula Eubel, Pädophilie-Passagen wurden kaum gelesen, in: Tagesspiegel, 17.09. 2013, online einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-gruenen-programm-von-1981-paedophilie-passagen-wurden-kaum-gelesen/8805936.html> [eingesehen am 04.12. 2013].

223 Zur Art und Weise, wie solche Passagen in die Kommunalwahlprogramme gelangt sind: Anja Schmiedeke u. Dirk Altwig, Schatten über Hannovers Grünen, in: Neue Presse, 11.10. 2013; Dirk Altwig u. Anja Schmiedeke, Das Erbe der grünen Gründerjahre, in: Neue Presse, 12.10. 2013; Astrid Geisler, Programmlücken gefüllt, in: die tageszeitung, 18.09. 2013; Astrid Geisler u. Ulrich Schulte, Ein anrühiges Kapitel, die tageszeitung, 16.9. 2013.

224 Stephan Klecha u. Alexander Hensel, Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen 2013, S. 94.

wert an diesem Prozess ist die mangelnde Reflexion und Kritikfähigkeit der regionalen und lokalen Gliederungen, aber auch die geringe Aufmerksamkeit, die sowohl der politische Gegner, als auch die Vertreter der Medien diesem Thema gewidmet haben. Die öffentlichen Reaktionen dazu blieben in den ersten Jahren der grünen Partei aus. Daraus allerdings abzuleiten, dass man nicht wusste, was man da alles beschlossen hatte, oder sich stets damit zu entschuldigen, dass den Grünen ein Beschluss einfach nur „durchgerutscht“ war<sup>225</sup>, würde aber zu kurz greifen. So findet sich ein Fall, der darauf hindeutet, dass die Grünen solche Programmpassagen im Wahlkampf sogar bewusst eingesetzt haben. Als die Unabhängige Homosexuelle Alternative (UHA) in Hamburg die Parteien im Bürgerschaftswahlkampf 1982 abfragte, wie sie sich zum § 175 StGB verhielten, antworteten die Grünen ungefragt auch noch zu den §§ 174 und 176 und legten ihre Position dar, einvernehmliche sexuelle Beziehungen nicht unter Strafe zu stellen.<sup>226</sup> Offenkundig waren die Beschlüsse im Zweifel eben auch aus Sicht einiger Parteistrategen geeignet, sie für die Werbung bei interessierten Gruppen auch tatsächlich einzusetzen. Das wiederum deutet darauf hin, dass zumindest einige wussten, was genau beschlossen worden war.

Das alles vollzog sich im Windschatten der Schwulenbewegung, auf welche die Grünen eigentlich zielten und für die sie insgesamt recht umfassende Programmangebote entwickelten. In der Schwulenbewegung der 1970er Jahre selbst waren pädophile Positionen nicht unumstritten,<sup>227</sup> doch das Selbstverständnis als gesellschaftliche Außenseiter erzeugte eine grundlegende Toleranz und Offenheit gegenüber Pädophilen und anderen sexuellen Minderheiten.<sup>228</sup> Argumentativ gestützt wurden solche Positionierungen durch Verweise auf die politische Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit, sowie aktuelle Diskriminierungserfahrungen als sexuelle Minderheit. An derartige Bestandteile der kollektiven Identität der Schwulenbewegung der 1970er und 1980er Jahre knüpften auch die Solidaritätsappelle pädophiler Gruppen an und sie übertrugen sich auf die Grünen.

---

225 So Hubert Kleinert in Bezug auf den NRW-Beschluss von 1985: Hubert Kleinert, Vom Protest- zur Regierungspartei, Die Geschichte der Grünen, Frankfurt am Main 1992, S. 153.

226 Homosexuelle Selbsthilfe Rosa Strippe Bochum e.V., § 175, Ein deutscher Paragraph und seine Geschichte, o.J. (ca. 1982), HISArch, SBe, 699+700, Box 1.

227 Jens Dobler u. Harald Rimmel, Schwulenbewegung, in: Roland Roth u. Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt, S. 541-556, hier S. 550.

228 Vgl. Sebastian Haunss, Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 215 ff.

Pädophilenfreundlich fielen auch einige weitere Stellungnahmen der Grünen Partei aus, etwa als sich deren Bundesparteitag 1980 in einer Resolution dafür aussprach, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die „Zärtlichkeiten‘ zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten“.<sup>229</sup> Man solidarisierte sich 1981 mit der Stadtindianerkommune, als gegen ein Mitglied ein Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger lief. Man hielt in den Reihen der Grünen den erhobenen Vorwurf erkennbar für nicht gewichtig, weswegen man ihn in der Pressemitteilung in Anführungszeichen setzte und die Aussagen des 13-jährigen Hauptbelastungszeugen kurzerhand in Frage stellte.<sup>230</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass der Beschuldigte am Ende freigesprochen wurde, war die Argumentation sicherlich bedenklich.

Gleichwohl: Eine umfassende Diskussion, wie sie 1980 angekündigt worden war, blieb in der Partei aus und so verzichtete man auch auf eine Revision oder Überprüfung des Textes. Das hing auch damit zusammen, dass eine grundlegende Programmrevision immer wieder an den fortgesetzten Strömungsauseinandersetzungen scheiterte.<sup>231</sup> Die strittige Passage blieb dadurch bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahre 1993 *formal* in Kraft. Damals gab sich die neue Partei zwar kein neues Grundsatzprogramm. Die alten Programme wurden aber faktisch durch die verabredeten politischen Grundsätze und den Assoziationsvertrag von Bündnis 90 und Die Grünen außer Kraft gesetzt. So vereinbarten beide Seiten: „Bisherige Programme beider Organisationen gehören zu ihrem gewachsenen Selbstverständnis, sind aber für die Mitglieder der Partnerorganisation nicht verbindlich.“<sup>232</sup> Anders ausgedrückt: Das Programm von 1980 konnte für die bundesrepublikanischen Grünen programmatischer Bezugsort bleiben, wurde aber durch die Dokumente des grundsatzäquivalenten Assoziationsvertrags zwischen Bündnis 90 und den Grünen von 1993 faktisch abgelöst, legten nun doch diese die „grundsätzlichen Ziele, Werte und politischen Leitsätze in einem Grundkonsens nieder.“<sup>233</sup> Programme und Wahlplattformen sollten sich künftig in diesem Rahmen bewegen. Dennoch, bis zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms dauerte

---

229 Friedrich Karl Fromme, Gewalt gegen die Stadtindianer bleibt den keuschen Augen der Grünen verborgen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.1980.

230 Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, 11.12.1981, AGG, C NRW I 1 LaVo/LGSt, 424 (3).

231 Hubert Kleinert, Vom Protest- zur Regierungspartei, Die Geschichte der Grünen, Frankfurt a. M. 1992, S. 375.

232 Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen, 22.01.1993, online einsehbar unter [http://www.boell.de/downloads/publikationen/1993\\_001\\_Asoziationsvertrag.pdf](http://www.boell.de/downloads/publikationen/1993_001_Asoziationsvertrag.pdf) [eingesehen am 18.9.2013], S. 29.

233 Ebd., S. 18.



es noch bis zum Jahr 2002. Erst jetzt vollzogen die Grünen die vorangegangene programmatische Wende auch in einem so bezeichneten Grundsatzprogramm nach, um das „Sammelurium von Richtigem und Überholtem“, wie Daniel Cohn-Bendit das alte Programm 1999 in einem Interview bezeichnet hatte<sup>234</sup>, neu zu fassen. Zum Zeitpunkt der Fusion hatte sich die Partei indes mit einem Beschluss des Bundeshauptausschusses 1989 bereits so positioniert, indem die 1980 einst niedergeschriebene Position zurückgewiesen worden war. In Verbindung mit der einst ergangenen Diskussionsaufforderung im Grundsatzprogramm von 1980 und der vorangegangenen Auseinandersetzung in und zu Nordrhein-Westfalen 1985 hatten die Grünen im April 1989 ihren Beschluss zu den Paragraphen 174 und 176 faktisch außer Kraft gesetzt.<sup>235</sup> Auch wenn dadurch noch kein Parteitagbeschluss erwirkt worden war, wie es im Grundsatzprogramm eigentlich vorgesehen war und wie es auch die Satzung verlangt hätte, war in Anbetracht dieser Lage ein Rekurs auf die einst erhobene Forderung nicht mehr von den Beschlüssen der Partei gedeckt.

### Grüne Staatsskepsis und grüner Minderheitenschutz

Zentral für die Akzeptanz propädeutischer Positionen zum Strafrecht war die Grundierung der jungen Partei, die staatskritisch und antirepressiv war. Die grüne Staatsskepsis resultierte unmittelbar aus einer in den siebziger Jahren verbreiteten Wahrnehmung eines Antagonismus zwischen den unterschiedlichen Trägergruppen der späteren Grünen einerseits und „dem“ Staat, „den“ Parteien und „der“ Macht andererseits.<sup>236</sup> Staat, Regierung und Parteien – sie galten den umweltpolitisch engagierten Bürgerinitiativen in den siebziger Jahren ebenso als „reine Machterhaltungsmaschinen im Dienste dunkler Interessen“<sup>237</sup>, wie der „Neuen Linken“ eine tief sitzende Skepsis gegenüber dem Staat konstitutiv war. Wähte sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als „Befreiungsbewegung“, rückte man die Bundesrepublik in die Nähe einer Diktatur.<sup>238</sup> Dem Kommunistischen Bund (KB)

---

234 O.V., Es mangelt nicht an Grundsätzen, sondern an Strategien, Interview mit Daniel Cohn-Bendit, in: Frankfurter Rundschau, 20.11. 1999.

235 Beschluß, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 3341.

236 Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 322–364.

237 Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung; 1950–1980, München 2006, S. 393.

238 Ebd., S. 395.

schien die Faschisierung von Staat und Gesellschaft als gegeben.<sup>239</sup> August Haußleiter sah in den bestehenden Parteien „Weimarer Gespenster-Parteien‘ oder ‚Vollstreckungsapparate der Industriegesellschaft‘<sup>240</sup>. Vermeintliche und tatsächliche staatliche „Repressionen“<sup>241</sup> konnten zugleich – über das Spektrum der Neuen Linken hinaus – jene aufgebaute Distanz zu staatlichen Institutionen verstärken.<sup>242</sup> An den Schauplätzen wie Brokdorf und Kalkar, im Angesicht von Extremistenbeschluss und Terrorismusbekämpfung und in der Differenz zu „Atom-Staat“ und „Staatsmaschine“, „Atomkonsens“ und „Allparteienkartell“, bildete sich eine Negativkoalition<sup>243</sup>, deren Ursprung in der vielfältigen und vielgestaltigen „Gemeinsamkeit in der Ablehnung“<sup>244</sup> bestand.

Die „Anti-Parteien-Partei“ (Petra Kelly) stand – zumal nach dem Rückzug von Herbert Gruhl, dessen Grüne Aktion Zukunft (GAZ) prinzipiell den bundesrepublikanischen Parlamentarismus akzeptierte – staatlichen Institutionen zunächst weithin skeptisch gegenüber.<sup>245</sup> Die zunehmende Einflussnahme linker Gruppen verstärkte diesen Prozess nochmals, wenn gleich sich die Distanz zum Staat in einem ersten Lernprozess zumindest entradikalisierete. Hierauf weist Gerd Koenen hin, aber dieser „Akt der Selbstzivilisierung“ ging noch „für lange Jahre mit Lebenslügen und Verbalradikalismen“ einher.<sup>246</sup> Gleiches gilt für die Distanz der Bewegungsakteure und -einflüsse zu staatlichen Institutionen und zur Macht, die, trotz eines starken staatlichen Einflusses etwa auf die Umweltbewegung,<sup>247</sup> nur allmählich abebbte, vielmehr über die friedenspolitische Agendaerweiterung im Angesicht des NATO-

---

239 Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin 2002.

240 Zit. nach Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, S. 131.

241 Michael März, *Linker Protest nach dem Deutschen Herbst: Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des ‚starken Staates‘, 1977–1979*, Bielefeld 2012, S. 54 ff; Engels, *Naturpolitik*, S. 395.

242 Für Michael Steffen war „Repression“ „die Formel, mit der die Kritik an der Entwicklung der Bundesrepublik hin zum ‚autoritären Staat‘ spektrenübergreifend zusammengefaßt werden konnte.“ Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein*, S. 211.

243 Vgl. Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München, S. 489, so u.a. beschrieben für die Antiatomkraftbewegung bei Roland Roth, *Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze*, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*, Frankfurt a.M. 1985, S. 20–82.

244 Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, S. 491.

245 Auch Franz Walter, *Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 2009, S. 237 ff.

246 Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977*, Köln 2001, S. 486.

247 Vgl. hierzu Engels, *Naturpolitik*, Frank Uekötter, *Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2011.

Doppelbeschluss zunächst an konfrontativer Härte wieder zunahm. Dennoch zeigte sich um 1980 eine langsame Hinwendung zur Parlamentarisierung, allerdings in Differenz zu den Funktionslogiken der etablierten Parteien.

Vor allem drei Differenzierungen ermöglichten es somit noch kleinsten Einflussgruppen, bei den Gründungsgrünen Gehör zu finden: Die basisdemokratische Verfasstheit der Partei, der programmatisch festgeschriebene Minderheitenschutz<sup>248</sup> und (damit auch einhergehend) eine Politik der Betroffenheit.<sup>249</sup> All dies ermöglichte, über die breite anfängliche Negativkoalition hinaus, die Existenz bunter Gruppen, Positionen, Meinungen und Strömungen bei den jungen Grünen.<sup>250</sup> Trotz des Exodus des ökokonservativen Spektrums blieb die Partei bunt, wurde eher in der Folge noch bunter und Anlaufort noch kleinster Interessengruppen: Don Bosco-Brüder, Ökobauern aus der Bundschuh-Bewegung, Elbfischer, Bioladenbetreiber, selbstorganisierte Kollektive, Vertreter und Vertreterinnen von Graswurzelmedien, traditionelle und alternative Handwerker, Vertreter verschiedenster aufblühender soziokultureller Projekte<sup>251</sup> – und eben auch, in der Erinnerung des Gründungsgrünen und späteren Staatsministers Ludger Volmer, Gruppen die „heikel“ waren und zu denen Abstand geboten war, wie die Nürnberger Stadtindianer. Denn „die angebliche Kinderkommune roch stark nach Pädophilie.“<sup>252</sup> Aber dennoch: „Das grüne Helfersyndrom wurde aktiviert.“<sup>253</sup> Im Kern geht dieses vielfach ausgerufene Helfersyndrom, neben dem festgeschriebenen Minderheitenschutz, zurück auf die „Wendung zum Subjektiven“<sup>254</sup>, einhergehend mit einem –

---

248 So heißt es neben vielen Fundstellen im Gründungsprogramm 1980: „Konsequentes Eintreten für die Belange der Minderheiten in unserer Gesellschaft ist ein Hauptanliegen der GRÜNEN. Vorurteile und Diskriminierungen, wie sie heute noch in vielen Gesetzen und Ausführungsbestimmungen von Behörden und Verwaltungen existieren, basieren einerseits auf Unkenntnis und andererseits auf bewußter Unterdrückung sog. Randgruppen.“, Die Grünen: Das Bundesprogramm, o.O. 1980.

249 Vgl. Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 461–467; Annetrin Gebauer, Apokalyptik und Eschatologie: Zum Politikverständnis der Grünen in ihrer Gründungsphase, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 43 (2003), S. 405–420.

250 Vgl. Franz Walter, Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 71 ff.

251 So die unvollständige Aufzählung bei Ludger Volmer, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, München 2009, S. 64.

252 Ebd.

253 Ebd.

254 Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, S. 117 u. S. 426–429.

in der reflexiven Modernisierung<sup>255</sup> nochmals popularisierten – Gefühl der Betroffenheit.<sup>256</sup> So kritisiert Joseph Huber 1983 eine bei Teilen der Grünen grassierende *Mythologie der Betroffenheit*: „Vor dem Hintergrund eines übersteigerten Subjektivismus und Spontaneismus werden jedoch gewissermaßen alle und überall in den Rang von ‚Betroffenen‘ erhoben. So werden die ‚Interessen der unmittelbar Betroffenen‘ zur mythologischen Bezugsbasis, und jeder einzelne kann seine persönlichen Sonderinteressen zum Nabel der Weltpolitik erheben. Der Minderheitenschutz verkommt dann dazu, daß die beteiligten Minderheiten einander auf der Nase herumtanzen.“<sup>257</sup> Betroffenheit reichte im grünen Diskurs also weit über Umwelt- und Zukunftsängste hinaus und wurde vielmehr „zur Chiffre einer guten Gesinnung. Die Bekundung des ‚Betroffenseins‘ exponierte ein Gefühl, welches moralische Güte beansprucht.“<sup>258</sup> „Existentielle Betroffenheit“ wurde somit zum Gegenmodell des seelenlosen Politikbetriebs der Bonner Republik erhoben<sup>259</sup> und schuf mit dem „Betroffenen“ eine „relevante politische Bezugsgröße“<sup>260</sup>, die sämtlichen Randgruppen, so sie sich engagierten, ihren berechtigten Platz zuwies. Verstärkt wurde die Möglichkeit des Gehörtwerdens sodann durch die Möglichkeiten der Anfang der 1980er wenig ausbuchstabilten Basisdemokratie, die Joschka Fischer eine „veritable Hölle“ nennt. In ihr existierten informelle Strukturen neben chaotischen; und einige wenige konnten harte Interessen durchsetzen oder eine zufällige Ansammlung an Personen verantwortungsbefreit abstimmen.<sup>261</sup> Zugleich aber gäbe es ein politisches Grundprinzip, in dem jede Minderheit das Recht des Gehörtwerdens beanspruchen konnte. Im Rückblick von bald dreißig Jahren schildert auch ein renommierter Politikwissenschaftler, wie schwer es den damals alternativ gesinnten Zeitgenossen aus

255 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft, auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 2006.

256 Van Hüllen rechnet hierzu etwa auch die Stadtindianer, die auf den Parteitagern zwar als Störer auftraten, zugleich aber „nach gängigem grünen Selbstverständnis ‚Betroffene‘ waren.“ Vgl. Rudolf van Hüllen, *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990, S. 269.

257 Joseph Huber, *Basisdemokratie und Parlamentarismus*, in: Wolfgang Kraußhaar (Hrsg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt a.M. 1983, S. 68–84, hier S. 80.

258 Annetkatrin Gebauer, *Apokalyptik und Eschatologie, Zum Politikverständnis der Grünen in ihrer Gründungsphase*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 43 (2003), S. 405–420, hier S. 417.

259 Silke Mende, *„Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“*, Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 467.

260 Ebd., S. 463.

261 So die scharfe Kritik bei Joseph Huber, *Basisdemokratie und Parlamentarismus*, in: Wolfgang Kraußhaar (Hrsg.), *Was sollen die Grünen im Parlament*, Frankfurt a.M. 1983, S. 77 f.; Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis bei van Hüllen, dass die linken und bunten Gruppen die Tagesordnung in Saarbrücken gegen den Willen des Bundesvorstands dahingehend geändert hatten, dass das Themenfeld Minderheitenschutz – in dem es eben auch um sexuelle Minderheiten ging – vor das Ökologiethema gerückt ist. Rudolf van Hüllen, *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*, Bonn 1990, S. 262ff.

solchen Gründen gefallen ist, sich der Aggressivität und auch der destruktiven Wirkung der Stadtindianer zu erwehren. Er hatte zusammen mit seiner Frau Mitte der 1980er Jahre an einem von Rudolf Bahro inspirierten Treffen in der Nähe von Heilbronn auf Burg Stettenfels teilgenommen, um über kommunitäre Lebensformen zu diskutieren: „Das gesamte Treffen wurde dann überschattet, ja thematisch umfunktioniert durch die ‚Stadtindianer‘. Es waren nur ca. 8 Jungen (Und Mädchen?, daran erinnere ich mich nicht) unter Führung von zwei (?) Erwachsenen, darunter dem Haupt dieser Stadtindianer [...]. Diese Gruppe verhinderte durch ständige Störungen die Diskussion über kommunitäre Wohnformen und zwang den ca. 60 (?) Anwesenden ihr Thema der ‚freien Liebe‘ auf. Ich erinnere sehr die Hilflosigkeit aller Anwesenden (auch meine), sich gegen diese Geiselnahme zur Wehr zu setzen. Irgendwie stand damals die Vorstellung eines ‚Vorrangs für Störung‘ und also auch für Minderheiten im Raum. Auch waren die Erprobungsfelder der sexuellen Revolution noch nicht zu Ende ausgetestet und verinnerlicht. Diese Unsicherheit haben die ‚Stadtindianer‘ mit ihrer ‚radikalen Sicherheit‘ ausgenutzt. Ich erinnere mich, dass Bahro im Plenum andeutete, der Ober-Indianer brauche eine Therapie. Daraufhin sprang dieser über viele Stühle hinweg auf ihn zu und spuckte ihn an. Diese Szene hat sich mir eingeprägt.- auch weil sie im Grunde die hilflose Toleranz demaskierte, mit der die Anwesenden mit der Situation umzugehen versuchten.“<sup>262</sup>

### Organisations- und Aktionsformen der Pädophiliekader in Deutschland

Wie bereits skizziert, hat die Schwulenbewegung die grüne Programmatik mit beeinflusst. In Deutschland war diese in den 1970er Jahren ebenso heterogen wie offen für allerlei Gruppierungen und Formationen, darunter auch einige Organisationen, die unverhohlen für die Freigabe von Pädophilie warben. Eine dieser Organisationen war auch die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP). Nachdem diverse Vorgängerorganisationen, teils mit ähnlichem Führungspersonal, noch ein relatives Schattendasein führten,<sup>263</sup> gelang es mit der Gründung der DSAP im September 1978<sup>264</sup> erstmals, eine zentrale Kader-

<sup>262</sup> Schreiben an Franz Walter vom 18.09. 2013.

<sup>263</sup> Dieter F. Ullmann, Der Anfang lag im Deutschen Herbst, in: BVH Magazinchen, Nr. 4/1989, S. 66–78.

<sup>264</sup> Siehe: „Bundestreffen Arbeitskreis Pädophilie“ vom 28/29.10. 1978, ASM, Ordner DSAP Nr. 2, Vereinsangelegenheiten.

organisation der Pädophilenbewegung zu etablieren. Von konspirativen Gesprächskreisen in einer Krefelder Privatwohnung entwickelte man sich zu einem eingetragenen Verein, dem Gemeinnützigkeit zugestanden wurde.<sup>265</sup> Der Weg zu einer anerkannten Interessenvertretung schien geebnet.

Die DSAP war in ihrer Hochzeit ein gut organisierter, kleiner Verband. Sie bestand aus Regionalgruppen in mehreren deutschen Städten (Berlin, Krefeld, München, Frankfurt, Kehl, Hamburg, Heidelberg). Offen warb man um weitere Aktivisten und Mitglieder, so etwa in der aus der Frankfurter Sponti-Szene stammenden Stadtzeitung *Pflasterstrand*<sup>266</sup> oder auch in der tageszeitung (taz).<sup>267</sup> In beiden Zeitschriften schaltete die Organisation auch eine Zeit lang Kleinanzeigen. Auf dem zweiten bundesweiten Treffen der DSAP 1979 wurden die zentralen Arbeitsbereiche definiert, die auch für die folgenden Jahre gelten sollten: Organisation Pädophiler im gesamten Bundesgebiet, Kooperation, Vernetzung, Selbsthilfe, Öffentlichkeitsarbeit. Hinter der Gründung der DSAP stand somit ein dezidiert politischer Anspruch: Die Organisation des pädophilen Anteils der bundesweiten Bevölkerung, der größtenteils im Verborgenen lebt.<sup>268</sup> Die war jedoch nur zu erreichen, wenn Pädophile ihre sexuelle Orientierung auch in der Öffentlichkeit vertreten. Dies war der erste Anspruch der DSAP und zugleich eine große Hürde, wie sich in den Folgejahren zeigen sollte - setzte doch das öffentliche Bekenntnis die Aktivisten der Gefahr von Strafverfolgung aus. Nach derzeitigem Forschungsstand hatte die DSAP zwischen 1978 und 1983 insgesamt mindestens 55 aktive Mitglieder. Daneben scheint es weitere passive oder teilaktive Mitglieder gegeben zu haben, denn aus Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung und Statusverlust waren viele Aktivisten nicht bereit, ihren Namen in direkte Verbindung mit der DSAP zu bringen. Die Mitgliedschaft umfasste scheinbar ein breites gesellschaftliches und politisches Spektrum: „Die DSAP ist politisch neutral; in ihr arbeiten Menschen unterschiedlichster politischer Auffassungen zusammen (in Berlin von Mitgliedern der CDU über SPD, Altern. Liste bis hin

---

265 Siehe: Brief des Amtsgericht Krefeld. Eintragung in das Vereinsregister. 13.12. 1979. ASM, Ordner Nr. o. Organisatorisches.

266 Wolfgang Tomasek, Aufruf zur Erstellung einer „Adressenliste zur Emanzipation der Knabenliebe“, in: *Pflasterstrand*, Nr. 56/1979, S. 4.

267 Siehe u.a.: N.n., Pädophilie – wie noch nie, in: taz, 11.10. 1979.

268 Martin Dannecker u. Reimut Reiche, *Der gewöhnliche Homosexuelle*, „Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, hier S. 291.

zu Mitgliedern von K-Gruppen), um ein gemeinsames politisches Ziel – die Abschaffung des Sexualstrafrechts – zu erreichen“, fasst das Schreiben eines Berliner Mitglieds an ein Mitglied der Regionalgruppe Krefeld die Situation zusammen.<sup>269</sup>

Eine der ersten Aktivitäten in der Vernetzungsarbeit bestand im Eintritt von mehreren Mitgliedern der DSAP in die GFSS (Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung), die ihrerseits zu Beginn der 1970er Jahre entstand.<sup>270</sup> Aus der GFSS fanden auch einige Mitglieder den Weg in die DSAP, unter anderem die beiden niederländischen Aktivisten Frits Bernard und Edward Brongersma. Bernard gründete zur gleichen Zeit auch den Arbeitskreis Kindersexualität und Pädophilie in der GFSS. Dieser hatte laut DSAP drei Kernbereiche: Wissenschaftliche Erforschung des Arbeitsbereiches, mit dem Ziel, die Argumentationsgrundlagen hinsichtlich einer grundlegenden Reform des Strafgesetzes zu verbessern; Entwicklung einer guten Öffentlichkeitsarbeit; Einflussnahme auf die Reformierung des Strafgesetzes, insbes. §§ 174–176.<sup>271</sup> Die Mitglieder des AK Kindersexualität und Pädophilie planten für das Jahr 1980 auf Vorschlag der DSAP mehrere Seminare mit Berufsgruppen, die aufgrund ihres Arbeitsbereiches mit Pädophilie zu tun haben, wie zum Beispiel Jugendämter, Kriminalbehörden, Jugendschutzeinrichtungen und Bewährungshelfer. Auch für diese Veranstaltungen warb man im *Pflasterstrand*.<sup>272</sup> Der Arbeitskreis war durch seine Ausrichtung und seine gezielten Aktivitäten wohl eine Art Thinktank. Mitglieder der GFSS stellten auch in den Folgejahren die Mehrzahl der Kuratoriumsmitglieder der DSAP, wenngleich einige nach kurzer Zeit austraten, da sie nicht mit den Zielen der DSAP in Verbindung gebracht werden wollen. Letzteres betraf die Publizistin Katharina Rutschky und den Pädagogen Helmut Kentler.<sup>273</sup>

Im Außenaufreten gegenüber der breiteren Öffentlichkeit waren für die DSAP insbesondere Kontakte zu Medien und prominente Fürsprecher von Bedeutung. Zu letzteren zählten

---

269 Schreiben vom 09.10.1981, ASM, Ordner DSAP Nr. 1, Vereinsangelegenheiten I.

270 Siehe zur GFSS: Ralf Dose, Der wissenschaftlich-homosexuelle Tarnverein im Wandel der Zeit, in: Ursula Ferdinand u.a. (Hg.), *Verqueere Wissenschaft*, Münster 2005, S. 337–351, hier S. 344.

271 Vgl. „DSAP e.V.: Tagungsunterlagen zur Mitgliederversammlung, Duisburg, den 22.-23.08.1980“ S. 2, „Themenbeitrag zum Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung 1980“, ASM, Ordner DSAP Nr. 2, Vereinsangelegenheiten.

272 Kleinanzeige der DSAP Seminar am 14./15.6. zum Thema „Die Gleichberechtigung des Kindes“, in: *Pflasterstrand* Nr. 80/1980, S. 37 u. S. 40.

273 Helmut Kentler, Brief an den Vorstand der DSAP vom 12.06.1980, ASM, Ordner DSAP Nr. 2, Schriftverkehr intern.

Edward Brongersma und Frits Bernard. Und in Person von Olaf Stüben war eine Verbindung zur *tageszeitung* vorhanden, die mehrfach von der DSAP genutzt wurde.<sup>274</sup> Nach derzeitigem Wissensstand war außerdem Dagmar Döring für die Außendarstellung von größerer Bedeutung. Ihr damaliges pädophiles Engagement war dabei in einem weitverbreiteten Sammelband auf zwei Seiten dokumentiert worden.<sup>275</sup> Darin bezichtigt sie sich gar selbst pädosexueller Handlungen, was sie heute jedoch als fiktive Schilderung bezeichnet.<sup>276</sup> Ungeachtet des Wahrheitsgehalts hatte das Bekenntnis einer jungen Frau zu pädophilen Neigungen eine zweifach wichtige Funktion: Zum einen entsprach sie nicht dem Klischee des männlichen „Sittenstrolchs“, zum anderen war sie gegenüber der Frauen- und Lesbenbewegung von Bedeutung, widersprach sie doch der vorherrschenden Meinung, dass Pädophilie ein rein männliches Phänomen sei, zu der die Forschung bis heute neigt.<sup>277</sup>

Die DSAP startete verschiedene Versuche, um in wissenschaftlichen, sozialen und politischen Organisationen Einfluss zu nehmen. So beispielsweise in der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), in der eine Arbeitsgruppe die Forderungen nach Abschaffung der §§ 173-176, 180 I, 182 und 183 StGB übernahm und am 18. Mai 1980 auf der Tagung vortrug. Als Kontakt für weiterführende Informationen wurde die DSAP angegeben.<sup>278</sup> Die DGSP selbst übernahm – wie andere Organisationen auch – diese Forderungskataloge in der Regel nicht. Dennoch ist die Existenz der Arbeitsgruppen ein aussagekräftiger Hinweis darauf, in welchem Umfang die Debatten über die Abschaffung der Schutzaltersgrenzen geführt wurden.

Soweit prinzipielle, herrschaftskritische und im Bereich der Sexualität emanzipative Grundeinstellungen dazu führten, das Psychiatriewesen skeptisch bis ablehnend zu

---

274 Vgl. Beispielsweise: Diverse Autoren, u.a. Olaf Stüben, ja+nein sagen können, in: taz, 08.08. 1980; Olaf Stüben, Gleitwort, in: tageszeitung, 27.06. 1980. Beide Artikel waren vorher durch die Verteiler der DSAP geschickt worden. Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, Regionalgruppe Nord, Antwort auf die Gegendarstellung G. Blömers, in: taz, 29.02. 1980; Die DSAP taucht des Weiteren an verschiedenen Stellen in der taz auf, u.a. werden Kontaktadressen für Materialbestellungen und Treffen angegeben. Bspw. N.N., Pädophilie – wie noch nie, in: taz, 10.11. 1979; n.N.: Gesetzbuch zwischen den Beinen, in: taz, 26.10. 1979.

275 Dagmar Döring, So viel Liebe und Zärtlichkeit, in: Joachim S. Hohmann (Hrsg.), Pädophilie heute, Berichte, Meinungen und Interviews zur sexuellen Befreiung des Kindes, Frankfurt 1980, S. 152–154.

276 Thomas Holl, Kein Mann, keine Frau, nur ein Kind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.08. 2013.

277 Andreas Mokros u.a., Pädophilie, Prävalenz, Ätiologie und Diagnostik, in: Nervenarzt, Heft 83/2012, S. 355–358, hier S. 355; Hertha Richter-Appelt, Störungen der Sexualität, in: Christian Reimer u. Ulrich Rüger (Hrsg.), Psychodynamische Psychotherapien, Lehrbuch der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapieverfahren, Stuttgart 2006, S. 341–355, hier: S. 351.

278 Betrifft: Beziehung, RUNDBRIEF der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V., Ausgabe 7/1980, S. 5, ASM, Ordner DSAP Nr. 7.



beurteilen, bot sich auf diesem Feld ein Nährboden für die Forderungen der DSAP. Und insbesondere im Bereich der forensischen Arbeit mit pädophilen Straftätern hatten die Vorgehensweisen häufig einen brachialen Zwangscharakter. Die heutige sexualwissenschaftliche, psychiatrische und psychologische Diskussion um Pädophilie differenziert zwischen Neigung und Tat und stellt daher die Frage ins Zentrum, wie die Tat verhindert werden kann.<sup>279</sup> Damals hingegen war man in einem Teil von Medizin und Psychiatrie der Auffassung, dass man durch Gehirnoperationen, Kastration oder medikamentöse Behandlung schon die Neigung wirksam bekämpfen könne.<sup>280</sup>

Vor diesem Hintergrund war eine Selbsthilfe, die den Umgang mit der eigenen Sexualität, Identitätsfragen und soziale Probleme aufgriff, keineswegs abwegig. Dieser weitere Bereich der Arbeit der DSAP entwickelte sich in ihrem Werdegang zu einem zentralen Konfliktpunkt. Insbesondere die einflussreiche Krefelder Regionalgruppe war an solcherlei Fragestellungen schlicht nicht interessiert. Um „sinkende Schiffe“, so ein ehemaliges Gründungsmitglied, kümmere man sich nicht<sup>281</sup> und statt sich mit Gefangenen- und Selbsthilfe zu beschäftigen, gelte es, eine „gesellschaftsintegrative Linie“ zu verfolgen um „positives Gehör und anerkennende Beachtung“ in einer breiten Öffentlichkeit zu finden.<sup>282</sup>

Es war jene gesellschaftsintegrative Linie, welche diese Akteure über Kontakte zu „angesehenen Wissenschaftlern und Personen des öffentlich Lebens“<sup>283</sup> herzustellen versuchten, an der sich aktionistisch orientierte Mitglieder, die insbesondere die Berliner Regionalgruppe prägten, stießen. In seinen „Gedanken zum DSAP-Treffen 1979 in Moers“ schrieb Olaf Stüben: „Die DSAP ist nicht das reine, unschuldige Kind, sprich: ein pseudo-wissenschaftlicher Studierzirkel der netten Onkels von nebenan sondern ein Zweckverband von Sittenstrolchen mit ein paar Akademikern als Aushängeschild.“<sup>284</sup> Die Ethnosoziologin Gisela Bleibtreu-

---

279 Lorenz Böllinger, Das Böse in der Sexualität, in: Sozialpsychiatrische Informationen, Heft 2/2012, S. 16–21.

280 O.V., Aus der Fassung, Der Spiegel, Heft 18/1980, S. 54–55, O.V.: Unklare Diagnose, in: Der Spiegel, Heft 38/1975, S. 158–161; „Bei Bartsch fehlte der Zielpunkt im Gehirn“, Der Spiegel, Heft 22/1976, S. 70–81; Kinderkommission des Kommunistischen Bundes, Euthanasieprogramm gegen sexuelle Minderheiten, in: Arbeiterkampf 87, August 1976.

281 Dieter Ullmann, Der Anfang lag im deutschen Herbst..., BVH Magazinchen, Jg. 3 (1989), Nr.4, S. 74.

282 Brief an Mitglieder und Interessenten. 20.11.1981, ASM, Ordner DSAP Nr. 9. Unterlagen, die die Auflösung der Vereins dokumentieren I.

283 Brief an Mitglieder und Interessenten. 20.11.1981, ASM, Ordner DSAP Nr. 9. Unterlagen, die die Auflösung der Vereins dokumentieren I.

284 Olaf Stüben, Kinderschänder, in: Emanzipation 1/1980, S.18.

Ehrenberg, DSAP-Kuratoriumsmitglied und GFSS-Vorstand, reagierte hierauf entsprechend pikiert: „Wie soll eine Änderung des Sexualstrafrechts möglich sein, wenn die, die es betrifft, wissenschaftliche Arbeiten abqualifizieren und diejenigen Leute, die solche Werke, die helfen könnten, verfassen als bloße ‚Aushängeschilder‘ bezeichnen?“<sup>285</sup> Die hier angerissenen Positionen stehen paradigmatisch für einen Grundkonflikt innerhalb des Vereins. Zwischen den Regionalgruppen herrschten höchst unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Pädophilen-Arbeit zu begreifen war. Während die Krefelder Regionalgruppe sehr gezielt auf Organisationen im bürgerlichen Lager zuing, möglichst seriös auftrat und honorige Fürsprecher gewinnen wollte, verstanden sich die Berliner weit stärker als eine Selbsthilfegruppe, die einen weiteren Schwerpunkt auf die Gefangenenbetreuung legte und den Kontakt zur AL suchte. In der Heidelberger Regionalgruppe befasste man sich eher mit alternativen Lebensformen und war an theoretischen Diskussionen zur Kindersexualität und der Kinderrechtebewegung interessiert. Antipädagogische Ansätze wurden auf das Feld des Sexuellen übertragen und verschiedentlich wurden Vorstöße unternommen, die Machtfrage zwischen Kindern und Erwachsenen theoretisch zu reflektieren. Zwischenzeitlich führte diese Perspektive sogar dazu, dass der Nukleus der Bewegung, die Abschaffung der Schutzparagraphen, in Frage gestellt wurde und die Abschaffung der „bestehenden Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse“ vor die Streichung der Paragraphen gestellt wurde.<sup>286</sup> Hier hatte man Sympathien für die ansonsten kritisch betrachtete Indianerkommune Nürnberg, welche ihrerseits die Forderungen nach Abschaffung der Schutzparagraphen über die Autonomie und Willensfreiheit von Kindern zu begründen versuchte, während der überwiegende Teil der anderen Regionalgruppen regelmäßig die öffentliche Distanzierung gegenüber den provokativ auftretenden Kommunarden suchte. Durch die unterschiedlichen Grundansätze und Verortungen der jeweiligen Gruppen ergaben sich verschiedene Anknüpfungspunkte und Strategieoptionen. Ein tatsächlicher Konsens wurde nie erzielt, was neben persönlichen Animositäten der Hauptgrund für die relativ kurze Lebensdauer des Vereins zu sein scheint. Zwei Strategien lassen sich indes übergreifend feststellen: Man versuchte, sich an

---

<sup>285</sup> Brief von Gisela Bleibtreu-Ehrenberg an ein Vorstandsmitglied der DSAP vom 25.02. 1980, ASM, Ordner DSAP, Nr 5, Öffentlichkeitsarbeit.

<sup>286</sup> Brief an den Vorstand der DSAP e.V. vom 07.11. 1980, ASM, Ordner DSAP Nr. 4, Schriftverkehr extern.

die Schwulen- und Lesbenbewegung anzukoppeln und zielte auf eine Revidierung des Bildes des kranken Sexualstraftäters in der Öffentlichkeit. Für beides ist die Selbstdarstellung als verfolgte Minderheit ein zentraler Schlüssel, denn auf dieser Basis sah man sich auf einer Stufe mit anderen sexuellen Minderheiten und forderte von ihnen eine absolute Solidarität ein. Wurde diese, wie im Vorfeld der Veranstaltung „Parteien auf dem Prüfstand – Schwule und Lesben befragen Politiker“ 1980, in Frage gestellt, so wurde in aggressivem Ton geantwortet, durchaus auch Drohungen ausgesprochen.<sup>287</sup> 1983 löste sich die DSAP auf.<sup>288</sup> Es hatte, wie oben beschrieben, Auseinandersetzungen über die Ausrichtung und Positionierung bezüglich einzelner Themen gegeben, jedoch führten vor allem massive persönliche Zerwürfnisse, die in gegenseitigen Bedrohungen und Erpressungen gipfelten, zur Auflösung. Der heterogene Interessenszusammenschluss war durch Intrigen und Unvereinbarkeiten handlungsunfähig und hatte seine Substanz verloren. Auch inhaltlich gelang es nicht, die Spaltungslinien zu überwinden und so herrschte zwischenzeitlich selbst in der Frage nach der Abschaffung der § 174 und 176 keine Einstimmigkeit.<sup>289</sup>

Die DSAP kann nicht nur auf Grund der Mitarbeit der beiden prominenten Niederländer als Speerspitze der Pädophiliebewegung in Deutschland angesehen werden. Das gilt insbesondere wegen deren Bemühungen, Nähe zu gesellschaftlich relevanten Organisationen, aber eben auch zu Parteien, herzustellen und sich hier personell zu engagieren. So haben sich einige der Aktivisten auch bei den Grünen eingefunden. Ein Teil der einstigen DSAP-Aktivisten schloss sich ab 1983 der Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität (AHS) an.<sup>290</sup> Dieser bis heute bestehende Verein, dessen Ziel es nach eigener Aussage ist, „einen Beitrag zur Humanisierung der menschlichen Sexualität zu leisten“<sup>291</sup>, konnte in seinem Kuratorium mit Bernard und Sandfort zwei Exponenten aus dem Kreis der DSAP ebenso aufnehmen wie den im Streit von der DSAP geschiedenen Kentler. Die AHS fungierte ihrerseits als

287 Beispielsweise: Parteien zur Homosexualität. Wir fordern: Pädophilenvertreter aufs Podium, in: betrifft: Beziehung, 4/1980, S. 29.

288 Beschluss des Amtsgerichts Krefeld in der Vereinsregistersache Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V.S. 2-6, ASM, Order DSAP Nr. 9, Unterlagen, die die Auflösung des Vereins dokumentieren.

289 Vgl. „Hauptprotokoll der MV in Berlin vom 14.11. 1980 Beginn 11:30 Uhr“, S. 1-3, ASM, Ordner DSAP Nr.2, Vereinsangelegenheiten.

290 Florian Mildner, Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs, Hamburg 2006, S. 147; Interessentenliste und Mitarbeiter der Vorbereitungsgruppe; Abrechnung Spendenkonto der AHS-Vorbereitungsgruppe, ASM, Katalog überregionale deutsche Gruppierungen und Aktionen, Ordner AHS.

291 Presseerklärung. Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität gegründet, 03.12.1982, ASM, Katalog überregionale deutsche Gruppierungen und Aktionen, Ordner AHS.

Kooperationspartner in sexualpolitischen Fragen. Eine Reihe ihrer Mitglieder und Funktionsträger agierte noch längere Zeit in anderen Organisationen, etwa in der Humanistischen Union. Gemeinsame Veranstaltungen führten zu Kritik an der Zusammenarbeit,<sup>292</sup> die von der Bürgerrechtsorganisation später kritisch als „blinde Solidarisierung und einseitige Kooperationen“ eingeschätzt wurde.<sup>293</sup> Auch die Grünen pflegten zumindest punktuell unmittelbare Kontakte zur AHS.<sup>294</sup>

### Verbindung zur Schwulenbewegung und darüber hinaus

Konstitutiv für die Arbeit von Organisationen wie der DSAP oder der AHS war – wie im Ausland auch – die Kooperation mit der Schwulenbewegung. Diese wiederum sandte ihrerseits immer wieder Signale in Richtung der pädophilieaffinen Gruppierungen. Die Schwulenbewegung war bemüht, Verbündete in der Politik zu erlangen, was keineswegs einfach war. Für die Christdemokraten und Christsozialen war eine weitere Gleichstellung Homosexueller schwer, ja undenkbar. Auch bei den Sozialdemokraten des Jahres 1980 konnte man mit solchen Forderungen schwerlich durchkommen. Die Grünen zeigten sich zwar offen für die Anliegen der Schwulen und Lesben, doch einen Erfolg der Partei konnte man 1980 kaum abschätzen, ja er erschien unwahrscheinlich. Trotz des Einzugs in zwei Landesparlamente sprach vieles gegen eine nachhaltige Erschütterung des in den 1960er Jahren gefestigten Dreiparteiensystems. Und so lagen viele Hoffnungen natürlich auf der FDP. Die Liberalen standen strafrechtlichen Revisionen beim § 175, der Homosexuelle noch diskriminierte, offen gegenüber. Von der Partei des Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, wurde sie mit der Überschrift etikettiert: „Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher – das wahre Gesicht der FDP“<sup>295</sup>.

Gerade vor dem Hintergrund der damaligen sozialliberalen Koalition war die FDP somit ein naheliegender Ansprechpartner für die heterogene Schwulenbewegung, integrierte sie doch bürgerliche Kräfte ebenso wie dasjenige linksliberale Spektrum, das sich in Teilen

---

292 Vgl. Sven Lüders, Bürgerrechte und Verantwortung, in: Mitteilungen der Humanistischen Union, Nr. 208, (2010), H. I + II, S. 29.

293 Ebd., S. 31.

294 Jens König. Wigbert Lör, Und du, Jürgen?, in: Der Stern, 19.09.2013.

295 Zit. in: Christian Schäfer, Widernatürliche Unzucht“. Reformdiskussion und Gesetzgebung seit 1945, Berlin 2006, S. 242.

später auch bei den Grünen einfand. Das gilt nicht nur für die Wählerschaft, sondern gleichermaßen für die Aktivisten. Ein exponiertes Mitglied der damaligen FDP-Jugendorganisation, Eberhard Zastrau<sup>296</sup>, zählte daher zu den rührigsten Organisatoren jenes Treffens in der Bonner Beethovenhalle 1980, bei welchem unter dem Titel „Homosexuelle zur Bundestagswahl – Parteien auf dem Prüfstand – Schwule und Lesben befragen die Parteien“ ein Forum für die vielschichtige Schwulenszene geplant war. Über Monate hatten die unterschiedlichen schwulen und pädophilen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Mit Skepsis und harter Kritik begegneten insbesondere die antikapitalistischen Gruppierungen der Absicht, zur Bonner Veranstaltung Vertreter der „etablierten“ Parteien zu laden und ihnen – so der Vorwurf – die Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte zu überlassen. Doch setzten sich die „realpolitischen“ Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung zunächst durch. Im Kreis des bunten Veranstalterbündnisses, zu dem, neben der Alternativen Liste Berlin, die Arbeitskreise Homosexualität von Jungdemokraten und FDP, eben auch die DSAP gehörte<sup>297</sup>, kam es zum Konflikt um die Beteiligung von Pädophilen an der Diskussionsrunde. Dieser entzündete sich daran, dass die DSAP heterosexuelle Pädosexuelle auf dem Podium platzieren wollte, wohingegen die Veranstalter ansonsten dieses mit Blick auf den Charakter einer Veranstaltung für Schwule und Lesben ablehnten.<sup>298</sup>

Die mit großem Aufwand geplante Veranstaltung verlief kurz und denkbar turbulent. Gut 1.000 Zugehörige des Milieus machten sich in der Tat nach Bonn auf. Die vorangehende Demonstration ging noch fröhlich und einträchtig vonstatten, die Veranstaltung selbst musste aber dann nach kurzer Zeit bereits abgebrochen werden. Radikale Linke aus der berüchtigten Nürnberger Indianerkommune, der Berliner Oranienkommune und der Bielefelder Initiativgruppe Homosexualität schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, setzten Trillerpfeifen ein und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als „Desaster“, als

296 Zu Zastrau siehe auch Günter Dworek, Nachruf auf den Siegestsäule-Mitbegründer Eberhard Zastrau, online einsehbar unter <http://www.siegessaule.de/artikel-archiv/berlin/nachruf-auf-den-siegessaule-mitbegruender-eberhard-zastrau.html> [eingesehen am 7.12. 2013].

297 Broschüre zur Veranstaltung, HISArch, SBe 699+700, Box 1.

298 Brief von Rainer Schädlich und Dieter F. Ullmann an den Beethoven-Verteiler, ASM, DSAP, Ordner 3, Schriftverkehr intern; Vgl. Rainer Schädlich u. Dieter Bachnick (Red.), „...Alle Schwestern werden Brüder...“ Berlin 1986, S. 163–164.

„traumatische Erfahrung“, schlechthin: als eine Zäsur. Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten „Kontis“ (kontinuierlich Arbeitenden), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluss zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Parteivertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den beängstigend aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück, um die Diskussionsrunde im kleinen Rahmen wieder aufzunehmen. Erwartungsgemäß enttäuschten die Christ- und Sozialdemokraten das Restpublikum, da sie wahlprogrammatisch keine Korrekturen des Sexualstrafrechts in Aussicht zu stellen vermochten. Auch Corny Littmann von den Grünen musste zugeben, dass in seiner Partei eine Revision der §§ 174 und 176 des StGB zwar nicht ausgeschlossen sei, man aber eben noch darüber diskutieren müsse, weswegen man ohne verbindliche Forderungen und Versprechungen hierzu in den Wahlkampf ziehe. Die Grünen waren also, wie es Teilnehmer berichteten, hinter „dem Stand“ der „epochemachenden F.D.P.-Erklärung“<sup>299</sup> geblieben.

Der freidemokratische Repräsentant auf dem Bonner Meeting, der damalige Generalsekretär Günter Verheugen, nährte nämlich die Hoffnung, dass die FDP nicht nur für die ersatzlose Streichung des damaligen § 175 StGB eintreten werde, wie berichtet wurde, sondern er vertrat auch seine Privatmeinung, der zufolge er eine Revision der §§ 174 und 176 für denkbar hielt. An Stelle eines besonderen Schutzes von Kindern und Jugendlichen könnte möglicherweise die „sexuelle Nötigung“ als strafrechtliche Grundlage hinreichend sein; so nahmen es jedenfalls Anwesende damals auf.<sup>300</sup> Verheugen wies überdies darauf hin, dass die Jungdemokraten, zu diesem Zeitpunkt weiterhin die offizielle Jugendorganisation der Freien Demokraten, eben derart auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz im März 1980 entschieden hätten: „Keine Bestrafung der freiwilligen und einvernehmlichen Sexualität. Die Paragraphen 173 (Inzest), 174 (Sexualität mit Schutzbefohlenen), 175 (besonderes ‚Schutzalter‘ für männliche Homosexuelle), 176 (Sexualität mit Kindern) sind zu streichen.“<sup>301</sup> Nach den Erklärungen Verheugens trafen die Redakteure der drei in jenen Jahren wohl wichtigsten Schwulenmagazine

---

299 Vgl. Gay Journal 8/1980.

300 Vgl. ihm September-Oktober 1980, S. 39; Don 9/1980, S. 10 f; Gay Journal 8/1980; Franz Walter, Es widert mich an, Spiegel Online, 15.8.2013, einsehbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-studie-franz-walter-zu-vorwuergen-von-guenter-verheugen-a-916676.html> [eingesehen am 17.9. 2013].

301 Dokumentiert in: Gay Journal 8/1980.

„Talis, Selitsch und Reichelt zusammen und erklärten dem F.D.P.-Vertreter, sie würden ihren Lesern als diesmal einzig wählbare Partei die F.D.P. empfehlen. Mit diesem Sieg in der Tasche zog Verheugen ab“<sup>302</sup>.

Dass Verheugen ein Anhänger von Pädophilie gewesen wäre, dass er die Paragraphen rundum und ersatzlos gestrichen haben wollte, soll damit natürlich nicht gesagt werden. Wohl aber könnte es bei ihm Überlegungen gegeben haben, dass das Strafrecht für die intendierten Zwecke nicht taugte, ohne sich zugleich festzulegen. Ähnlich agierte die FDP in den folgenden Monaten und Jahren. Die Bundestagsfraktion hofierte 1981 bei einer Anhörung zur Streichung des § 175 StGB Wissenschaftler wie Rüdiger Lautmann oder Helmut Kentler, die dort auch unwidersprochen ihre Thesen zur Aufweichung der beiden Pädophilie betreffenden Paragraphen darlegen durften.<sup>303</sup> Zu einer Party anlässlich des FDP-Bundesparteitags im Herbst 1982 in Berlin wurden zu „Bier und Bouletten“ ganz offen „Lesben und Liberale, Schwestern und Schwätzer, Prominente und Päderasten“ eingeladen.<sup>304</sup> Noch deutlicher gaben sich indes die Jungdemokraten, auch dort mit einer Mischung aus radikalliberalen Bestrebungen und freizügigen Sexualvorstellungen. Schon der in den 1970er Jahren wohl politisch exponierteste Päderast der Bundesrepublik, Peter Schult, entstammte den Jungdemokraten. Ihnen und der FDP gehörte er allerdings in ihrer nationalliberalen Zeit an und längst nicht mehr während ihrer zwischenzeitlichen sozialliberalen Transformation. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre beteiligte er sich an den Aktionen der studentischen APO, arbeitete später dann für die maoistische Rote Hilfe und tummelte sich schließlich im Umfeld der RAF. Im linksalternativen Milieu wurde er ebenfalls wertgeschätzt, auch und gerade für seine päderastischen Vorlieben.<sup>305</sup> Doch die Päderastie und das jung-/freidemokratische Engagement fiel zumindest zeitlich und lokal bei ihm bereits in der Blüte der Adenauer-Zeit zusammen. In seiner Autobiografie schildert Schult plastisch sein Leben zwischen pädophiler Subkultur und politischem Aufstieg innerhalb der baden-württembergischen Jungdemokraten.

<sup>302</sup> Don 9/1980, S. 11.

<sup>303</sup> Florian Gathmann u.a., Das Tabu durchbrochen!, in: Der Spiegel 36 (2013), 02.09. 2013, S. 36–37.

<sup>304</sup> Ebd.

<sup>305</sup> So veranstaltete die Frankfurter Spontiszene 1977 mit ihm eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Die Linke und die Männersexualität am Beispiel Peter Schult“, siehe: Wolfgang Kraushaar, Bewegte Männer, Die Zeit, 27.05. 2010; Florian Mildener, Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs, Hamburg 2006, S. 130; allerdings gab es auch kritischere Haltungen: Gisela Wülfing, Freiheit für Sexualität mit Kindern?, in: Pflasterstrand, Nr. 210, S. 27–33; Giesela (ohne Nachnamen), Als gespenstiger Erwachsener muß ich Dich bekämpfen, indem ich durch Reden deine menschlichen Züge erkennen kann, in: taz, 10.05. 1979

Beide Lebensbereiche führte er aber mitunter auch zusammen: „Ende 1953 wurde ich in Luxemburg auf einem internationalen Kongress junger Liberaler zum Vizepräsidenten der liberalen Jugend gewählt und musste nun auch häufiger ins Ausland reisen. Ich [...] stieß [...] in Kopenhagen durch Zufall auf ein Lokal, in dem Homosexuelle verkehrten, auf viele Jugendliche, und fand ein Hotel, in dem man ohne weiteres ein Zimmer bekam. [...] Als Vizepräsident der Jungen Liberalen gehörte ich auch nun dem Bundesverband der Jungdemokraten an [...] und mit einem der Landesvorsitzenden besuchte ich spaßeshalber das Eldorado, ein bekanntes Lokal für Schwule und Transvestiten.“<sup>306</sup> Im weiteren beschreibt Schult detailliert, wie er und der badische Landesvorsitzende sich dort haben befriedigen lassen und wie Schult sich anderntags mit einem „Steppke von 13 oder 14 Jahren“ in den Tiergarten zurückzog, wo es zum Oralverkehr zwischen beiden kam.

Die Jungdemokraten waren zwar im Vergleich zu den Jungsozialisten oder der Jungen Union der von der Mutterpartei organisatorisch unabhängigste Jugendverband, aber als politischer Ausbildungsbetrieb und als Karrierevehikel war er auch im Liberalismus schwer zu umgehen. Schon seit den frühen 1960er Jahren taten sich Spannungen zwischen liberaler Jugend und freidemokratischer Partei auf und blieben seither chronisch.<sup>307</sup> Man stand in Opposition zur Parteiführung um Erich Mende,<sup>308</sup> kommunizierte phasenweise nicht mit dem FDP- Bundesvorstand.<sup>309</sup> Der Ruf der „Aufmüpfigkeit“ veranlasste einige Betrachter, sie damals als „die zur Zeit aktivste und lebendigste Jugendorganisation der Bundesrepublik“<sup>310</sup> anzusehen.

Das Jahr eines weiteren Radikalisierungsschubs war auch hier 1968, da „die Garde der Rollkragenträger“<sup>311</sup> zwischen 1967 und 1969 zunehmend Einfluss auf den Landes- und Bundesparteitag der FDP gewonnen hatte und zu einem „Machtfaktor innerhalb der Partei“<sup>312</sup> wurde. Zugleich setzte sich eine für Liberale recht bizarre Radikalisierung weiter fort.<sup>313</sup>

<sup>306</sup> Peter Schult, Besuche in Sackgassen, München 1982, S. 62 ff.

<sup>307</sup> Günter Gaus, Jungdemokraten träumen von Volkspartei, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12. 1961.

<sup>308</sup> Vgl. Rudolf Bischof, Schlagt der FDP den Deutschlandplan um die Ohren, in: Frankfurter Rundschau, 20.06. 1963; Rolf Zundel, Die zornigen jungen Männer der FDP, in: Die Zeit, 21.06. 1963.

<sup>309</sup> Ulrich Planitz, Sie sind kein Vortrupp, in: Christ und Welt, 12.03. 1965.

<sup>310</sup> Günter Zander, Sturm auf gegen das „muffige Bürgerblockdenken“, in: Frankfurter Rundschau, 23.02. 1965.

<sup>311</sup> Oskar Fehrenbach, Die Freien Demokraten küren einen neuen Star, in: Stuttgarter Zeitung, 31.01. 1968.

<sup>312</sup> Manfred Bissinger, Abschied vom Exil, in: Der Stern 5/1968.

<sup>313</sup> Rolf Zundel, Lustgewinn aus Widerspruch, in: Die Zeit, 28.05.1971; Hose runter, in: Der Spiegel, 31.05. 1971.



Sie sprachen sich teilweise als „Genossen“ an, buhten den Parteichef Walter Scheel auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz nieder<sup>314</sup> und legten sich seit den frühen 1970er Jahren programmatisch darauf fest, dass „Liberalismus und Sozialismus“ „in entscheidenden Positionen ihrer Zielsetzung übereinstimmten.“ Den bestehenden Parlamentarismus bewerteten sie als Medium der Verschleierung der wirklichen, durchaus undemokratischen Machtverhältnisse, die sich durch die „Manipulation der Bevölkerungsmehrheit“ auszeichneten und zu einer Untertanengesellschaft geführte hätten. Der Umschlag in eine „offene Diktatur des Kapitals in der Form des Faschismus“ sei jederzeit zu befürchten.<sup>315</sup>

Die Jungdemokraten zogen in den 1970er Jahren auch eine Reihe von Persönlichkeiten an, die später andernorts Bekanntheit machten: Der heutige Vorsitzende der Linken in Niedersachsen, Manfred Sohn, war ebenso Jungdemokrat (und FDP-Mitglied) wie der spätere RAF-Terrorist Christian Klar. Auch bei den Grünen machten einige frühere Jungdemokraten Karriere: Christian Schwarzenholz, Claudia Roth, Jürgen Reents und (gar als stellvertretender Bundesvorsitzender und Bundeschatzmeister) Roland Appel taten ihre ersten politischen Schritte beim offiziellen Parteienachwuchs der FDP. Trotz all der Kapriolen und permanenter Spannungen mit der Mutterpartei blieben die „Judos“ das nämlich bis 1982. Durch Satzung der FDP waren in allen Gliederungen, vom Ortsverband bis zum Bundesverband, Jungdemokraten-Vertreter in den Vorständen und Bundesfachausschüssen beteiligt.<sup>316</sup> Sie erhielten aufgrund dieses Status öffentliche Mittel.<sup>317</sup> Auch der Bundesvorstand der FDP unterstützte sie mit 50.000 DM, die parteinahe Friedrich-Naumann-Stiftung steuerte schließlich noch jährlich 200.000 DM bei. Prominente Freidemokraten, die als dezidierte Gegner der Jungdemokraten auftraten, wie 1980 der saarländische FDP-Chef und Wirtschaftsminister Werner Klumpp, hatten einen schweren Stand in der Partei. Vor dem Bundesparteitag der FDP im Dezember 1980 in München hatte Klumpp die Jungdemokraten in mehreren Interviews scharf angegriffen, weil sie den sexuellen Missbrauch von Kindern

<sup>314</sup> Der radikal-linke Flügel der Jungdemokraten, dessen Zentrum der Landesverband Bremen um Jürgen Reents war, sah allerdings auch keine großen Differenzen zwischen Lüder und Scheel. Sie zogen auf dem Kölner Treffen eine Wandzeitung hoch, auf der stand: „Scheel und Lüder - Kapitalistenbrüder“. Von „Genossen“ sprach auch nur der jungdemokratische AStA-Vorsitzende aus Frankfurt, Thomas Hartmann, später erster Chefredakteur der taz, vgl. Friedrich Kassebeer, Scheel und Lüder-Kapitalistenbrüder?, in: Süddeutsche Zeitung, 17.05.1969.

<sup>315</sup> Siehe Manifest für eine liberale Politik (Leverkusener Manifest) Deutsche Jungdemokraten, Bonn 1980, S. 22.

<sup>316</sup> Vgl. Peter Meier-Bergfeld, Der „Flohzirkus“ der FDP, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 11.04. 1980.

<sup>317</sup> Interview Verheugen in WDR 2, Mittagmagazin, 13.07.1982; einen geringeren Betrag nennt Hans Peter Schütz, „Canaler“ wollen Judos trocken legen, in: Stuttgarter Nachrichten, 14.07. 1982.

straffrei stellen wollten.<sup>318</sup> Auf dem Parteitag wurde Klumpp für seine Attacken gegen den Jugendverband abgestraft.<sup>319</sup> Das Gros der Delegierten schloss sich offenkundig der Ansicht an, wie sie der Generalsekretär der FDP, Günter Verheugen, Anfang 1981 ausführte: „Wie soll ich denn zum Beispiel mit einer angepassten, lammfrommen Parteijugend mit der jungen Generation ins Gespräch kommen, die im Augenblick in vielen deutschen Städten demonstriert, Häuser besetzt oder überhaupt schon ausgestiegen ist aus die Gesellschaft?“<sup>320</sup> In der Jungdemokraten-Frage erlitt selbst die Ikone Hans-Dietrich Genscher im September 1982 seine erste Abstimmungs-niederlage im Bundesvorstand der FDP.<sup>321</sup> Genscher wollte die neuen, vom rechten Flügel der Partei protegierten Jungliberalen (Julis) hälftig an den Zuwendungen der Partei für die Jugendarbeit teilhaben lassen und so offiziell anerkennen. Doch die Majorität lehnte das – kurz vor der Bonner Wende – ab und insistierte darauf, dass die Jungdemokraten die Jugendorganisation der Liberalen seien.<sup>322</sup>

Die Jungdemokraten waren im Übrigen große Bewunderer von Helmut Kentler. Anfang der 1980er Jahre kam dieser ausführlich in ihrer weit verbreiteten Broschüre, die den Titel „Solidarität und Erotik“ trug, zu Wort. Kentler gab dort zum Besten, was bis dahin als eher vertraulich galt, nämlich, dass er, unterstützt von der sozialdemokratischen Senatorin, in Berlin „jahrelang mit ausgesprochenen Unterschichtjugendlichen gearbeitet“ habe. „Wir haben sie teilweise unterbringen können, bei teilweise sehr einfach gelagerten Männern, zum Beispiel Hausmeistern, die pädophil eingestellt waren. Sie haben dort ein zu Hause gefunden, sie haben Liebe gefunden.“<sup>323</sup> Einige Jahre später beschrieb er in einem Gutachten für das Land Berlin ein weiteres Mal, wie er im Gefängnis Tegel drei wegen sexueller Kontakte zu minderjährigen Jungs straffällig gewordene Hausmeister aufgestöbert hatte, die er gleichsam zu Herbergsvätern für „jugendliche Herumtreiber“ machte.<sup>324</sup> Der Auftrag für das

---

318 Vgl. etwa: Klumpp, Die Judos von der FDP abkoppeln, in: Die Welt, 24.11. 1980.

319 Ulrich Lüke, Diese Marxisten untergraben alles, in: Die Welt, 8.12. 1980.

320 Interview WDR 2, Morgen Magazin, 7.3. 1981.

321 Vgl. Reinhart Voss, Erste Niederlage für Genscher, in: Frankfurter Rundschau, 07.09. 1982.

322 Siehe Frankfurter Rundschau, 07.09. 1982.

323 Interview Gerald Jörns mit Helmut Kentler, in: Solidarität + Erotik, Hrsg. von Deutsche Jungdemokraten unter Verantwortung von Dagmar Abramowski und Rüdiger Pieper, Bonn o.J., S. 12–16, hier: S. 16. Der langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungdemokraten Rüdiger Pieper gehörte übrigens zu den sehr wenigen prominenten Judos aus ihrer Spätzeit, die nach 1983 den Jungen Liberalen des Guido Westerwelle beitraten, siehe Axel Hacke, Sehr jung, sehr flott und etwas oberflächlich, in: Süddeutsche Zeitung, 08.06. 1985.

324 Helmut Kentler, Leihväter, Kinder brauchen Väter, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 54.

Gutachten durch die Senatsbehörde datiert aus dem März 1988. Berlin wurde inzwischen schwarz-gelb regiert. Die zuständige Jugendsenatorin gehörte der FDP an, stieg alsbald auch zur Generalsekretärin der Bundespartei auf.

Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Duisburg vom 5. bis 7. März 1982 – der letzten in ihrer Geschichte als an der FDP orientierter Verband – beschlossen die Delegierten noch „Thesen zum Sexualstrafrecht“: „Da sich die Jungdemokraten für die Emanzipation unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen einsetzen – im Sexualbereich sind dies vor allem Frauen, Homosexuelle und Kinder – fordern sie die Abschaffung des Sexualstrafrechts. Dies ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine Humanisierung des menschlichen Sexualverhaltens.“ Hingegen wurde eine weitergehende These zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern nach strittiger Debatte zur weiteren Diskussion in den Verband zurückgegeben. In dieser „These 3“ hieß es: „Sexuelle Kontakte zwischen Kindern und Erwachsenen, sofern sie von den Kindern freiwillig eingegangen bzw. angestrebt werden, sollten jedoch nicht mehr bestraft werden, da in solchen Fällen ausschließlich die Durchsetzung der entsprechenden Strafbestimmungen und nicht die Sexualität selbst den Kindern schadet.“ Zur Begründung dafür wurde angegeben: „Wegen des Fehlens einer nachweisbaren Schädigung der betroffenen Kinder glauben Jungdemokraten, die Straffreiheit solcher Kontakte fordern und verantworten zu können. Die Jungdemokraten sehen durchaus die Probleme, die sich aus solchen Kontakten für die kindliche Sozialentwicklung ergeben können, halten aber die völlige Unterdrückung der kindlichen Sexualität, wie es heute geschieht, für bedeutend schädlicher für die kindliche Selbstentfaltung.“<sup>325</sup>

Nun fällt vieles in die Schlussphase der sozialliberalen Koalition und längst hat sich der rebellische jungdemokratische Nachwuchs in der Zwischenzeit von der FDP getrennt. Aus dem Kreis der einstigen Jungdemokraten, die an der Konferenz teilgenommen haben und von denen etliche heute zum mittleren Establishment der Bundesrepublik gehören, vernahm man von ihnen in den letzten Jahren kaum etwas darüber. Erst nach Veröffentlichungen

---

<sup>325</sup> Das Ergebnisprotokoll der Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten 1982 in Duisburg, AdL, Bestand DJD-Bundesvorstand, Signatur: 22425.

unseres Instituts taten einzelne wieder, allerdings denkbar vage, ihre Erinnerungen kund.<sup>326</sup> Eine andere Spur zur heutigen FDP mag interessant sein, ist aber gewiss nicht zwingend als kausal anzusehen. Jedenfalls hatte sich mit Dagmar Döring eine der aktivsten Organisatorinnen aus den Reihen der DSAP 2013 in Wiesbaden um ein Bundestagsmandat für die FDP bemüht. Nachdem sie mit ihrer damaligen Rolle konfrontiert worden war, gab sie ihre Kandidatur auf.<sup>327</sup> Während Döring selbst darin erinnert, dass diese Haltung als damals 20jährige Studentin an der FU Berlin eine nur kurze, bald final abgeschlossene Episode in der politischen Biographie gewesen war<sup>328</sup>, steht dem natürlich ihr doch wichtiges und keineswegs belangloses Wirken in der DSAP entgegen.

### Deutscher Kinderschutzbund und Pro Familia in der Pädophiliedebatte

Doch nicht nur eine als solche erkennbare Pädophilievereinigung wie die DSAP engagierte sich in jenen Jahren für die Freigabe von sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Bemerkenswert ist, dass sich mit dem Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) als auch mit Pro Familia zwei Organisationen offensichtlich der pädophiliefreundlichen Debatte nicht völlig erwehren konnten. Es zeigen sich dabei nicht nur Schnittmengen mit den viel diskutierten Positionen der Grünen, sondern vor allem mit Akteuren und Argumenten, die dazu beitrugen, dass die pädophilen Positionen gehört wurden und ein Forum erhielten.

Auf personelle Zusammenhänge zwischen dem einstigen Präsidenten des Kinderschutzbundes, Walter Bärsch, zur AHS ist bereits in der Literatur hingewiesen worden.<sup>329</sup> Zugleich bot das Magazin des DKSB *Kinderschutz aktuell* in der Mitte der 1980er Jahre eine Plattform

---

326 Nina Apin, Liberale Liebesfantasien, in: taz, 02.10.2013, online einsehbar unter <http://www.taz.de/!124609/>, 2.10. 2013 [eingesehen am 25.11. 2013]; Klaus Baumeister, Es war grober Unfug, in: Strässer, 18.09. 2013, online einsehbar unter <http://www.wn.de/Muenster/2013/09/Paedophilie-Debatte-Straesser-Es-war-ein-grober-Unfug>, 18.9.2013 [eingesehen am 25.11. 2013].

327 Jacqueline Vogt, Döring zieht wegen Pädophilie-Textes zurück, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.08. 2013; Thomas Holl, Kein Mann, keine Frau, nur ein Kind, in: faz, 11.08. 2013, online einsehbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/paedophilievorwurfe-kein-mann-keine-frau-nur-ein-kind-12515094.html> [eingesehen am 28.11. 2013].

328 Patrick Körber, Wiesbaden: Dagmar Döring schweigt nach Rückzug von Kandidatur zu Pädophilie-Vorwürfen, in: Wiesbadener Kurier, 13.08.2013, online einsehbar unter <http://www.wiesbadener-kurier.de/region/wiesbaden/meldungen/13346779.htm> [eingesehen am 2.9. 2013].

329 Vgl. Ursula Enders, Gibt es einen Missbrauch mit dem Missbrauch?, in: dies. (Hrsg.), Zart war ich, bitter war's. Handbuch gegen sexuellen Missbrauch, Köln 2003, S. 454-459, hier S. 457; Katja Tichomirowa, Pädophilie im Kinderschutzbund, fr-online, 11.9. 2013, online einsehbar <http://www.fr-online.de/politik/deutscher-kinderschutzbund-paedophilie-im-kinderschutzbund.1472596,24277330.html> [eingesehen: 10.12.2013], o.V., Aufarbeitung: Pädophilie wollten gezielt Kinderschutzbund unterwandern, in: Spiegel Online, 08.09.2013, online einsehbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophile-wollten-gezielt-kinderschutzbund-unterwandern-a-921022.html> [eingesehen am 10.12. 2013]; Wigbert Löer, Die Akte Kinderschutzbund, in: Stern, 09.10. 2013

für pädophile Positionen, als das Heft „Spannungsfeld Sexualität“ (3/85) im Editorial explizit die Frage aufwarf: „Wer darf wann und wo mit wem und warum und wer bestimmt das eigentlich?“ Und: „Können das Kinder nicht selbst bestimmen? [...] In dem Zusammenhang: wovor müssen Kinder eigentlich geschützt werden?“ In diesen Fragen zeigt sich nach eigener Aussage „unsere eigene Unsicherheit“. Will man wirklich riskieren, sich bei dem Thema „zwischen alle Sessel zu setzen“?

Die von der Redaktion ausgewählten Beiträge hielten in beachtlichen Teilen größtenteils gewaltlose sexuelle Handlungen zwischen Kindern und Erwachsenen für möglich. Ein Autor wies etwa darauf hin, man müsse zwischen „tatsächlichen sexuellen Zwangshandlungen“ und „individuellen Formen sexuellen Verhaltens“ – die durch kulturelle Unterschiede zwar als abweichend wahrgenommen, doch in keinem Fall diskriminiert werden dürften – unterscheiden.<sup>330</sup> Erwachsene sollten bereit sein, die kindliche Sexualität zu unterstützen, sollten bei Bedarf für die Kinder verfügbar sein als „Versuchsobjekt (Wie reagierst du auf meine körperlichen Wünsche? Was kann ich alles mit dir machen?)“<sup>331</sup>. In dem Themenheft wurde zudem das Buch „Stichwörter zur Sexualerziehung“<sup>332</sup> vorgestellt und besonders auf die Position der sogenannten „Kinderfreunde“ eingegangen: „Ohne erhobenen Zeigefinger wird [...] sachlich und differenziert auf das Vorhandensein von kindlicher Sexualität und sexuellen Bedürfnissen von Erwachsenen gegenüber Kindern und umgekehrt hingewiesen. ‚Das Tabu der Pädophilie wirkt sich außerordentlich schädigend auf die liebevolle Beziehung [...] aus, denn es bewirkt ein exklusives Berührungsverbot zwischen den Generationen.‘“

Ab der nächsten Ausgabe hagelte es Leserbriefe<sup>333</sup>: Das eine Lager warf der Redaktion von Kinderschutz aktuell eine pädophilenfreundliche Ausrichtung der von ihr gewählten Beiträge vor, während sich auf der anderen Seite reihenweise Pädophile bzw. deren Unterstützer äußerten, aber auch Angehörige von DSKB-Ortsvereinen, die die Ausrichtung des Heftes positiv bewerteten. Die Redaktion gab dem Thema viel Raum, vor allem Lehrer meldeten

330 Die folgenden Zitate entstammen dem Beitrag von Henning Haft, Zur sexuellen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen in Kinderschutz aktuell „Spannungsfeld Sexualität“ (1985) Heft 3.

331 Winfried Kleemann, Einmischungsverzicht, ebenfalls in Kinderschutz aktuell „Spannungsfeld Sexualität“ (1985) Heft 3.

332 Friedrich Koch (Hrsg.), Stichwörter zur Sexualerziehung, Weinheim 1985.

333 Die im Folgenden zitierten Leserbriefe entstammen den Ausgaben Kinderschutz aktuell 4/85, 1/86, 2/86 und 4/86. In diesem Heft wird die Debatte dann mit folgender Bemerkung der Redaktion vorläufig geschlossen: „Mit diesem Brief beenden wir die Pädophilie-Diskussion vorerst und werden sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen. D. Red.“

sich zu Wort: Jürgen P. hätte sich mehr „konkrete Darstellung sexueller Gefühle, Bedürfnisse und Handlungen von Kindern“ gewünscht, denn das Heft sei zu theorielastig. Man müsse illustrieren, bevor man „grundsätzliche Standpunkte darlegt – fast in Bekenntnisform“. Karl P. meinte: „Ich vermissen die klare Herausstellung des Unterschieds zwischen Fällen, in denen Kinder ‚mißbraucht‘ werden, weil Erwachsene lediglich ihren Trieb befriedigen wollen, und jenen, bei denen Kinder mit Erwachsenen eine echte Liebesbeziehung eingehen, die beide Partner bereichert und beglückt und niemanden gefährdet oder schädigt.“ Vor allem wurde der Redaktion vorgeworfen, das Heft mittels geschlechtsloser Schaufensterpuppen illustriert zu haben: „Hatte die Redaktion Angst davor, die Beiträge des Heftes durch Originalfotos nackter Kinder aus Fleisch und Blut (und zwar mit Darstellung ihrer Geschlechtsorgane und eventuell sogar ihrer kindlichen sexuellen Regungen?) zu illustrieren?“ Ein anderer fragte, ob die Redaktion diese Darstellungsform gewählt habe, weil sie den Vorwurf befürchte, „pornographisches Schrifttum zu verbreiten“? Die Redaktion hielt dies offenbar für berechtigt und reagierte in einer Anmerkung: *Unser Leser Rolf G. kommt mit seiner Vermutung unseren Befürchtungen sehr nahe.* Die Red. In den Leserbriefspalten setzten sich weitere Schreiber dafür ein, massive Vorurteile gegenüber pädophilen Beziehungen endlich abzubauen und gewaltfreie Beziehungen zu Kindern zu legalisieren: „Gewaltlosigkeit hängt immer ausschließlich vom Maß an Verantwortungsbewusstsein, an Fähigkeit zur Selbstkontrolle und an Einfühlungsvermögen des a priori Mächtigeren ab.“ In der juristischen Realität würde nicht berücksichtigt, ob das Kind eine „in der Schamgegend erfolgte Berührung im Zusammenspiel mit ‚sexueller Erregung‘“ als unangenehm empfunden habe oder nicht“. Es müsse vor dem Gesetz darum gehen, „den Unterschied zwischen gewaltsamer Sexualität und gewaltfreier pädophiler Sexualität zum Tragen zu bringen“. Wie solle man sich „von der Harmlosigkeit pädophiler Liebesbeziehungen überzeugen und vorhandenes Mißtrauen loswerden, wenn die rechtlichen Grundlagen den erwachsenen Partner zwingen, seine Beziehung geheimzuhalten und auch den kindlichen Partner um Stillschweigen zu bitten, sich also pädophile Beziehungen fast ausschließlich außerhalb jeglicher Sichtweise der sie umgebenden Menschen abspielen müssen?“ Mechthild R. äußerte die Vermutung, die Verantwortlichen gäben der Debatte durch ihre Beiträge eine gezielt pädophilenfreundliche

Stoßrichtung: „Interessant war mir, dass die Thesen der Pädophilen zur Unschädlichkeit der sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenem und Kind [...] mit der Buchbesprechung ‚Keine Wende‘ [zu „Stichwörter der Sexualerziehung“, s. oben] wieder eingeschmuggelt werden.“ Eine andere Äußerung wog noch schwerer, sie griff den DSKB nämlich direkt an und nannte die interne Kontroverse beim Namen: Die Auswahl der Beiträge sei willkürlich und erzeuge „Ratlosigkeit“ und erlaube die Frage, „wie Sie zum Thema Pädophilie z.B. das für pädophile Beziehungen plädierende Buch von Frits Bernard und ein Buch wie ‚Väter als Täter‘ in einer Liste nennen können. Vermutlich haben Sie keines der beiden Bücher gründlich gelesen. Dabei müssten Sie gerade dies Thema Pädophilie sorgsam behandeln, da es innerhalb des Kinderschutzbundes immer wieder für Zündstoff und Kontroversen gesorgt hat. Das lässt sich aber nicht mit Gefälligkeitsartikeln und Zufallsbeiträgen bewerkstelligen.“ Diesen Briefen standen kritische Stimmen gegenüber, die sich „an alle pädophilen KA-Leser“ richteten und dadurch implizierten, dass es davon anscheinend einige gab. Diese kritischen Briefe sind zwar zahlreich, werden aber bei weitem nicht so ausführlich wiedergegeben.

Diese Debatten im Kinderschutzbund zeugen bereits davon, dass es Mitte der 1980er Jahre entweder einen großen gesellschaftlichen Diskussionsbedarf zum Thema gegeben hat oder dass der DKSB von sich aus versucht hat, eine solche Debatte in Gang zu bringen. Beides führt dazu, die Debatten innerhalb der Grünen keineswegs als Ausnahme zu betrachten und sich auch die Frage zu stellen, welche Rolle der DKSB insgesamt seinerzeit gespielt hat.

Dieser Frage wird sich nun umfassender ein eigenes, vom DKSB initiiertes, Forschungsprojekt widmen.

Am 9. Oktober 2013 hat Der Tagesspiegel Rechercheergebnisse veröffentlicht, die, ähnlich wie beim DKSB, eine Nähe von Pro Familia zu pädophilenfreundlichen Positionen in den 1980er und 1990er Jahren dokumentieren.<sup>334</sup> Auch hier gliedern sich die Vorwürfe ähnlich wie beim DKSB auf: Zunächst sollen in der Verbandszeitschrift *pro familia magazin* pädophilenfreundliche Texte erschienen sein. Ein Redakteur der Zeitschrift hatte sich ja bereits 1985 in entsprechender Weise in *Kinderschutz Aktuell* mittels eines Leserbriefes zum

---

334 Sarah Kramer, Fragwürdiges Netzwerk, in: Der Tagesspiegel, 09.10. 2013, online einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/paedophilie-vorwuerfe-an-pro-familia-fragwuerdiges-netzwerk/8903836.html> [eingesehen am 25.10. 2013]. Mehrere Zeitungen übernahmen die Meldung, z.B. die taz am 8.10. 2013: Vorwürfe gegen pro familia, online einsehbar unter <http://www.taz.de/1125146/> [eingesehen am 28.10. 2013].

Thema Pädophilie positioniert. Prominente Fürsprecher der Pädophilen durften über mehrere Jahre in dem *pro familia magazin* ihre Texte veröffentlichen. Im *pro familia magazin* wurden laut *Tagesspiegel* entsprechende Beiträge mehrfach und bis in die jüngste Gegenwart hinein publiziert, wie auch die *tageszeitung* berichtete.<sup>335</sup> 1995 etwa habe der Soziologe Rüdiger Lautmann ausführlich dargelegt, wie aus seiner Sicht eine Trennlinie zwischen Pädophilie und Kindesmissbrauch gezogen werden müsse: Der Begriff des Kindesmissbrauchs beinhalte schließlich, „dass der kleine Mensch geschädigt wird“. Diese Schädigung sei „bei den Kontakten der echten Pädophilen sehr fraglich“.<sup>336</sup> Auch der Psychologe Wolff Vogel habe dafür plädiert, die Vorurteile in der Debatte über Pädophilie abzubauen. Cordula Ebel und Sarah Kramer analysierten für den *Tagesspiegel* die Gemengelage bei *pro familia* etwas genauer.<sup>337</sup> Die Redaktion des *pro familia magazins* habe damals keine Distanz zu den publizierten Artikeln erkennen lassen. Die entsprechenden Beiträge sind sogar von ihr kommentiert worden, so dass durchaus von einer bewussten Auseinandersetzung und nicht von durchgerutschten Statements Einzelner gesprochen werden kann. Auch geht die Redaktion selbst zu dem Zeitpunkt von einer „Trennlinie“ zwischen Pädophilie und Missbrauch aus, die sie heute explizit nicht mehr zieht. Vor allem das viel diskutierte Konzept „Hilfe statt Strafe“ wurde bei *pro familia* diskutiert: das Argumentationsmuster, das auch andere Wissenschaftler der Zeit verwendeten, wurde hier von Reinhart Wolff vorgebracht: Polizeiliche Verhöre könnten für ein Kind verstörend sein und Schuldgefühle auslösen, vor allem, wenn der Erwachsene aus dem familiären Umfeld stamme, oder, so Wolff, das Kind „Freude am sexuellen Kontakt“ hatte. Wolff nutzt das Verbandsmagazin außerdem als Plattform für eine positive Buchrezension des holländischen Soziologen Sandfort, einer weiteren Vorreiterfigur in der Auseinandersetzung. Der *Tagesspiegel* recherchierte, dass eben jenes Buch Sandforts, „Pädophile Erlebnisse“, in dem Verlag verlegt wurde, der 13 Jahre lang auch die Zeitschrift von *pro familia* verlegt hatte: dem Gerd J. Holtzmeyer Verlag.

---

335 Nina Apin, Bedürfnisse und Moralpanik, in: taz, 09.10. 2013, online einsehbar unter <http://www.taz.de//125232/> [eingesehen am 29.10. 2013]. Ein Kommentar von Nina Apin, Aus der Sicht des Kindes findet sich unter <http://www.taz.de/Kommentar-pro-familia-und-Paedophilie//125141/> [eingesehen am 29.10. 2013].

336 Vorwürfe gegen Beratungsorganisation: Pädophilie-Debatte erreicht Pro Familia, in: Spiegel online, 09.10. 2013, online einsehbar unter <http://www.spiegel.de/panorama/pro-familia-paedophilie-vorwuerfe-erreichen-beratungsorganisation-a-926839.html> [eingesehen am 28.10. 2013].

337 Cordula Ebel u. Sarah Kramer, Die Probleme von *pro familia* mit der Distanz, in: Der *Tagesspiegel*, 08.10. 2013, online einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-paedophilie-die-probleme-von-pro-familia-mit-der-distanz/8900526.html> [eingesehen am 28.10. 2013].



Holtzmeyer gehörte selbst sogar bis 1995 der Redaktion der Vereinszeitung an. Allerdings kam auch Alice Schwarzer in dem Magazin von pro familia zu Wort und legte dort dezidiert ihre entschieden ablehnende Haltung pädophilenfreundlichen Positionen gegenüber dar.

Des Weiteren sollen prominente Mitglieder von pro familia ebenfalls in der AHS aktiv gewesen sein, gar in deren Kuratorium mitgewirkt haben. Wie so oft wird auf den „Zeitgeist“ verwiesen<sup>338</sup> oder auf den „damaligen Stand der Diskussionen in der Sexualwissenschaft“ abgestellt<sup>339</sup>, was Opfer von sexuellem Missbrauch als verletzend empfinden. Pro Familia verweist darüber hinaus darauf, dass man an einer ausführlichen Stellungnahme und Bewertung arbeite, „ob und inwieweit damals Pädosexuelle die Publikationen oder Verbandsstrukturen von pro familia dazu benutzt haben, um ihre Ansichten zu verbreiten und dafür zu werben.“<sup>340</sup>

### Fortgang der grünen Pädophiliedebatte

So fanden Pädophile zeitweise eine durchaus beachtliche Unterstützung für ihre Anliegen, was keineswegs nur von einer Seite ausging, keineswegs begrenzt war auf wenige Aktivist\*innen und sich erst recht nicht auf die Grünen alleine beschränkte. Freilich erzielten solche Positionen bei den Grünen schließlich den stärksten, nämlich programmatischen Niederschlag. Die beschriebene besondere Affinität des alternativen Milieus zu diesen Positionen wie der alternativen Partei zu Minderheiten begünstigte das; wengleich man auf der Bundesebene – abgesehen von jener bereits erwähnten und relativierten Formulierung im ersten Grundsatzprogramm – nach entsprechenden Beschlüssen länger suchen muss. In den Bundestagswahlprogrammen fanden konkrete pädophile Positionen keinen ausdrücklichen Eingang. Im Bundestagswahlprogramm von 1980 ist eine abgewandelte Passage aus dem Grundsatzprogramm zu lesen, wonach die Grünen Homo- und Heterosexualität „als gleichberechtigte Ausdrucksformen menschlicher Sexualität“ auffassen.<sup>341</sup> Zugleich wird aber auch „jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung

---

338 Erklärung der Bundesvorsitzenden zu den aktuellen Vorwürfen gegen pro familia, 11.10. 2013, online einsehbar unter <http://www.profamilia.de/pro-familia/presse.html> [eingesehen am 28.10. 2013].

339 Erklärung der Bundesvorsitzenden zu den aktuellen Vorwürfen gegen pro familia, 11.10. 2013, s. oben.

340 Zitiert aus der Erklärung der Bundesvorsitzenden zu den aktuellen Vorwürfen gegen pro familia, 11.10. 2013, s. oben.

341 Die Grünen, Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980, Bonn, S. 12.

aufgrund des Sexualverhaltens“ abgelehnt.<sup>342</sup> Zwar lässt sich aus dem Kontext der Formulierung schließen, dass damit explizit nur jene Benachteiligungen gemeint sind, die sich aus der Differenzierung von Homo- und Heterosexualität ergeben. Die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm muss dabei aber auch in Verbindung mit der vorherigen Beschlussfassung des Grundsatzprogramms sowie den begleitenden Resolutionen gesehen werden: Ein Sonderstrafrecht für pädophiles Verhalten wird darin ebenso abgelehnt wie dazugehörige Therapieansätze. Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 erhebt zwar nicht die Forderung, Pädophilie zu entkriminalisieren, doch kann man es von interessierter Seite zumindest so lesen, dass es für solche Forderungen anschlussfähig sein könnte.

Aufgrund dessen, dass die Debatte um die Reform des Sexualstrafrechts bei den Grünen auf Bundesebene verebbte, aus der Schwulenbewegung weniger Impulse und Initiativen kamen und auch die DSAP an Bedeutung verlor, war es wenig verwunderlich, dass im folgenden grünen Bundestagswahlprogramm von 1983 das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr spielte. Die Diskussion dazu war innerhalb der Partei erlahmt und inmitten der apokalyptischen Grundstimmung, die sich besonders deutlich auf das Wahlprogramm übertrug, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit wie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben ausmalte, fanden schwulenpolitische Forderungen offensichtlich keinen Platz. Forderungen in Bezug auf eine pädophiliefreundliche Strafrechtsreform schon gar nicht. Immerhin betonten die Grünen noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich „gegen sexuelle Unterdrückung“ einsetzten, und jenen, die sich „gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten“ engagierten.<sup>343</sup> Hier behielt man jene Diktion bei, die schon im Grundsatzprogramm angelegt war. Unvermindert präsentierte man sich als Projektionsfläche für verschiedene, auch divergente Interessen. Die Grünen luden breit zum Mitmachen ein, wollten keine Gruppe und kein Interesse ausschließen. Dieser konsequente Meinungspluralismus brachte es aber mit sich, sich im Zweifelsfall auch für Gruppierungen mit pädophilen Interessen zu öffnen.

Während auf Bundesebene die Debatte also zunächst ins Vage und Ungefähre übergang, wa-

---

<sup>342</sup> Ebd.

<sup>343</sup> Die Grünen, Diesmal die Grünen – Warum?, Ein Wahlauftrag zur Bundestagswahl 1983, Bonn, S. 13.

ren durch Beschlüsse in mindestens vier Landesverbänden Forderungen nach einer Veränderung des Strafrechts mit der Maßgabe, Pädophilie grundsätzlich zuzulassen, verbindlich erhoben worden, ebenso in den erwähnten kommunalen Wahlprogrammen. Allerdings stellten diese Beschlüsse eine Minderheit in den Programmen jener Jahre dar. Die Schwerpunkte der Programme lagen ohnehin meist in anderen Politikfeldern. Die Grünen waren für Umweltschutz, wollten Beiträge zum Umbau der Energiewirtschaft liefern, engagierten sich gegen Straßenbau- oder Stadtsanierungsprojekte, profilierten sich mit dem Ausbau der Krippen- und Kindertagesstätten oder traten für einen Ausbau des Gesamtschulwesens ein. Wenn die Grünen sich umfassend zu gesellschaftspolitischen Themen äußerten, taten sie dieses am ehesten in den urbanen Zentren. Dann lag es oftmals nahe, sich auch mit Homosexualität zu befassen. Doch auch wenn man sich damit befasste, war es keineswegs ausgemacht, dass man deswegen auch Forderungen übernahm, deren Umsetzung dazu geführt hätte, Pädophilie nicht mehr strafrechtlich als sexuellen Missbrauch zu ahnden. In München etwa lehnte die Partei 1984 einen Vorstoß ab, sich im Wahlprogramm für eine Liberalisierung der §§ 174 und 176 StGB einzusetzen.<sup>344</sup> Anderswo, wie in Braunschweig 1981, bezog man sich bei der Reform des Sexualstrafrechts ausdrücklich auf die Gleichstellung Homosexueller, zielte also unausgesprochen lediglich auf eine Abschaffung des § 175 StGB.<sup>345</sup> Ähnliches ließe sich für Frankfurt sagen.<sup>346</sup> Wieder anderswo drängten einzelne Personen oder Missbrauchsoffer mit Erfolg darauf, sich nicht für die Streichung der in Rede stehenden Strafrechtsparagrafen 174 und 176 einzusetzen.<sup>347</sup> In aller Regel gab es aber keine größere innerparteiliche Debatte und die Programmatik beschränkte sich dann darauf, die Forderungen recht geräuscharm zu übernehmen und sie darüber hinaus auch nicht in den Mittelpunkt der Wahlkampagnen zu stellen. Etwas anders verhielt sich das in West-Berlin. Die dortige Alternative Liste, damals noch nicht formell Landesverband der Grünen Bundespartei, übernahm wie anderswo auch eine entsprechende Wendung bereits in ihr

---

<sup>344</sup> Protokoll BAG SchwuP, 18–20.5. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 5369.

<sup>345</sup> Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, Ordner Dokumentation Grüne Politik, Wahlprogramme Nds.

<sup>346</sup> Protokoll der Bundes-AG SchwuP, 16.–18.11. 1984, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>347</sup> Markus Wehner, Widerstand war machbar, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.09. 2013; Jana Simon, An die Kinder hat keiner gedacht, in: Die Zeit, 17.10. 2013.

Landeswahlprogramm 1981.<sup>348</sup> Doch in der geteilten Stadt war man in jener Zeit auch besonders umtriebig, Bündnispartner in dieser Frage zu finden. Dort startete man eine „Initiative zur Abschaffung der §§ 174, 175, 176 mit Hilfe der AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus“ und lud dazu verschiedene Gruppen ein, darunter die AHA, die Schwusos der SPD, zwei gewerkschaftliche Arbeitskreise, die DSAP natürlich, sowie die AL-Gruppen für Frauen und für Kinder.<sup>349</sup>

Für die Sattelzeit der Partei, also bis zum Einzug in den Bundestag, in die diversen Landtage und Kommunalvertretungen, existieren somit zwar einige programmatische Fundstellen. Die pro-pädophilen Forderungen wirken aber meist nicht sonderlich reflektiert. Vielfach handelt es sich eben um eine Positionsübernahme von assoziierten Organisationen oder Vereinigungen beziehungsweise um eine bloße Reproduktion aus dem Grundsatzprogramm. Das alles mochte weder gut überlegt, noch sonderlich klug gewesen sein, doch es war innerparteilich wie in der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Grünen, als auch in der innerparteilichen politischen Kommunikation eben minder relevant. Das änderte sich mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag 1983. Damals wurden im organisatorischen Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften konstituiert, welche die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten.<sup>350</sup> Sogar noch vor der Bundestagswahl gründete sich eine Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule<sup>351</sup>, die sich kurz darauf den Titel „Schwule, Transsexuelle und Päderasten“, kurz SchwuP, gab. In dieser übernehmen in den folgenden Jahren einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann zentrale Funktionen. Wiederholt machte sich Ullmann zum Sprecher pädophiler Angelegenheiten und zwar auch außerhalb der Grünen.<sup>352</sup> Die SchwuP existierte auf Bundesebene, besaß in den Ländern einige regionale Gruppierungen oder war Bezugspunkt von anders bezeichneten Arbeitsgemeinschaften in den Ländern, die sich in erster Linie für die Anliegen der Homosexuellen

---

348 Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, Wahlprogramm zu den Neuwahlen am 10. Mai 1981, Berlin, AGG, Bibliothek, Grün 044 BE-1a, 2005/Do002, S. 54.

349 Einladung, 1.2. 1982, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 2.

350 Wolfgang Ismayr, Die Grünen im Bundestag: Parlamentarisierung und Basisanbindung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/1985, S. 299–321, hier S. 310

351 Kurt Hartmann u. Herbert Rusche, Bericht von konstituierenden Treffen der schwulen Bundes-AG bei den Grünen und AL's, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 1.

352 Schreiben Dieter F. Ullmann an Herbert Rusche, 13.4. 1985, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 5628; Protokoll des 2. Koordinationstreffens, 21.–23.3. 1986 in Köln (Vor der Gründung), HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

einsetzten. Doch nicht nur die SchwuP trug dazu bei, die Debatte um das Sexualstrafrecht in der Partei wieder zu intensivieren. Auch die Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik waren darin involviert. Auch diese hatten ihren Ursprung mit dem Programm aus Saarbrücken von 1980. Die Stadtindianerkommune aus Nürnberg warb bei jenem Parteitag vehement für ihre Forderungen, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte.<sup>353</sup> Als Reaktion darauf verzichteten die Grünen auf einen Beschluss des entsprechenden Kinder- und Jugendprogramms im Grundsatzprogramm.<sup>354</sup> Wie schon zum Sexualstrafrecht entstand dadurch eine Leerstelle im Programm, die einerseits eine Projektionsfläche für alle möglichen Positionen eröffnete, andererseits nach einer organisierten Debatte verlangte, die aber ausblieb. Und so stießen die Arbeitsgemeinschaften Kinder und Jugendliche in ein thematisches Vakuum.

### Die Verbindung zu den Stadtindianern

Die thematische Leerstelle in der Kinder- und Jugendpolitik bot den Aktivisten der Nürnberger Stadtindianer ein willkommenes Terrain, um die Grünen als ihren Bündnispartner anzusehen. Anfang der siebziger Jahre schlossen sich mehrere Jugendliche und Erwachsene „mit den gleichen Vorstellungen von Liebe, Leben und Überleben“<sup>355</sup> in einer Heidelberger Kommune zusammen. Aus ihr entwickelte sich unter häufigem Mitgliederwechsel und Umzügen die sogenannte Indianerkommune, die ab Mitte der 1970er Jahre (wahrscheinlich ab 1976) in Nürnberg beheimatet war. Ihren Namen legten die Kommunenmitglieder sich eigenen Angaben zufolge als Zeichen der Solidarität mit den Indianern zu, die in ihren Augen Leidensgenossen waren. Denn „bekannt ist, daß die Indianer heute beinahe ausgestorben sind, weil die Weißen mit ihren Konsumverlockungen sie unterwandert haben. Sie setzten Zigaretten, Alkohol, Drogen, Gold, Missionare und schließlich Pädagogen ein, um uns auszurotten.“<sup>356</sup> So wähnte sich die Indianerkommune im Kampf gegen die „Konsumterrorgesellschaft“, die ihrer Meinung nach letztlich zum Krieg führen muss und ihren Ursprung in unterdrück-

---

353 Jörg Westerhoff, Gewaltfrei, in: Hans-Werner Lüdke u. Olaf Dinné (Hrsg.), Die Grünen, Personen, Projekte, Programme, Stuttgart-Degerloch 1980, S. 100–103, hier S. 102.

354 Hans-Werner Lüdke, Zur Entwicklungsgeschichte grüner Programme, in: Hans-Werner Lüdke u. Olaf Dinné, (Hrsg.), Die Grünen, Personen, Projekte, Programme, S. 204–210, hier S. 20.

355 Klaus Schuster, Schrei in die Stille, in: Plärrer 1981, S. 32

356 Rundbrief der Indianerkommune Frühjahr 1980, zit. n. Klaus Schuster, Schrei in die Stille, in: Plärrer, 6/1981

ter Kinderzärtlichkeit und Kinder-Sexualität hat: „Das Recht der Kinder und Jugendlichen, mit allen Mitteln ihrer Wahl freiwillige, gewaltfreie, zärtliche Beziehungen haben zu dürfen. Abschaffung, das heißt ersatzlose Streichung der Paragraphen 173–176 sowie des Paragraphen 180. Wirksamere, eindeutigeren Paragraphen gegen Vergewaltigung. Absolutes Verbot von körperlicher, seelischer und pharmakologischer Gewalt gegen Kinder. Ein Recht für Kinder auf ‚Scheidung‘ von ihren Eltern, Erziehern und so weiter. Sofortige Abschaffung aller geschlossenen Heime und Anstalten für Kinder und Jugendliche. Ein einklagbares Recht der Kinder auf Wahrung ihrer Unversehrtheit und des Brief- und Telefongeheimnisses, Abschaffung der Schulpflicht.“<sup>357</sup> Die Stadtindianer sahen sich ebenso als Anlaufstelle für Ausreißer-Kinder. Der Pädagogisch-Therapeutischen Intensivanstalt (PTI) des evangelischen Rummelsberger Jugendhilfezentrums machte die Indianerkommune heftige Vorwürfe, weil immer wieder Kinder aus der PTI in die Indianerkommune geflohen seien und von Misshandlungen im Jugendhilfezentrum berichtet hätten. Unter anderem habe es in den Rummelsberger Anstalten eine Isolationszelle gegeben. Die Indianerkommune wurde so schnell zu einer Institution an der Heimbefreiungsfront. In verschiedenen Städten gründeten sich weitere ähnliche Kommunen, die ein Netzwerk aufbauten: Heidelberg, Pforzheim, Lüneburg und Berlin sind nur einige der prominenteren Beispiele.

Ihr „pädo-philer Anstrich“ sei jedoch problematisch, meinte einst das Nürnberger Stadtmagazin *Plärrer*, und schrieb weiter: „Ihre destruktiven Auftritte sind stadtbekannt.“<sup>358</sup> Die Kommune erfuhr in der Folge zunehmende Aufmerksamkeit, was jedoch intern zu einem Bruch führte: 1980 zog ein Großteil der weiblichen Mitglieder aus und gründete in Berlin die „Oranien-Straßenkommune“, die sich später in „Die Kanalratten“ umbenannte.

Zwei Zäsuren begleiteten die Stadtindianer in Nürnberg: Im April 1981 wurde der Anführer der Kommune erstmalig wegen sexuellem Missbrauch vor Gericht gestellt. 14 Monate blieb er in Untersuchungshaft, trat zeitweilig in den Hungerstreik. Nachdem sich die Vorwürfe gegen ihn nicht erhärteten und er freigelassen wurde, radikalisierte sich seine Weltsicht offenbar. Das Verfahren gegen ihn betrachtete er als Politikum und sprach von einer „Ver-

---

357 Ebd., S. 32.

358 Gerhard Polt, Gewalt gegen Kinder, in: *Plärrer*, Jg. 8 (1985), H. 7, S. 18.

dachtsstrafe und Gesinnungshaft“.<sup>359</sup> Diese Wahrnehmung übertrug sich auf die Kommune. 1986 flüchteten die Stadtindianer, scheinbar zusammen mit Mitgliedern der Oranien-Strassenkommune, nach Portugal, um sich vor dem Fallout nach Tschernobyl zu schützen. In den folgenden Jahren kehrten viele von ihnen sukzessive zurück, der Aktivismus reduzierte sich dadurch jedoch merklich, wurde aber nicht gänzlich aufgegeben.

Als 1979 die Nürnberger Grünen entstanden sind, waren einige Stadtindianer von Beginn an Mitglieder der neuen Partei und nahmen anfänglich auch regelmäßig an Diskussionen und Treffen teil; sie waren jedoch in erster Linie daran interessiert, ihre Themen über die Grünen Nürnberg als Anträge in die Landes- und Bundesdelegiertentreffen einzubringen. Dort brachten die Indianer auch abseits des formellen Weges ihre Forderungen lautstark ein.<sup>360</sup> In dieser ersten Phase gestaltete sich der Umgang mit den Kommunarden noch relativ konfliktfrei, man kooperierte und reichte Anträge zu den Bundes- oder Landesdelegiertenkonferenzen weiter. Die Kommunikation mit den Stadtindianern war indes sehr problematisch, da diese die direkte emotionale Äußerung zum Prinzip erhoben hatten – was zu Brüllattacken, ständigen Unterbrechungen und einer stets gereizten Stimmung führte.

Als die Nürnberger Grünen aber Anträge der Indianerkommune nicht mehr übernahmen und die Kommunarden nicht als Delegierte aufgestellt wurden, änderte sich das Verhältnis zueinander. Die Mitglieder der Indianerkommune gingen dazu über, Veranstaltungen „zu sprengen“. Diesen destruktiven Stil pflegte die Kommune auch bei Konferenzen und Veranstaltungen der Grünen auf Bundesebene und in den Landesverbänden. Sie blockierten schon mal den Delegierten den Zugang zur Halle.<sup>361</sup> Sie besetzten die Podien der Konferenzen und demonstrierten dort „gleichgeschlechtlichen Zärtlichkeitsaustausch“.<sup>362</sup> Nachdem die Bundespartei es im Herbst 1983 abgelehnt hatte, eine Broschüre der Stadtindianer zu versenden, besetzten diese die Bonner Parteizentrale.<sup>363</sup> Der Anspruch der Grünen, gewaltfrei zu sein,

---

359 Harald Huter im Interview mit Ulrich Reschke, Erziehung ist immer ein Gewaltverhältnis, in: Plärrer, 1982, S. 34 f.

360 AGG, B.I.1 Die Grünen 1980-1993 BuVo/BGSt, 6 (1).

361 Werner Freesen, Gruhls Nein traf sogar die Kinder Grünen, in: Die Welt, 24.03. 1980.

362 Ekkehard Kohrs, Kein „politischer Frühling“ bei den Grünen, in: Bonner Generalanzeiger, 24.03. 1980.

363 Schreiben der BAG SchwuP an Eberhard Walde, 13.11. 1983, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441; o.V., Spontis stürmen Büro der Grünen, in: Bonner Stadtanzeiger, 03.11. 1983; Schreiben Ursula Schwarzenberger an „alle, die gestern die Besprechung mit der Indianer-Kommune in der Fraktion geführt haben“, 9.11. 1983, AGG, Werner Vogel, 39.

stand bei all diesen Aktivitäten einer rigiden Durchsetzung des Hausrechts oft entgegen und erleichterte es den Stadtindianern, sich Gehör zu verschaffen.<sup>364</sup> Es würde allerdings zu kurz greifen, dieses nur als Scheu und Nachgiebigkeit gegenüber dem rabiaten Auftreten der Stadtindianer anzusehen. Vielmehr ging die Partei auch außerhalb Nürnbergs immer wieder auf die Indianer zu. Verschiedene Delegierte verlangten auf den Bundesparteitagen ausdrücklich, dass die Indianer sich lang und ausführlich äußern sollen.<sup>365</sup> Der Landesarbeitskreis (LAK) Homosexuelle und Transsexuelle der Grünen Bayern wandte sich gegen die Ausschlussanträge von Stadtindianern aus der Partei.<sup>366</sup> Der LAK Frauen der bayerischen Grünen debattierte mit den Stadtindianern Mitte 1984 über deren Positionen, wozu der Arbeitskreis der Kommune in Nürnberg einen Besuch abstattete.<sup>367</sup> Als ein Strafverfahren wegen sexuellem Missbrauch gegen einen Indianer lief, machte man sich in der BAG SchwuP für eine Prozesskostenunterstützung durch die grüne Bundespartei stark.<sup>368</sup> Und immer wieder gab es auch Beschlüsse, den Stadtindianern Geld zukommen zu lassen. Schleswig-Holsteins Ökofonds gewährte ihnen einen Mietkostenzuschuss in Höhe von insgesamt 735,- DM.<sup>369</sup> Bayerns Landesverband beabsichtigte in einem Prozess gegen eine Kommunardin, der die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vorgeworfen wurde, Prozesskostenhilfe in Höhe von 1.000 DM zu gewähren, wogegen sich aber der zuständige Schatzmeister verwehrte.<sup>370</sup> Allerdings gab es auch Grenzen, die den Stadtindianern aufgezeigt wurden. Rudolf Bahro verweigerte als Sprecher der BAG Kommunebewegung den Stadtindianern die dortige Mitarbeit.<sup>371</sup> Die Kandidaturen des Indianerchefs für den Bundesvorstand der Grünen hatten keine Chance.<sup>372</sup> Und auch SchwuP-Chef Ullmann war im Nachgang eines Bundesparteitags trotz einer inhaltlichen Interessenkongruenz erleichtert, dass die Stadtindianer wenig Re-

---

364 Jörg Westerhoff, Gewaltfrei, in: Lüdke u. Dinné, S. 100–103, hier S. 102.

365 Anträge und Wortmeldungen zum Parteitag, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993 BuVo/BGSt, 10 (1).

366 Antrag des Landesarbeitskreises Homosexuelle und Transsexuelle bei den Grünen in Bayern an den Landesvorstand, das Landesschiedsgericht und Kreisverband Nürnberg, AGG, C Bayern I, 120.

367 Schreiben von Margarete, 10.10.1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 5622

368 Protokoll der BAG SchwuP, 16.–18.11. 1984, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441

369 AfAS, 90.VIII.GRU.1.1985:15.

370 Barbara, Stadtindianer spalten Landesverband, in: taz, 16.03.1984; Protokoll der BAG SchwuP, 30.3./1.4. 1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 5360.

371 Schreiben Rudolf Bahro an Ulrich Reschke, 30.1. 1984, C Bayern I LaVo/LGSt, 269

372 Ekkehard Kohrs, Scharfer Senf, schallende Ohrfeigen und eine handfeste Prügelei, in: Bonner Generalanzeiger, 01.04. 1985.



sonanz in der Partei gefunden hatten.<sup>373</sup> Freilich erreichten die Interventionen der Stadtindianer<sup>374</sup> 1983 den Erfolg, dass sich die Bundespartei der Grünen immerhin veranlasst sah, einen Kongress zum Thema Kinder und Jugendliche zu veranstalten. Im Vorfeld wurden dabei auch Programmversatzstücke aus der Indianerkommune verschickt.<sup>375</sup> Die Konferenz selber wurde jedoch zum Flop, nicht zuletzt weil die Stadtindianer dort wieder massiv und in der ihnen eigenen aggressiven Form auftraten. Zahlreiche Klagen erreichten nach der Veranstaltung die Bundesgeschäftsstelle: Die Diskussionsatmosphäre und das Vorgehen der Stadtindianer hatten etliche Teilnehmer veranlasst vorzeitig abzureisen, mit der Folge, dass die Stadtindianer am Ende das Plenum dominiert hätten.<sup>376</sup> Die Ergebnisse des Treffens waren insofern kaum repräsentativ für die Partei. Dennoch sahen Stadtindianer und SchwuP darin eine weitere Legitimationsgrundlage, auf welche sie sich fortan bezogen. Zudem erschien im Bundestagswahlkampf 1983 ein Faltblatt „Zur Kinder- und Jugendfrage“<sup>377</sup>, das sich ausdrücklich positiv auf die Stadtindianer bezog. Darin wurde von „verbreiteter Sexualfeindlichkeit“ gesprochen, die es Kindern verweigere, „Sexualität zu praktizieren.“ Man konstatierte, auch ganz auf der Linie der Beschlüsse aus den Vorjahren, dass „Gesetze in diesem Bereich [...] nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität.“ Der Bundesvorstand der Grünen hatte auch einen Kontaktmann zu den Stadtindianern bestimmt,<sup>378</sup> der seinerseits vereinzelt auch Treffen der SchwuP besuchte<sup>379</sup> und auf dem erwähnten Kinder- und Jugendkongress 1983 ein Thesenpapier vorlegte, in dem einer Freigabe des Sexualstrafrechts ebenfalls das Wort geredet wurde.<sup>380</sup>

Die Stadtindianer gingen davon aus, dass ein Kind sich auch in Fragen der Sexualität stets frei entscheiden würde, solange Erwachsene die richtige Umgangsweise mit den Kindern

---

373 Dieter F. Ullmann, Bundesversammlung Nürnberg, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 1.

374 Schreiben von Bernd Faller an Die Grünen Bundesvorstand, 2.3. 1983, AGG, C NRW I.1 LaVo/LGSt, 424 (3); Protokoll BAG SchwuP, 11.-13.11. 1983, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

375 Anschreiben Ursula Schwarzenberger als Anlage des Kreisrundbriefs Nr. 17/82 mit Programmwurf, 8.1.1983, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 23.

376 Diverse Schreiben finden sich hier: AGG, G.01 FU Berlin Spezialarchiv Die Grünen, 94 (1/2).

377 Die Grünen, Faltblatt, Zur Kinder und Jugendfrage, AGG, C NRW I.1 LaVo/LGSt, 424 (3).

378 Entwurf eines Schreibens der Bundesgeschäftsstelle der Grünen an die Landesverbände, Kreisverbände und Mitglieder der Programmkommission, o. Datum (1980), HStA Hannover, VVP 56 Acc 5/88 Nr. 54.

379 Protokoll der BAG SchwuP, 7.-9.9.1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

380 Protokoll aus Arbeitsgruppe „Sexualität“, Anhang zum Schreiben von Ursula Schwarzenberger, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 3833.

hätten. Dagegen vorgebrachte entwicklungspsychologisch begründete Einwände wurden von den Stadtindianern dagegen deutlich zurückgewiesen. Die kindliche Sexualität nahm im Gesellschaftsbild der Indianer überhaupt eine zentrale Funktion ein: Der Verlust der frühkindlichen Liebesfähigkeit und die Unterdrückung kindlicher Sexualität wurden als zentrale Mechanismen zur gesellschaftlichen Konditionierung angesehen, welche die gewalttätigen Verhältnisse überhaupt erst ermöglichen würden. Konsum als zentraler Aspekt der kapitalistischen Gesellschaft sei nur durch emotionale Leere zu erklären, die durch die Unterdrückung dieser Sexualität hervorgerufen werde. So seien im kurzen Umkehrschluss alle Institutionen, die sich gegen diese hier negativ definierte Freiheit richten, Bestandteil der systemerhaltenden Strukturen. In dieser Sichtweise sticht ein Schwarz-Weiß-Denken hervor: Auf der einen Seite die graue und grausame Gesellschaft und die verkümmerte Sexualität<sup>381</sup>; auf der anderen Seite die selbstbestimmte, natürliche und gute Kindlichkeit, die sich dem kulturellen Korsett entledigt hat und die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft darstellt. Das Verhältnis zwischen Grünen und Stadtindianern verschlechterte sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre stetig. Zum endgültigen Bruch mit den Nürnberger Grünen kam es 1985. Nachdem die Grünen in der ersten Koalition mit den Sozialdemokraten 1985 Zuschüsse für alternative Projekte durchgesetzt hatten („Alternativtopf“), kam es zum totalen Zerwürfnis mit den Stadtindianern, als diese einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellten, der jedoch durch Interventionen einzelner Lokalpolitiker verhindert wurde. Die Nürnberger Stadtindianer sahen in den Grünen fortan vor allem „Machtgeilheit“ und „Doppelmoral“ sowie den Verrat der Kinderrechte.

#### Wendepunkt: Nordrhein-Westfalen 1985

Als die Grünen die Debatte um das Sexualstrafrecht wieder verstärkt aufnahmen, war der Wendepunkt in der innerparteilichen Debatte schnell erreicht. Die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands im Vorfeld der Landtagswahl 1985 zeigten, welche Wirkung eine generelle und willkürliche Offenheit gegenüber verschiedenster Minderheiten-

---

<sup>381</sup> Rainer Schädlich u. Dieter Bachnick (Red.), „...Alle Schwestern werden Brüder...“, Berlin 1986, S. 237.

positionen entfalten kann: Der sogenannte „Kindersex-Skandal“<sup>382</sup> wurde von den Medien heftig kritisiert und diskreditierte die Grüne Partei zumindest kurzfristig in den Augen der Mehrheitsgesellschaft. In keiner Ausarbeitung zu den Grünen, die in den folgenden Jahren erschienen ist, fehlte das Thema.<sup>383</sup> Diese Debatten, die Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, in der AIDS eine wachsende Rolle spielte, und eine quälende Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung der §§ 175 und 182 StGB wirkten hier nach.<sup>384</sup> Letzteres schuf aus Sicht einiger Aktivisten aus der SchwuP das Gelegenheitsfenster, gleich das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Dadurch wurde die zu diesem Zeitpunkt faktisch darniederliegende Pädophiliedebatte innerhalb der Partei wieder aufgenommen, was aber zur Folge hatte, dass die Offenheit für entsprechende Strafrechtsreformen Mitte der 1980er Jahre zurückging. Denn im Zuge der Debatte kamen auch die gegenteiligen Stimmen zu Wort und diese waren keinesfalls von geringem Gewicht. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte frühere Landesgeschäftsführer der hessischen Grünen, Herbert Rusche, der sich als erster Bundestagsabgeordneter in der Geschichte des bundesdeutschen Parlaments überhaupt offen zu seiner Homosexualität bekannte, machte deutlich, dass die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: „Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen“.<sup>385</sup> In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die bereits 1980 von der Feministin Alice Schwarzer und dem

---

382 Sebastian Haunss, *Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden 2004, S. 221; Hubert Kleinert, *Vom Protest zur Regierungspartei, Die Geschichte der Grünen*, Frankfurt a. M. 1992; Joachim Raschke, *Die Grünen, Was sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 360; Siegfried Uhl, *Die Pädagogik der Grünen, Vom Menschenbild zur Familien- und Schulpolitik*, München 1990, S. 60.

383 Ebd.

384 Der in den 1990er Jahren abgeschaffte § 175 StGB hatte eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren vorgenommen und galt weithin als Symbol für die Benachteiligung Homosexueller, zumal er bis in die 1960er Jahre Homosexualität als solche unter Strafe stellte. Beim § 182 StGB ging es seinerzeit um die „Verführung Minderjähriger“, die straffrei blieb, wenn die beiden Beteiligten hinterher heirateten, weswegen er in seiner Ausgestaltung vielen als prüdes Relikt einer vorvergangenen Sexualmoral galt. Im Jahre 1994 ist das gesamte Sexualstrafrecht zu einer differenzierten Regelung zum sexuellen Missbrauch Jugendlicher verändert worden.

385 Zitiert nach Haunss, *Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden 2004, S. 222.

Sexualwissenschaftler Günter Amendt von der DKP in einem Interview für Emma geäußert wurden.<sup>386</sup> Beide kritisierten die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern, bestritten überdies, dass es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, wiesen stattdessen auf die sexuelle Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin.

Die Pädophiliezirkel verloren jedenfalls im Laufe der 1980er Jahre kontinuierlich an Unterstützung im alternativen Milieu, ebenfalls in der linkspolitischen Schwulenbewegung, die ihre ursprüngliche Solidarität durch die anfangs als gemeinsam empfundene Opferrolle in den „Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression“ aufzugeben begann.<sup>387</sup> Die Konstellation war also ungünstiger geworden, sich im Windschatten der Schwulenbewegung für die Interessen Pädophiler zu engagieren, wenngleich der 1986 gegründete Bundesverband Homosexualität eine entsprechende Forderung noch in sein Grundsatzprogramm aufgenommen hatte.<sup>388</sup>

Auch die bei den Grünen durchaus zahlreich aktiven Schwulen legten zunehmend Wert darauf, mit Pädophilie nicht in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 vermeldete der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule „starken Widerwillen“<sup>389</sup> gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie beziehungsweise die damit verbundene völlige Streichung des Sexualstrafrechts. Diese war jedoch innerhalb der BAG SchwuP noch mehrheitsfähig. Eine knappe Mehrheit hielt es dort für auskömmlich, diesen Abschnitt durch einen neuen § 240a zu ersetzen, der lediglich sexuelle Nötigung unter Strafe stellen sollte, wohingegen die Minderheit dies für keinen hinreichenden Schutz hielt.<sup>390</sup> Der entscheidende Unterschied zum bestehenden Sexualstrafrecht hätte darin bestanden, dass damit ein anderes Rechtsgut geschützt worden wäre. Während die Paragraphen des Sexualstrafrechts die sexuelle Selbstbestimmung schützen, wird im 18. Abschnitt des Strafgesetzbuchs, zu dem die Nötigungsparagraphen zählen, die persönliche Freiheit geschützt. Nötigung selbst setzt

---

386 Vgl. Alice Schwarzer, Alice Schwarzer im Gespräch mit Günter Amendt, Wie frei macht Pädophilie?, in: Emma, 04/1980, <http://www.emma.de/hefte/ausgaben-1980/april-1980/wie-frei-macht-paedophilie-1980/> [eingesehen am 29.8. 2013].

387 Florian Mildnerberger, Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs, Hamburg 2006, hier: S. 160 ff.

388 Politisches Grundsatzprogramm des BVH, 1986, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

389 Protokoll BAG SchwuP, 18-20.5. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5369.

390 Protokoll BAG SchwuP, 3.-5.2. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

die Anwendung von Gewalt oder die Drohung mit einem empfindlichen Übel als zwingendes Tatbestandsmerkmal voraus. Würde man an der Stelle des Sexualstrafrechts allein auf einen Nötigungstatbestand abstellen, hätte es keine Möglichkeit der strafrechtlichen Qualifikation gegeben. Zudem wäre am Ende nicht der Geschlechtsverkehr selbst, sondern die den Geschlechtsverkehr herbeiführende Tat strafbar geworden. Diese Handlung wäre dann zu qualifizieren. Ein Teil der Mehrheitsfraktion, hier in Gestalt eines ehemaligen DSAP-Aktivisten, vertrat dabei sogar die Auffassung, dass ein Einvernehmen vorläge, selbst wenn das Kind verbal wie non-verbal eine ablehnende Haltung signalisierte: „Gerechtfertigt werden soll dies damit, daß diese (jungen) Menschen gar nicht beurteilen bzw. wissen könnten, dass ihnen das zunächst abgelehnte Verhalten gut tun bzw. angenehm sein könnte.“<sup>391</sup> Selten war in der Diskussion bei den Grünen die Position derer so klar erkennbar, denen es vordergründig um die Interessen der Kinder ging, die aber in Wirklichkeit ihre eigenen sexuellen Wünsche und Neigungen auf die Kinder übertrugen.

Ehe sich die SchwuP auf ihre Position verständigt hatte, das Sexualstrafrecht zu streichen und einen § 240a StGB einzufügen, gab es im Vorfeld mehrere Vorschläge aus den Landesarbeitsgruppen. In Hamburg plädierte die Fachgruppe Rosa Biber der GAL dafür, sexuellen Missbrauch nur bei nachgewiesener Schädigung des Opfers unter Strafe zu stellen.<sup>392</sup> Zur Begründung führte man aus: „Sexuelle Handlungen, die im Einvernehmen [...] stattfinden, sind nichts Verwerfliches. Nicht die Sexualität ist zu bestrafen, sondern jede nicht einvernehmliche gewalttätige Handlung gegen andere Menschen, also auch die in Verbindung mit Sexualität begangenen Handlungen.“<sup>393</sup> In der BAG SchwuP hoffte man auf einen Kompromiss mit den Frauen in der Partei, den man für möglich hielt, wenn im Gegenzug ein Antidiskriminierungsgesetz käme.<sup>394</sup> Doch gerade von dort kam erheblicher Widerstand. In Hamburg verwehrte sich die Frauengruppe Wandsbek dagegen.<sup>395</sup> Ähnliche Diskussionen zwischen SchwuP-Aktivisten und Frauengruppen hat es in Berlin und Hessen gegeben,

---

391 Protokoll BAG SchwuP, 3.-5.2. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

392 Für eine freie und vielfältige Sexualität, Diskussionsvorschlag der Fachgruppe Rosa Biber der Grün-Alternativen Liste Hamburg, 4.2.1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5622, 2/2.

393 Ebd.

394 Protokoll der BAG SchwuP, 30.3.-1.4. 1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

395 Gegen eine freie und vielfältige Sexualität, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5622.

jedoch anscheinend mit verminderter Intensität.<sup>396</sup> Doch auch innerhalb der BAG SchwuP selbst war man skeptisch, was die Strafrechtsnovelle anging. Auf der Minderheitsseite waren die beiden Vertreter aus Baden-Württemberg die Wortführer.<sup>397</sup> Einvernehmen bestand freilich auf beiden Seiten unvermindert darüber, dass eine Strafrechtsreform unter Einschluss der Pädophilie betreffenden Paragraphen vorrangig bleibe.<sup>398</sup> Was hier in eine Frage der Taktik einmündete, welche Regelung man zuerst angreifen wolle, kennzeichnete auf der Minderheitsseite einen Prozess des Meinungswechsels, der sich in den kommenden Jahren noch verstärken würde. Nach anfänglicher Solidarität mit den Pädophilen ging man auf Distanz, hielt allenfalls kleinere Reformen für denkbar, betrachtete diese aber als nachrangiges Thema, ehe man schließlich zur energischen Ablehnung von Pädophilie überging. Dieser Entwicklung entzog sich die Mehrheit der BAG SchwuP. Dort vertrat man weiterhin pädophile Interessen, die sie direkt in der Bundestagsfraktion vorbringen konnte. Doch im parlamentarischen Raum fanden die SchwuP-Aktivisten nur wenig Resonanz. Herbert Rusche verwies frühzeitig darauf, dass die Position zu §§ 174 und 176 StGB umstritten sei, dass die Diskussion nicht geführt worden sei in der Partei und dass die Forderung nach Streichung des gesamten Sexualstrafrechts „der 10. Schritt vor dem ersten zu sein“ scheint.<sup>399</sup> Rusche hielt es nur „reell“ für möglich, die §§ 175 und 182 StGB aufzuheben. Darüber hinaus sprach er sich aber auch für eine offene Diskussion für weiter gehende Positionen aus.<sup>400</sup> In der Bundestagsfraktion richtete man daraufhin erst einmal eine Projektgruppe ein.<sup>401</sup> Die SchwuP bekräftigte mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen ihre Position.<sup>402</sup> Als man in der SchwuP feststellte, dass es auch über die Projektgruppe keine Möglichkeit gab, ihre Position in der Bundestagsfraktion durchzusetzen, gab es erneut Streit. Ein Teil der SchwuP plädierte dafür, die kleine Lösung, also die von Rusche als reell bezeichnete Varian-

---

396 Protokoll der BAG SchwuP, 30.3.-1.4. 1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

397 Protokoll BAG SchwuP, 3.-5.2. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

398 Protokoll BAG SchwuP, 3.-5.2. 1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

399 Anlage Herbert Rusche, Meinungsbild zum Sexualstrafrecht, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5622 (2); Ähnlich argumentiert er hier: Herbert Rusche, Die Männer sind oft Technokraten, in: Brigitte Jäger u. Claudia Pinl (Hrsg.), Zwischen Rotation und Routine, Die Grünen im Bundestag, Köln 1985, S. 180-190, hier S. 185.

400 Ebd.

401 Schreiben Hans Hengelein an AK VI, Betr. Projektgruppe Sexualstrafrecht, 10.6.1984, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5622, 2/2.

402 Protokoll BAG SchwuP, 7.-9.9.1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5360.

te, zu akzeptieren. Die Mehrheit jedoch hielt dagegen: „Dem werden die alten Argumente entgegengehalten, daß dies eine Verschlechterung für Mädchen bedeutet, da deren Schutzalter bisher bei 14 liegt, daß dadurch kaum Prozesse weniger werden, daß die Pädos davon nichts haben, daß die Power bei noch mehr Leuten weg ist (Symbolgehalt des 175) usw.“<sup>403</sup>

Doch in der Bundestagsfraktion gab es unvermindert keine pädophiliefreundliche Mehrheit. Also entschied sich die BAG SchwuP zu einem demonstrativen Akt und beschloss Ende 1984, sich organisatorisch von der Bundestagsfraktion zu lösen.<sup>404</sup> Man bekräftigte diese Entscheidung noch zwei Mal und liebäugelte damit, sich organisatorisch stärker an die Partei anzubinden.<sup>405</sup> Wie die Bundesarbeitsgemeinschaften organisiert werden sollten, war ohnehin im Wandel, und eine Verlagerung von der Fraktion zur Partei sollte nach der Bundestagswahl 1987 vollzogen werden.<sup>406</sup>

In der Partei entwickelte sich im Landesverband Nordrhein-Westfalen unterdessen eine Debatte, welche die Position der Grünen zum Sexualstrafrecht nachhaltig prägen sollte. Die dortige Landesarbeitsgemeinschaft SchwuP legte im September 1984 einen Entwurf für das Landeswahlprogramm vor, der die Forderung beinhaltete, die §§ 174-176 StGB zu streichen.<sup>407</sup> Die Passagen waren dabei eingewoben in längere Ausführungen zur Auseinandersetzung um § 175 StGB und zur Diskriminierung Homosexueller insgesamt: „[D]ie Schutzaltersgrenze [...] ist vom Gesetzgeber aufgrund längst überholter ‚wissenschaftlicher‘ Vorstellungen festgelegt worden. Zärtliche Beziehungen suchen und erwidern Kinder und Jugendliche nicht erst wenn sie 14 Jahre alt sind, sondern vielfach schon früher. [Zeichensetzungsfehler im Original] Deshalb darf auch der § 176 StGB nicht aufrecht erhalten bleiben. Für die Gerichte spielt nur der Tatbestand der sexuellen Handlung eine Rolle. Nach der Qualität der Beziehung wird nicht gefragt.“

Im November 1984 wurde den Delegierten des Landesparteitags dieser Entwurf zuge-

---

<sup>403</sup> Protokoll der BAG SchwuP, 7.9.–9.9.1984, AGG, B.II.1, Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 5360.

<sup>404</sup> Protokoll des Treffens der Bundes-AG SchwuP, 16.–18.11.1984, AGG, AGG B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>405</sup> Schreiben Dieter F. Ullmann an Bundesvorstand, 14.3. 1986, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441; Protokoll BAG SchwuP, 27./28.4. 1985, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>406</sup> Protokoll Bundeshauptausschuss, AGG, B.I.1 Die Grünen (198–1993) BuVo/BGSt, 232.

<sup>407</sup> Entwurf der LAG SchwuP für das Landeswahlprogramm NRW, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 1267 (1/2)

leitet.<sup>408</sup> Zur Beratung sollte es aber erst im Januar kommen.<sup>409</sup> Die Grünen debattierten zuvor die parteiintern hoch umstrittenen grundlegenden Fragen nach Rotation oder Koalitionsbereitschaft. Doch auch die Beratung zum Papier der Landesarbeitsgemeinschaft SchwuP war nicht minder konfliktrichtig. Man entschied auf dem Essener Parteitag Ende Januar, eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Sexualität und Herrschaft“ zu bilden.<sup>410</sup> Auf dem Landesparteitag in Lüdenscheid Anfang März 1985 sollte deren Papier vorliegen. Im Vorfeld versendete die LAG SchwuP noch eine umfassende Materialsammlung an alle Delegierten, um für die eigene Position zu werben.<sup>411</sup> Der dann vorgelegte Programmteil „Sexualität und Herrschaft“ enthielt in seinem Entwurf einige in der Arbeitsgruppe umstrittene Passagen, die auch als solche gekennzeichnet wurden.<sup>412</sup> Die Kreisverbände Höxter, Monschau-Simmerath, Eschweiler, Aachen-Land und die Kreistagsfraktion Aachen-Land forderten im Vorfeld von der Landesdelegiertenkonferenz NRW, die Passagen zu Pädophilie nicht zu beschließen.<sup>413</sup> Nach drei Stunden Debatte wurde der Entwurf am Sonntagmorgen dann aber als Arbeitspapier mit 76 zu 53 bei sieben Enthaltungen in geheimer Abstimmung angenommen.<sup>414</sup> Im Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde zwischen Beschlüssen zu Programmen und Arbeitspapieren unterschieden. Programme hatten die Qualität von festgelegten Positionen des Landesverbands. Arbeitspapiere enthielten auch Passagen, die nicht oder noch nicht Teil des Programms waren, weil sie im Landesverband umstritten sind. Das Papier „Sexualität und Herrschaft“ sollte eigentlich als Programm verabschiedet werden.<sup>415</sup> Am Ende sind Teile des Papiers Beschlusstext und Bestandteil des Wahlprogramms geworden. Unumstritten war dabei aber auch die Passage „daß einvernehmliche sexuelle Beziehun-

---

408 Schreiben von Ulrich Schumann, LTW-Rundbrief Nr. 5, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 1267 (1/2).

409 Stellungnahme des Landesvorstandes der Grünen Nordrhein-Westfalen zum Wahlausgang der Landtagswahl am 12.5. 1985, AGG, C NRW LaVo/LGSt 01, 80.

410 Stellungnahme des OV Eschweiler, 6.2. 1985, AGG, C NRW LaVo/LGSt, 368 (2); Antrag Bernd Flury, 8.2. 1985, AGG, C NRW LaVo/LGSt, 368 (2); Stellungnahme der BAG SchwuP zu den Vorgängen um das Programm Sexualität und Herrschaft der Grünen NRW, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 395.

411 AGG, C NRW LaVo/LGSt 01, 395 (3).

412 Ulrich Schumann, Anschreiben an die Delegierten, 1.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 368 (2).

413 Stellungnahme des OV Monschau-Simmerath, AGG, C NRW LaVo/LGSt, 368 (2).

414 Wolfgang Kraushaar, *Bewegte Männer*; Reiner Burger, *Ein Triumph der Päderasten*, FAS, 19.5. 2013; Erklärung LAG SchwuP, 30.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3).

415 Erklärung LAG SchwuP, 30.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3); Ferner: Pressemitteilung des Kreisverbands Die Grünen Recklinghausen, 19.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3).



gen grundsätzlich nicht kriminalisiert werden dürfen. Umstritten ist nur das WIE.<sup>416</sup> Strittig gestellt, aber dennoch im Status eines Arbeitspapier akzeptiert, waren dabei Passagen, wonach „gewaltfreie Sexualität [...] frei sein“ müsse, „unabhängig von Alter, Geschlecht oder anderen Merkmalen“ und die eine Streichung des Abschnitts zum Sexualstrafrecht forderten. Ebenfalls strittig sind jene Passagen gestellt, welche „einvernehmliche Sexualität“ als „eine Form der Kommunikation zwischen Menschen jeglichen Alters, Geschlechts, Religion oder Rasse“ bewerten.<sup>417</sup> Offen gehalten wurde die Frage, wie das Strafrecht reformiert werden sollte. Dabei wurde konkurrierend die Streichung von § 175 StGB oder die Streichung von §§ 174-176 StGB gegeneinander gestellt, beide Lösungsansätze aber im Sinne des Arbeitspapiers akzeptiert.<sup>418</sup> Demnach waren also Teile des Papiers nicht programmatische Aussagen der Partei, wohl allerdings akzeptierte Positionen innerhalb der Partei. Im unmittelbaren Anschluss an die Abstimmung unterzeichneten zahlreiche Delegierte eine Erklärung, wonach sie „aus Sorge um unsere Kinder“ an der Altersgrenze von 14 Jahren festhielten und in Anbetracht des Beschlusses einen Arbeitskreis „Schutz für Kinder und Jugendliche“ einrichten wollten.<sup>419</sup> Nun hatten die Grünen in ermüdenden Debatten ihr über 650 Seiten starkes Wahlprogramm auf mehreren Landesparteitagen beraten. Die Medienvertreter hätten die Sprengkraft des Beschlusses möglicherweise sogar übersehen, hätten sich in der spitzfindigen Differenzierung zwischen Beschluss und Arbeitspapier wohl verloren und rasch den Überblick verloren. Doch ein anwesender Vertreter des SPD-Landesverbands witterte die Chance zur Skandalisierung.<sup>420</sup> Die Sozialdemokraten, die wegen der Grünen um ihre 1980 erstmals errungene absolute Mehrheit fürchteten, hatten daran ein veritables Interesse. Und die Medienvertreter zwischen Rhein und Ruhr griffen den Beschluss begierig auf. Das verheerende Medienecho<sup>421</sup> und massive Proteste aus zahlreichen Kreisverbänden<sup>422</sup>

---

<sup>416</sup> Betrifft Sexualität und Herrschaft, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3).

<sup>417</sup> Ebd.

<sup>418</sup> Ebd.

<sup>419</sup> Pressemitteilung des Ortsverbands Neukirchen-Vluyn, 11.3. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 105 (3); Persönliche Erklärung zum verabschiedeten Programmteil „Sexualität und Herrschaft“, C NRW LaVo/LGSt, 105 (3).

<sup>420</sup> O.V., Willkommener Wahlkampfschlager für die SPD, in: taz, 11.03. 1985.

<sup>421</sup> Martin Dannecker sprach bemerkenswerterweise davon, dass „Kübel von Sud“ über die Grünen ausgegossen worden seien, obwohl seiner Meinung nach die Thesen „diskussionswürdig, wenn nicht gar vernünftig seien“. Martin Dannecker, Bemerkungen zur strafrechtlichen Behandlung der Pädosexualität, in: Herbert Jäger u. Eberhard Schorsch (Hrsg.), Sexualwissenschaft und Strafrecht, Stuttgart, S. 71-83, hier S. 82.

<sup>422</sup> Siehe die diversen Schreiben in: AGG, C.I.1 NRW LaVo/LGSt 01, 105 (3).

veranlassten den Landesvorstand, den Landeshauptausschuss einzuberufen.<sup>423</sup> Dort entschied man sich, die Beschlüsse von Lüdenscheid zunächst auszusetzen und eine neuerliche Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen, um den Beschluss auch in formaler Hinsicht zu korrigieren.<sup>424</sup> Das Einladungsschreiben an die Delegierten sparte nicht mit Appellen hinsichtlich der Wichtigkeit der Konferenz und der Erfordernis, den Beschluss zu ändern.<sup>425</sup> Am 30.3.1985 folgten die Delegierten dann bei einer Gegenstimme und nach heftigster Auseinandersetzung mit den angereisten Stadtindianern der Linie des Landeshauptausschusses.<sup>426</sup> Es war „die Stunde der Spinner und Psychopathen“, wie der Zeit-Autor Gerd Spörl schrieb. „Ein älteres Mitglied schreit ins Mikrofon: ‚Nehmt Kontakt auf zu Eurem Unterbewußtsein. In jedem von uns steckt ein Mörder, ein Pädophiler, eine Prostituierte.‘ Hysterisch schreiende Frauen belagern das Podium. Kinder und Jugendliche ver mummt mit roten und schwarzen Kapuzen, steigen auf den Präsidiumstisch. Die Nürnberger ‚Stadtindianer‘, eine Kommune, in der offensichtlich psychisch gestörte und verwahrloste Kinder mit Erwachsenen zusammenleben, legen den Parteitag lahm. Niemand weiß, wie man sie loswerden soll. Die Polizei oder – sinnvoller – die Psychologen zu holen, fällt keinem ein.“<sup>427</sup> Die Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen hatte mutmaßlich mit zum Scheitern an der 5%-Hürde bei der Landtagswahl 1985 beigetragen. Einige Aktivisten der Landesarbeitsgemeinschaft SchwuP zogen sich daraufhin aus der Partei zurück<sup>428</sup> und auch für die BAG SchwuP wurde es zunehmend schwierig. In der Bundestagsfraktion wurde eine Arbeitsgruppe Kinderschutz eingerichtet, um bewusst einen Kontrapunkt in der Debatte zu setzen<sup>429</sup>, und gegenüber der Bundesarbeitsgemeinschaft SchwuP wird in einem Gespräch

---

423 Presseerklärung der Grünen NRW, 11.3. 1985, AGG, C.I.1 NRW LaVo/LGSt 01, 105 (3).

424 Protokoll des Landeshauptausschusses in Dortmund, AGG, C.I.1 NRW LaVo/LGSt 01, 105 (2).

425 Michael Happe u. Ingrid Maas für Die Grünen Landesvorstand NRW, Rundschreiben für die Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz, AGG, C NRW I, LaVo/LGSt, 1267 (1/2).

426 O.V., Altersschutzgrenze für Kinder und Jugendliche, in: taz, 01.04. 1985; Ekkehard Kohrs, Scharfer Senf, schallende Ohrfeigen und eine handfeste Prügelei; Lothar Bewerunge, Ein nicht gewaltfreier Parteitag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.04. 1985.

427 Gerd Spörl, Die lange Schonzeit läuft ab, in: Die Zeit, 05.04. 1985.

428 Holger Majchrzak, SchwuP und weg, in: Guckloch Nr. 5/1985, S. 22–23; Schreiben von Frode Kaiser an Leserbriefverantwortlichen bei der Taz und an die Grünen NRW, 01.04. 1985, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/ Parteien, Grüne, 1.

429 Gesprächsvermerk „Kinderschutzgruppe“, Unter-AG des AK III, AK-übergreifend, AGG, B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983–1990), 3835.

nochmals die Ablehnung ihrer Position deutlich gemacht.<sup>430</sup> Bereits formulierte Positionen mit ähnlicher Intention wie im SchwuP-Papier in Nordrhein-Westfalen wurden daraufhin in den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern zurückgedrängt und gelangten nicht in die Wahlprogramme.<sup>431</sup> Einzelne Landes- und Kreisverbände forderten, sich von den Pädophilieaktivisten zu trennen.<sup>432</sup> In der Parteizeitschrift *Grüner Basisdienst* und in der Bundestagsfraktion wurde das Thema sexueller Missbrauch aufgegriffen.<sup>433</sup> Ins Programm der Grün-Alternativen Liste in Göttingen gelangte zur Kommunalwahl 1986 zwar noch eine hochgradig missverständliche Forderung, diese wollte indes nicht das absolute Schutzniveau des § 176 StGB aufweichen.<sup>434</sup>

Mit pädophiliefreundlichen Positionen wollte man sich nicht mehr gemein machen. Einzelne Landes- und Kreisverbände forderten gar, sich von den Pädophilieaktivisten zu trennen.<sup>435</sup> Die SchwuP in Nordrhein-Westfalen hielt das für eine homophobe Attacke<sup>436</sup> und versuchte so an den alten Minderheitendiskurs anzuschließen, was ihr aber nicht mehr so recht gelang. Der Diskurs in der Partei hatte sich verändert. Attacken der SchwuP auf Bundesebene, in Nordrhein-Westfalen und Hessen, sowie des Schwulenbereichs der Berliner AL gegen den im Grünen Basisdienst laufenden Diskurs zum sexuellen Missbrauch<sup>437</sup> blieben folgenlos und zwar in einem doppelten Sinne. Man sah sich nicht bemüßigt, in irgendeiner Weise auf die SchwuP zu reagieren.

---

430 Josef Boyer/Helge Heidemeyer, Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 14/III, Die Grünen im Bundestag, Sitzungsprotokolle und Anlagen, Düsseldorf 2008, S. 814.

431 Protokoll des LAK Homosexuelle und Transsexuelle, 22./23.06.1985, AGG, C Bayern I LaVo/LGSt, 120; Antragsbuch zur Landesversammlung, 10.-12.5.1985, Zusendung Bündnis 90/Die Grünen Bundesgeschäftsstelle; Protokoll des LAK Homosexuelle und Transsexuelle LV Bayern, 18.05. 1985, AGG, C Bayern I, 120.

432 Schreiben Lutz Schmelzer an Landesgeschäftsstelle der Grünen NRW, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441; Erklärung des Landesvorstands der Grünen Niedersachsen, 02.07. 1985, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441; Antrag des Kreisverbands, unterzeichnet von Peter Tolkien, 30.08. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt 01, 105 (2).

433 Gudrun Kern, Ein mehr als zweifelhafter Genuß, in: *Grüner Basisdienst* 4/1985, S. 45; Schreiben von Sabine Bard an alle Mitglieder der Fraktion vom 23.05. 1985 sowie handschriftliche Bitte an Dagmar Kempf o. Datum., AGG, B II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990), 5628.

434 Programm der Grün-Alternativen Liste, GAL Göttingen, Privatarchiv Landesverband Niedersachsen Bündnis 90/Die Grünen, Ordner Dokumentation Grüne Politik Wahlprogramme Nds.

435 Schreiben Lutz Schmelzer an Landesgeschäftsstelle der Grünen NRW, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441; Erklärung des Landesvorstands der Grünen Niedersachsen, 02.07. 1985, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441; Antrag des Kreisverbands, unterzeichnet von Peter Tolkien, 30.08. 1985, AGG, C NRW I LaVo/LGSt 01, 105 (2).

436 Erklärung LAG SchwuP, Zum Antrag Minden betreffs Päderastie, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441.

437 Stellungnahme der BAG SchwuP, der LAG SchwuP NRW, des AL-Schwulenbereich, der LAG Schwule Hessen, Kindliche Erfahrung mit Pädophilen?, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 441, gleichlautend zu finden unter: AGG, B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt, 186.

Nachdem die Bundesdelegiertenversammlung im Mai 1986 dann Forderungen der BAG SchwuP für das Wahlprogramm zur Päderastie abgelehnt hatte, stellte man in deren Reihen ein wenig frustriert fest: „Die BAG SchwuP ist programmatisch geschwächt, weil u.a. die Frauen als Parteimacht stärker und wirkungsvoller agieren können. Deren Positionen zum Thema ‚Sexualstrafrecht‘ scheinen unversöhnlich gegensätzlich zu unseren Vorstellungen, Ein Austausch oder eine Diskussion zum Thema findet nicht statt.“<sup>438</sup> Die SchwuP war innerparteilich isoliert, gleichzeitig war mit dem Thema AIDS ein neues, drängendes schwulenpolitisches Thema entstanden. Als nach der Bundestagswahl 1987 die Bundesarbeitsgemeinschaften neu organisiert werden sollten, wetteiferten die bisherige BAG SchwuP und der Landesarbeitskreis Schwule der Grünen Baden-Württemberg darum, eine entsprechende Struktur für Schwulenpolitik durchzusetzen. Während die BAG SchwuP ihre bisherige Arbeit als Arbeitsgemeinschaft der Partei fortsetzen wollte,<sup>439</sup> unterbreiteten die Baden-Württemberger dem Bundeshauptausschuss Vorschläge, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren und sich dezidiert von der BAG SchwuP zu trennen. Den Protagonisten der SchwuP, allen voran Dieter F. Ullmann, dämmerte, dass das starke Engagement Baden-Württembergs es endgültig unmöglich machen würde, die pädophilen Positionen überhaupt irgendwann wieder einzubringen, schließlich galt der Arbeitskreis der Südwest-Grünen als „jedes Pädöismus unverdächtig“.<sup>440</sup> Am Ende hatte die von Volker Beck in seiner Eigenschaft als Sprecher des baden-württembergischen Arbeitskreises eingebrachte Initiative Erfolg.<sup>441</sup>

#### Exkurs: Volker Beck: Promotor der Wende?

Der spätere Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, hat sich in der jüngeren Gegenwart dennoch für sein einstiges Agieren in der Pädophiliedebatte rechtfertigen müssen. Am weitesten reichen die Anschul-

---

<sup>438</sup> Protokoll BAG SchwuP vom 28.-30.06.1986, AGG B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>439</sup> Schreiben an BHA von BAG SchwuP, namentlich Dieter F. Ullmann, 5.11. 1986, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441-.

<sup>440</sup> Dieter F. Ullmann, Der Anfang lag im Deutschen Herbst, in: BVH Magazinchen, Nr. 4/1989, S.66–78, S. 76.

<sup>441</sup> Antrag LAK Schwule an BHA, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441; BAG Schwulenpolitik, Günter Dworek, Anerkennung der BAG Schwulenpolitik, Antrag an Bundeshauptausschuss, 20.06. 1987, AGG, B.I.10 Bündnis 90/Die Grünen BuVo/BGSt, 600.

digungen, Beck sei Sprecher der BAG SchwuP gewesen.<sup>442</sup> Beck ist Mitglied der Grünen seit 1985. Die Liste der Koordinatoren seit Ende 1984 ist gut dokumentiert.<sup>443</sup> Sein Name findet sich darauf ebenso wenig wie in den Adresslisten der Arbeitsgemeinschaft. Auch eine von der SchwuP erstellte Referentenliste für die anstehende Bundestagswahl 1987, die an alle Landesgeschäftsstellen versendet werden sollte, kommt ohne Becks Namen aus.<sup>444</sup> Eine Funktion in der SchwuP hat Beck somit anscheinend nicht ausgeübt.

Auch eine relevante Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft lässt sich nicht rekonstruieren. Nun sind die Protokolle nicht immer mit einer Anwesenheitsliste versehen worden. Allerdings findet sich sein Name auch nicht anderweitig in den Protokollen. Hinzu kam, dass in der Regel andere den Landesverband Baden-Württemberg, dem Beck zu diesem Zeitpunkt angehörte, in der SchwuP vertreten haben. Lediglich für die Sitzung am 5.9.1986 ist verbrieft, dass Beck daran teilgenommen hat. Er berichtete dort über die laufenden Debatten im Landesarbeitskreis Schwule der Grünen in Baden-Württemberg. Entscheidend ist aber, dass diese Sitzung stattfand, nachdem man im Südwesten am 31.7.1986 beschlossen hatte, sich von der SchwuP zu lösen und dorthin keinen Vertreter mehr zu entsenden.<sup>445</sup> Deswegen nahm Beck ausdrücklich nur als Gast teil und wird im Protokoll sogar an einer Stelle als „beobachtender Gast“ titulierte.<sup>446</sup> Beck war zudem auch nur an einem der beiden Sitzungstage anwesend, vor allem anscheinend, um den Sachstandsbericht über die Position seines Landesverbands hinsichtlich der Reorganisation der Schwulenpolitik bei den Grünen abzugeben. Die Position der Baden-Württemberger war ausdrücklich mit der Strafrechtsdebatte in der SchwuP begründet worden, weil diese auch die Wahlaussage zur Bundestagswahl 1987, „Streichung des § 175 StGB“, konterkariert habe.<sup>447</sup>

Strittig ist seine Rolle als Mitglied beziehungsweise Vorstandsmitglied des Bundesverbands

---

<sup>442</sup> Susanne Klaiber, Bricht der Pädophilie-Skandal den Grünen das Genick?, in: Focus, 24.07. 2013, online einsehbar unter [http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-32514/kritik-kurz-vor-der-bundestagswahl-bricht-der-paedophilie-skandal-den-gruenen-das-genick\\_aid\\_1052339.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-32514/kritik-kurz-vor-der-bundestagswahl-bricht-der-paedophilie-skandal-den-gruenen-das-genick_aid_1052339.html), 24.7.2013 [eingesehen am 21.08. 2013].

<sup>443</sup> BAG SchwuP, Rundbrief Nr. 12, 19.09. 1986, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>444</sup> Schreiben von Dieter F. Ullmann an Die Grünen Landesgeschäftsstellen und Wahlkampfkommissionen, 09.09. 1986, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>445</sup> Erwiderschreiben Ralf Harth an Stefan Schilde, 30.07. 1986, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

<sup>446</sup> Protokoll BAG SchwuP, 05./06.09. 1986, AGG, B.I.1, 441.

<sup>447</sup> Antrag LAK Schwule an BHA, AGG, B.I.1 Die Grünen (1980–1993) BuVo/BGSt, 441.

Homosexualität in den Jahren 1989 und 1990.<sup>448</sup> Der Verband hatte sich in seinem 1986 verabschiedeten Grundsatzprogramm unter anderem für eine Abschaffung des § 176 StGB ausgesprochen, weil dieser „selbst solche sexuellen Beziehungen zu unter 14-jährigen“ kriminalisiere, „die von den Beteiligten gewollt und deshalb nicht strafwürdig sind.“<sup>449</sup> Die Frage, ob und vor allem wie man sich für die Belange Pädophiler einsetzen sollte, war gleichwohl im BVH von Anfang an umstritten.<sup>450</sup> Wiederholt gab es im BVH Kontroversen, wie man mit Arbeitsgruppen zum Thema Pädophilie umgehen sollte. Im Beirat des BVH kam es im Juli 1989 zu einem lebhaften Streit, weil sich in Dortmund die örtliche Mitgliedsgruppe des BVH geweigert hatte, eine solche Gruppe in ihren Räumen tagen zu lassen. Mehrheitlich kritisierte das der Beirat, allerdings legten zwei enge Vertraute Beck, Günter Dworek und Manfred Bruns, dagegen ein Minderheitenvotum vor.<sup>451</sup> Die mangelnde Bereitschaft einer Bremer Schwulenzeitung, einer Pädophiliegruppe Platz einzuräumen, wertete der Vorstand 1989 als „Pädo-Feindlichkeit“.<sup>452</sup> Beck gehörte zu diesem Zeitpunkt zwar dem Vorstand an, war allerdings in der Sitzung nicht anwesend, die diesen Beschluss fasste.

Immer wieder werden Zweifel geäußert, ob Beck sich von solchen und ähnlichen Positionen in jener Zeit distanziert hätte.<sup>453</sup> Fest steht, dass es innerhalb des Vorstands eine grundlegende inhaltlich-strategische Konfliktlinie gab<sup>454</sup>, bei der Beck zur Minderheit gehörte und sich deswegen auch im Frühjahr 1990 eines Abwahantrags zu erwehren hatte.<sup>455</sup> Er hatte überdies den Versuch unternommen, eine Resolution des Verbands zur deutschen Einheit<sup>456</sup> so zu deuten, dass mit dieser der „ideologische Ballast der Uraltforderung nach Abschaffung des Sexualstrafrechtes“ ad acta gelegt sei.<sup>457</sup> Seine Zufriedenheit darüber, die ja ihrerseits

---

448 Ann-Katrin Müller u. Christian Teevs, Das grüne Gedächtnis, in: Der Spiegel, 23.09. 2013, S. 34–35, hier S. 35.

449 Politisches Grundsatzprogramm des BVH, 1986, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

450 Für die Gründungszeit: Protokoll des 2. Koordinierungstreffens, 21.-23.3.1986 in Köln (Vor der Gründung), HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-; exemplarisch die Kontroverse zwischen Beck und Dworek 1988/89: Gernot Beck, Thesen zum sogenannten Sexualstrafrecht, in: BVH Magazin, Nr. 8/1988, S. 6–10; Günter Dworek, Kritik der sog. Thesen zum Sexualstrafrecht, in: BVH Magazin, Nr. 1/1989, S. 23–25.

451 Protokoll BVH-Beirat 08.-09.07. 1989, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

452 Protokoll BVH-Vorstand, 04.03. 1990, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

453 Leserbrief von Sabine Mehlem und Jürgen Wolff, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.09. 2013.

454 Stefan Etgeton, Epitaph auf die Schwulenzbewegung, in: taz, 08.08. 1989.

455 Protokoll Mitgliederversammlung BVH, 21./22.04. 1990, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

456 Schwule und die Vereinigung von DDR und BRD, in: BVH-Magazin Nr. 3/1990, S. 6.

457 Volker Beck, Die Richtung stimmt!, in: BVH-Magazin Nr. 3/1990, S. 2–3.

seine distanzierte Haltung zum Thema bekräftigte, blieb nicht ohne Widerspruch.<sup>458</sup>

Auf offene und eindeutig erkennbare Distanz ging Beck zudem 1993, als er einer der Bundessprecher des damaligen Schwulenverbands SVD (des heutigen LSVD) geworden war.<sup>459</sup>

Der SVD war eigentlich eine Gründung in der DDR. Der aus dem BVH stammende Flügel um Dworek, Bruns und Beck schloss sich dem Verband an und betrieb aktiv dessen Ausweitung auf Westdeutschland und stellte somit bis zu dessen Auflösung ein Gegengewicht zum BVH dar. Ein entscheidender Unterschied zum BVH war dabei die Abgrenzung zu Pädophilen.<sup>460</sup> Im BVH hatte es nach Becks Ausscheiden aus dem Vorstand hingegen verstärkt Aktivitäten gegeben, sich für die Belange Pädophiler einzusetzen. Dazu wurde eine Broschüre zum Thema geplant<sup>461</sup>, eine Arbeitsgemeinschaft Pädophilie eingerichtet und eine regelmäßige Pädophilenseite ins Mitgliedermagazin aufgenommen.<sup>462</sup>

Beck kann in Bezug auf die Entwicklung vom BVH zum SVD schwerlich eine wachsende Distanzierung in Abrede gestellt werden. Es bleibt somit substantiell nur ein Vorwurf übrig: Beck wird als Autor des 1988 erschienenen Beitrags „Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik“<sup>463</sup> geführt, der für eine Entkriminalisierung des Sexualstrafrechts plädiert. Dabei werden aber ausdrücklich nicht jene Argumente akzeptiert, die von einem „angeblich essentialistisch beim Kind vorhandene(n) Bedürfnis nach Sexualität“ ausgehen. Eine mögliche Reform des Schutzalters oder eine Strafabsehensklausel wird an drei Bedingungen geknüpft. Die erste ist ein sexualpolitisches Klima, welches eine solche Debatte zuließe. Die zweite – als eindeutige *Conditio sine qua non* formuliert – ist die vorherige Abschaffung des seinerzeit Homosexuelle diskriminierenden § 175 StGB.<sup>464</sup> Damit einher geht drittens, dass weder das Sexualstrafrecht ganz beseitigt werden noch dass es eine völlige Aufgabe des Schutzalters geben soll. Die Pflicht, eine neue Re-

---

<sup>458</sup> Ralf Dorschel, Den Weg in den Arsch der Rechten erkämpfen, in: BVH-Magazin Nr. 3/1990, S. 3; Wolfram Setz, Was stimmt noch für V.B.?, in: BVH-Magazin Nr. 3/1990, S. 4.

<sup>459</sup> Burghard Richter, Der SVD antwortet dem VSG, ohne Datum (1993), ASM, Katalog Deutsche Städte, München: VSG.

<sup>460</sup> Ralf Dorschel, Die netten Homos von nebenan, in: BVH-Magazin, Nr. 2/1991, S. 27–28. Wolfram Setz, SVD gegen BVH, in: BVH-Magazin, Nr. 2/1991, S. 29–30.

<sup>461</sup> Schreiben von Fritz (Kröhnke?) an Vorstand und Beirat des BVH, 22.10. 1990, HISArch, Bestand Andreas Salmen, Ordner BVH 1985-.

<sup>462</sup> Paul und Wolfgang, Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, in: BVH-Magazin, Nr. 4/1991, S. 19–20.

<sup>463</sup> Angelo Leopardi (Hrsg.), Der Pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner, Berlin 1988, S. 255–268.

<sup>464</sup> Ebd., S. 264

gelung fundiert zu begründen, wird zugleich an jene zurückgespielt, die auf eine Änderung drängen. Als wenig pädophilenfreundlich nahm das Dieter F. Ullmann in einer Rezension des Sammelbands auf.<sup>465</sup>

Beck bestreitet nicht, einen solchen Beitrag abgefasst zu haben und hat sich auch wiederholt, frühzeitig und deutlich von den strittigen Thesen in dem Beitrag distanziert.<sup>466</sup> Allerdings verweist er im gleichen Atemzug regelmäßig darauf, dass der Beitrag ohne sein Wissen redigiert und dann veröffentlicht worden sei. Deswegen sei es auch zum Rechtsstreit mit dem Verlag gekommen und er habe seinerzeit eine weitere Auflage zu verhindern versucht, darüber existierten jedoch keinerlei Unterlagen. Auch ein anderer Autor hat dem mittlerweile verstorbenen Herausgeber des Werkes ähnliche Vorwürfe gemacht<sup>467</sup> und dadurch Becks Argumentation gestützt.

Im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung findet sich die Kopie eines nicht ganz vollständigen Manuskripts dieses Beitrags.<sup>468</sup> Abgesehen von geringfügigen redaktionellen Änderungen ist das Manuskript identisch mit dem abgedruckten Text. Verändert worden ist der einleitende Absatz, wobei es keine inhaltliche oder sinnverändernde Umformulierung gegeben hat, eine Zwischenüberschrift wurde vereinfacht, ein unbedeutender Nachsatz („und die Revolution, na ja...“) gestrichen, ein Semikolon durch einen Gedankenstrich ersetzt und ein Rechtschreibfehler, sowie ein typographischer Fehler korrigiert. Ansonsten sind in dem Manuskript vorgenommene handschriftliche Korrekturen, die Einfügung eines einzelnen Wortes („gerade“) oder auffällige Rechtschreibfehler auch in der Buchfassung zu finden. Anders ausgedrückt: Bei dem Manuskript handelt es sich anscheinend um die eingereichte Fassung.

Volker Beck hat in der Zwischenzeit eingeräumt, dass es sich um das Originalmanuskript handle, jedoch die Veränderung der Überschrift und der Zwischenüberschrift zum Anlass genommen, seine Position nochmals zu stützen, dass gegen seinen Willen das Manuskript

---

<sup>465</sup> Dieter F. Ullmann, Der pädosexuelle Komplex, in: Rosa Flieder, Nr. 62, Dezember 1988/Januar 1989, S. 40.

<sup>466</sup> Volker Beck, Sexuellen Missbrauch bekämpfen. volkerbeck.de, 06.06. 2006, online einsehbar unter <http://www.volkerbeck.de/artikel/060606-sexuellen-missbrauch-bekaempfen/> [eingesehen am 21.08. 2013].

<sup>467</sup> Matthias Kamann, Beistand für Volker Beck im Pädophilie-Streit, in: Die Welt, 26.05.2013, online einsehbar unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116529890/Beistand-fuer-Volker-Beck-im-Paedophilie-Streit.html> [eingesehen am 09.08. 2013].

<sup>468</sup> AGG, G.01 FU Berlin, Spezialarchiv „Die Grünen“, 97.



verändert worden und dadurch seine kritische Position konterkariert worden sei.<sup>469</sup> Freilich fallen die Veränderungen der Überschriften inhaltlich nicht ins Gewicht. Die eigentlich schwierigen und problematischen Aussagen sind ohnehin im Fließtext zu finden. Weit überwiegend und vor allem hinsichtlich seiner zentralen inhaltlichen Aussagen ist das Manuskript also identisch mit der Druckfassung. Alles in allem spricht sehr viel dafür, dass sich Beck den im Sammelband abgedruckten Beitrag und die zentralen Aussagen zurechnen lassen muss.

Allerdings legt Beck auch Wert darauf, dass er den Text nicht autorisiert habe. Wenn – ganz gleich aus welchem Grund – eine solche Autorisierung des Textes nicht vorlag, so kann man ungeachtet der Existenz des Manuskripts und seiner Deckungsfähigkeit zum gedruckten Text Beck noch zugutehalten, dass er die aufgeschriebenen Wendungen ursprünglich dann doch nicht publiziert wissen wollte. Man mag die von Beck getätigten Gedankenspiele missbilligen, aber dann wäre nicht beabsichtigt gewesen, sie zu veröffentlichen.

Während also die Vorwürfe an Beck bezüglich seiner Verbindung zur SchwuP haltlos oder unberechtigt erscheinen, seine Arbeit im BVH in Verbindung mit seinem Engagement im SVD eine Distanzierung von pädophilen Forderungen erkennen lässt, ist sein Artikel aus dem Jahr 1988 nicht unproblematisch. Er übernimmt darin zwar ausdrücklich nicht die Maximalposition aus der Pädophilenbewegung, kommt dieser jedoch ein Stück entgegen, wobei er das an eine Reihe von Voraussetzungen knüpft. Die entscheidende Frage ist nunmehr daher nicht die Urheberschaft des Textes selber, sondern, ob der Autor tatsächlich die Veröffentlichung nicht autorisiert hat, was gegenwärtig nicht zu klären ist.

### Trennung von SchwuP

Als sich die grüne Bundespartei mit der Gründung einer „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik“ endgültig von der bisherigen AG SchwuP löste, erkannte der Spitzenkader der Pädophiliebewegung, Dieter F. Ullmann, wütend die Niederlage seiner Gruppe an und warf der Alternativ- und Ökobewegung „15 Jahre Distanzierungstango“ in der „Pädofrage“

---

<sup>469</sup> Thorsten Knuf, Nach Jürgen Trittin nun Volker Beck, in: Frankfurter Rundschau, 19.09. 2013, online einsehbar unter <http://www.fr-online.de/bundestagswahl---hintergrund/gruene-und-paedophilie-debatte-nach-juergen-trittin-nun-volker-beck,23998104,24376272.html> [eingesehen 20.09. 2013].

vor.<sup>470</sup> Auch wenn das für die zurückliegenden Jahre ein wenig übertrieben war, markierte es das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei zu diesem Zeitpunkt treffend.

Seit der öffentlichen Auseinandersetzung um den Beschluss in Nordrhein-Westfalen war die Partei sensibilisiert. Eine Wendung zur Abschaffung oder Aufweichung der §§ 174 und 176 StGB ließ sich kaum noch in ein Wahlprogramm einbringen. Allerdings darf diese Entwicklung nicht darüber hinwegtäuschen, dass pädophile Positionen bei den Grünen weiterhin vertreten wurden, wenngleich sie zum Leidwesen der Aktivisten eben nicht mehr mehrheitsfähig waren<sup>471</sup> oder auf Kritik und korrigierenden Widerspruch stießen.

Im August 1987 stellte der Bundesvorstand eine Broschüre zur Jugendpolitik vor. In dieser wurde zwar auf die Opfer sexueller Gewalt eingegangen, zugleich aber auch gefordert, dass „sexuell abweichende Lebensformen“ weder ausgegrenzt noch kriminalisiert werden dürften, woraus schließlich die Forderung abgeleitet wurde, dass Kinder und Jugendliche „ihre Sexualität frei von Angst entwickeln können“ sollten und dass in „der öffentlichen Erziehung [...] abweichende Formen der Sexualität nicht länger diskriminiert werden“ dürften.<sup>472</sup> Die gewählte Formulierung war nach den vorherigen Debatten in der Partei mindestens missverständlich und auch die Präsentation der Broschüre in Anbetracht dessen ebenfalls missglückt, wie einer der Autoren der Broschüre freimütig einräumte.<sup>473</sup> Auf jeden Fall gab es Kritik an dem Text: Der Jugendbereich der AL Berlin, die Grünen Hessen und andere beschwerten sich darüber.<sup>474</sup>

Die Bereitschaft zum Widerspruch und die Reflexionsfähigkeit der Partei hatten zugenommen, was auch am Landesarbeitskreis Kinder und Jugendliche Baden-Württemberg deutlich wird. Dieser war 1985 nach dem Landesparteitag noch irritiert darüber, wie wenig Verständnis man seiner Position entgegen gebracht hatte. Als er jedoch begann, sich mit

---

470 Dieter Ullmann, 15 Jahre Distanzierungstango. Die Pädofrage, in: Rosa Flieder 6/1988.

471 Kurt Hartmann u. Manfred Herzer, Thesen zur grünen Schwulenpolitik 1987ff, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 3.

472 Die Grünen, Alles verändert sich, wenn du es veränderst, Broschüre zur Jugendpolitik, AGG, A Joachim Raschke, 38; Siegfried Uhl, Die Pädagogik der Grünen, Vom Menschenbild zur Familien- und Schulpolitik, München 1990, S. 60.

473 Markus Schnapka, Stellungnahme zum grünen Streit um die Jugendbroschüre, Gegen autoritäre Totalzensur, 07.09.1987, AGG, C NRW I.1 LaVo/LGSt, 10.

474 Eva Quistorp, Jugendpolitik der Grünen nur für und mit wenigen Jugendlichen?, 09.09.1987, AGG, C NRW I.1 LaVo/LGSt, 10.

der Arbeit des Opferhilfevereins Wildwasser auseinanderzusetzen, gelangte man zu der Erkenntnis, dass man möglicherweise „bisher von falschen Voraussetzungen ausgegangen“<sup>475</sup> war und mithin die bisherigen Positionen überdenken müsse. Die Grundsatzdebatte darüber schob man noch ein wenig vor sich her.<sup>476</sup> In Hinblick auf das Programm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1988 gelangte man aber zu der Erkenntnis, dass eine Beibehaltung der Schutzaltersgrenze in § 176 StGB „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ zu befürworten sei,<sup>477</sup> womit man bereits auf der Linie des späteren Bundeshauptausschussbeschlusses lag.

Die Entscheidung des Bundeshauptausschusses der Grünen 1989, sich mit der endgültigen formellen Anerkennung der BAG Schwulenpolitik deutlich von pädophilen Positionen zu distanzieren,<sup>478</sup> missbilligte die Hamburger Rosa Biber Fraktion<sup>479</sup>, die wie zuvor in der BAG SchwuP, sodann in der neuen BAG Schwulenpolitik mitarbeitete und dort weiterhin ihre – nunmehr aber nicht mehrheitsfähigen – Positionen vertrat. Im Berliner Landesverband räsionierte man noch bis 1994 darüber, ob es einvernehmliche Sexualbeziehungen zwischen Kindern und Jugendlichen geben könnte.<sup>480</sup> Doch solche Stimmen waren selten geworden und die Entscheidung im Bundeshauptausschuss, dem höchsten beschlussfassenden Gremium zwischen den Parteitagern, erging einstimmig und war auf dem Höhepunkt der Strömungsauseinandersetzungen daher eindeutig.<sup>481</sup>

Der Bruch mit der BAG SchwuP war mit der Gründung der BAG Schwulenpolitik hingegen nicht total. Einige Akteure aus der vorherigen SchwuP mischten weiter mit. Allerdings blieb der Spitzenrepräsentant der Pädophilieaktivisten bei den Grünen, Dieter F. Ullmann, der BAG Schwulenpolitik fern. Dafür wurden die Aktivisten der vorherigen BAG SchwuP wie der LAG SchwuP in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich mit ihren Anliegen zum Sexual-

---

475 Schreiben Gerhard Krusat an LAK, 26.04.1987, AGG, C BaWü I.1 LaVo/LGSt, 156 (2).

476 Brief von Hildegard Jacobi an LAK, 12.02.1988, AGG, C BaWü I.1 LaVo/LGSt, 156 (2).

477 Protokoll der Sitzung des LAK Schwule, 17.05.1987, AGG, C BaWü I.1 LaVo/LGSt, 157 (2).

478 Protokoll der BHA-Sitzung, 22./23.04.1989, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993, 255; Schreiben an Bundeshauptausschuss, AGG, B.I.10 Bündnis 90/Die Grünen BuVo/BGSt, 600.

479 Protokoll BAG Schwulenpolitik, 28./29.10.1989, AGG, B.I.10 BuVo/BGSt, 600; Stellungnahme der Rosa-Biber-Fraktion der GAL-Hamburg zum Beschluß des BHA zur Anerkennung der BAG Schwulenpolitik vom 22./23.04.1989, AGG, B.I.10 Bündnis 90/Die Grünen BuVo/BGSt, 600.

480 Frauengruppe der Grünen/AL Kreuzberg, Pädos bei den Grünen, Stachelige Argumente, Oktober 1994, S. 45–48, hier S. 46; Einladung an alle Mitglieder und Freunde von Bündnis 90/Die Grünen, Schreiben von Joachim Eul, ohne Datum, Zusendung Privatarchiv Thomas Birk; Albert Eckert, Warum ich Kindesmissbrauch verabscheue und trotzdem nicht gleich alle Pädos hasse, in: Stachelige Argumente, Dezember 1994, S. 38–40; Joachim Eul u.a., Stellungnahme zum Artikel „Pädos bei den Grünen“, in: Stachelige Argumente, Dezember 1994, S. 40.

481 Protokoll der BHA-Sitzung, 22./23.04.1989, AGG, B.I.1 Die Grünen 1980–1993, 255.

strafrecht eingebunden.<sup>482</sup> In Nordrhein-Westfalen blieb die SchwuP noch eine ganze Weile aktiv, musste aber eine ablehnende Haltung des Landesvorstands und eine nicht minder begeisterte Haltung der anderen Landesarbeitsgemeinschaften registrieren, als sie auf der Basis des Lüdenscheidpapiers für 1988 einen Kongress plante.<sup>483</sup> Seit ihrem Bundestagswahlprogramm 1987 waren die Grünen vorsichtig und in ihrem Wahlprogramm 1990 dann sehr deutlich auf Distanz zu Pädophilie gegangen sind. Die Grünen strebten 1987 zwar noch eine Reform des Sexualstrafrechts an, „die die sexuelle Selbstbestimmung fördert statt sie zu verhindern.“<sup>484</sup> Indem sie dabei explizit auf ihre erfolgte parlamentarische Initiative verwiesen, wird deutlich, dass es sich um eine Initiative zur Gleichstellung von Homo- und Heterosexuellen gehandelt hat. Das Bundestagswahlprogramm 1987 hat den inhaltlichen Fokus erstmals erkennbar verengt. Statt einer bloßen Bezugnahme auf Randgruppen, die sich irgendwie bei den Grünen verorten konnten, findet eine klare Auswahl bestimmter Gruppen statt, für die bestimmte politische Forderungen erhoben werden. Die veränderten Umstände in Fraktion und Partei schließen eine pädophiliefreundliche Interpretation des Textes weitgehend aus.

Das Bundestagswahlprogramm 1990<sup>485</sup> ist diesbezüglich noch klarer akzentuiert. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Symbol gesellschaftlicher Diskriminierung: „Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen.“<sup>486</sup> Die Gleichstellung Homosexueller wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen.<sup>487</sup> Ausdrücklich bezog man sich auf das in den Bundestag eingebrachte Programm „Emanzipation und Gleichberechtigung“<sup>488</sup>. Die weiteren Forderungen umfassten im Wesentlichen eine Streichung des § 175 StGB sowie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung Homosexu-

---

<sup>482</sup> Ablaufplan Kongress „Sumpfb Blüten im Sonnenblumenfeld“, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 1; o.V. (wahrscheinlich Dieter F. Ullmann), und wieder mal: der BHA, ASM, Katalog Politische Gruppierungen/Parteien, Grüne, 1.

<sup>483</sup> Protokoll der Sitzung der LAG-Sprecher am 30.05.1987, AGG, C NRW I LaVo/LGSt, 218 (2).

<sup>484</sup> Die Grünen, Farbe bekennen, Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn, S. 10.

<sup>485</sup> Die Grünen, Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990, Bonn.

<sup>486</sup> Ebd., S. 30.

<sup>487</sup> Ebd., S. 39.

<sup>488</sup> Bundestags-Drucksache 11/5003.

eller mit Heterosexuellen. Anders als die vorherigen Programme wurden also nicht mehr allumfassend verschiedene Gruppen einbezogen, sondern eine wesentlich schärfer akzentuierte Position bezogen, die auch eine Grenze der Toleranz definiert. Bei der Reform des Sexualstrafrechts wurde daher ansonsten auf die §§ 177 bis 179 StGB Bezug genommen, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder gegen (sexuell) gewalttätige Männer besser zu schützen.<sup>489</sup> Im Kern ging es also – abgesehen von der Streichung des § 175 StGB – nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des bestehenden Sexualstrafrechts. Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über „Pornographie und Sexualität“<sup>490</sup> eingefordert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Existenz „von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten“ kritisch als Ausdruck „sexuell geformter Männergewalt“ thematisiert.<sup>491</sup> Das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Missbrauch von Kindern beinhaltet (§ 183 III StGB), beabsichtigte die Partei sogar besser durchzusetzen.<sup>492</sup> Erkennbar hat sich im Wahlprogramm 1990 die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen niedergeschlagen, weder im Beschlusstext noch in der Form, der Diktion, wie der Wahl der Schwerpunkte gibt es einen erkennbaren Bezugspunkt mehr, der eine Unterstützung von Pädophilie zum Ausdruck bringt. Diese Linie hat sich – wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt – fortan in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wiedergefunden. Die Grünen haben sich auf die Benachteiligungen von Schwulen und Lesben gegenüber Heterosexuellen im Zivilrecht bezogen, die Streichung des § 175 StGB gefordert<sup>493</sup> und darauf aufmerksam gemacht, dass Schwule und Lesben vielfach Opfer von Gewalt sind.

Aufgegriffen wurde 1990 und 1994 die Tatsache, dass Kinder Opfer von (sexueller) Gewalt und Missbrauch sind, weswegen eine Verbesserung des Schutzes von Kindern angemahnt wurde.<sup>494</sup> 1998 bekannten sich die Grünen gar dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem

<sup>489</sup> Ebd., S. 34.

<sup>490</sup> Ebd., S. 35.

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> Ebd., S. 35.

<sup>493</sup> Die Forderung erfüllte sich bereits vor der Bundestagswahl, aber erst nach Verabschiedung des Programms.

<sup>494</sup> Bündnis 90/Die Grünen, Nur mit uns, Programm zur Bundestagswahl 1994, online einsehbar unter [http://www.boell.de/downloads/stiftung/1994\\_Wahlprogramm.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf), S. 53.

Kinder „keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Missbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen“<sup>495</sup>. Durch die Forderung, bei „rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen“ auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen,<sup>496</sup> stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ja noch explizit abgelehnt hatte. Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an.

Am Ende der 1990er Jahre findet eine neuerliche Akzentverschiebung statt. Im Verlauf der 1980er Jahre haben die Grünen ihren Einsatz gegen sexuelle Diskriminierung mehr und mehr auf die Gleichstellung von Lesben und Schwulen konzentriert. Seit 2002 haben Bundestagswahlprogramme und noch deutlicher das Grundsatzprogramm aus demselben Jahr<sup>497</sup> doch eine zentrale Grenzziehung vorgenommen: Mit der Wendung, wonach „sexualisierte Gewalt [...] eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde“<sup>498</sup> darstelle, haben sich Bündnis 90/Die Grünen deutlich gegen sexuellen Missbrauch in Position gesetzt.

---

<sup>495</sup> Bündnis 90/Die Grünen, Grün ist der Wechsel, Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn, S. 76.

<sup>496</sup> Ebd., S. 129.

<sup>497</sup> Bündnis 90/Die Grünen, Die Zukunft in Grün, Grundsatzprogramm, Berlin 2002.

<sup>498</sup> Ebd., S. 136.

## Ein vorläufiges Fazit

Abschließend möchten wir eine Art Zwischenbilanz zur Pädophiliedebatte in der Grünen Partei und ihrem Umfeld ziehen. Wie bereits mehrfach hervorgehoben, handelt es sich dabei zum gegenwärtigen Zeitpunkt unseres Forschungsprozesses um vorläufige Reflexionen und Deutungen. Sie stehen unter dem Vorbehalt weiterer, möglicherweise auch abweichender Erkenntnisse, die sich natürlich nicht zuletzt durch die Erschließung zusätzlicher Quellen ergeben mögen.

Soweit wir es überblicken, gab es sehr unterschiedliche Akteure, welche pädophile Forderungen erhoben oder dafür Legitimationshilfen beigesteuert haben. Sie fanden sich in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen, wie Pädagogik, Rechtswissenschaft, Sexualwissenschaft, Psychologie und auch in der Medizin. Politisch vermittelte sich viel davon in das grün-alternative Milieu. Doch handelte es sich um keine originär grüne Affinität, vielmehr waren die pädophilen Avancen in der Grünen Partei Resultat eines breiten und lang geführten Diskurses, der über das mit 1968 chiffrierte linke Lager hinaus reichte und liberale Gruppierungen des Bildungsbürgertums umfasste. Hier wurde mit Verve von der Befreiung des Sexuellen gesprochen; hier kündigten sich auch die bevorstehenden Auseinandersetzungen über Geschlechterverhältnisse und Sozialutopien an. Der emanzipative Aufbruch, der den Individuen die Möglichkeit verschaffte, sich aus der Fremdbestimmung durch vorgegebene Weltanschauungen, verbindlich gesetzte Glaubensüberzeugungen, kollektive Eingliederungserwartungen zu lösen und eigene Lebensmodelle zu entwerfen, überschritt dabei einige aus heutiger Sicht weitgehend unumstrittene normative Grenzen. Die Diskussionen, Projekte und Experimente des Alternativen Milieus, der Post-Achtundsechziger-Zeit mussten sich geradezu zwangsläufig auch bei den Grünen als neue Partei dieser Kohorte und Zeitströmung widerspiegeln. Insbesondere die Debatten in der Pädagogik und Sexualwissenschaft boten reichlich ideologischen Stoff, dessen sich die Grünen - aber keineswegs nur sie - gern bedienten. Das linksliberale Milieu, das sich in den 1960er Jahren einflussreich konstituierte, beförderte über seine damaligen Leitmedien Erörterungen, die auf Beseitigung, zumindest Relativierung einer durch die staatliche Gesetzgebung und altbürgerliche Kulturhegemonie bis dahin äußerst restriktiv definierten Sexualmoral hinausliefen und

welche die freie Entfaltung des einzelnen Bürgers zum Handlungsimperativ erhoben. Davon floss zunächst einiges in die zwischenzeitlich sozialliberal mutierte FDP, vor allem in ihren damaligen Jugendverband, die expressiv rebellisch auftretenden Jungdemokraten, hinein. Doch auch Beratungsinstanzen wie pro familia und der Kinderschutzbund waren für pädophile Interessen wichtige Brückenköpfe. Inwieweit pädophile Maximen in diesen Organisationen durch einen Entrismus von Kadergruppen der Pädophilieszene an Schwung gewannen, ist eigene Forschungsanstrengungen wert.

Politisch und programmatisch vorangetrieben wurden pädophile Forderungen nämlich stark von einer politisch und publizistisch zunehmend aktiven Bewegung, die international vernetzt agierte und sich ab Mitte der 1970er Jahre auch in Deutschland organisatorisch formierte. In ihrer besonders vitalen Phase ab Ende der 1970er Jahre fanden die Aktivisten dort mehrere Anknüpfungspunkte im medialen Diskurs, in der Wissenschaft, in politischen Organisationen und bei anderen zivilgesellschaftlichen Kräften, nicht zuletzt eben bei den Grünen.

Doch darauf beschränkte es sich keineswegs. Das Bündnis mit der damaligen Schwulenbewegung war ebenso Bezugspunkt der Pädophilieaktivisten, die darüber hinaus mit Organisationen wie dem Kinderschutzbund, der Humanistischen Union und anderen die Kooperation suchten. Gerade die Schwulenbewegung zeigte sich aber aus verschiedenen Gründen in gewichtigen Teilen politisch und strukturell offen für pädophile Inhalte und Aktivisten; sie stellte immer wieder einen wesentlichen Verstärker sowie ein politisches Vehikel für pädophile Forderungen dar. Im Windschatten ihrer Forderungen konnten pädophile Positionen in das erste Grundsatzprogramm der Grünen gelangen. Das pädophile Votum wurde daraufhin zwar rasch wieder relativiert, bildete aber dennoch weiterhin einen Bestandteil des programmatischen Rahmens, auf den sich örtliche Gliederungen bezogen – oftmals ohne die 1980 geforderte Debatte zu führen und ohne dass in den folgenden Jahren auf Bundesebene die eigentlich offene Positionierung entschieden wurde. Auf welche Weise genau Forderungen in die Programme gelangt waren, wie die ausbleibenden Reaktionen und Diskussionen zu erklären sind und ob es nicht doch solche Beiträge und Interventionen gegeben hat, wird im weiteren Vorgehen noch genauer zu rekonstruieren und zu analysieren sein.



Trotz mancher Lücken lässt sich zum Diskurs über Pädophilie bereits jetzt festhalten, dass die Grünen weder der erste noch der einzige Ansprechpartner für pädophile Aktivist\*innen gewesen sind. Wohl aber bot die junge Partei aufgrund ihrer organisationsstrukturellen und kulturellen Eigenschaften einen besonderen Resonanzboden für Anliegen von Minderheiten und Randgruppen verschiedener Couleur.<sup>499</sup> Auf dieser Basis war es auch propädophilen Kräften über mehrere Jahre hinweg möglich, ihre Ansichten und Forderungen in den Willensbildungsprozess der Grünen einzuspeisen.

Dort fanden sich einige Nischen, in denen Debatten über Pädophilie gedeihen konnten. Die BAG SchwuP war eine davon. Auch die Arbeitskreise zu Kinder- und Jugendpolitik waren von Interesse. Über die Kommunebewegung oder die Stadtindianer streute sich ebenfalls die ein oder andere Auffassung solcher Konventikel in die Partei hinein. Neben Anti-Atomkraft, Naturschutz und Friedenspolitik fanden derartige Forderungen gleichsam eine Fensteröffnung zur Programmatik der Partei, da es zum Basiskanon der Gründungsgrünen gehörte, möglichst viele Minderheiten programmatisch zu integrieren, jedenfalls partout nicht „auszugrenzen“. Allerdings schlug sich das nicht immer in den programmatischen Dokumenten jener Jahre nieder. Für den weiteren Forschungsverlauf wäre es interessant zu erschließen, unter welchen Bedingungen die Grünen sich dezidiert gegen pädophilenfreundliche Forderungen aussprachen. Denn nach dem bisherigen Stand der Recherche waren nicht alle Landtagswahlprogramme der Grünen, sowie auch nur ein kleinerer Teil der Kommunalwahlprogramme, offen für pädophile Forderungen. Ebenso fanden sich widerstreitende Positionen innerhalb der Partei. Doch, nochmals, zum Selbstverständnis der Grünen gehörte es, dass Minderheitenpositionen ein Forum gewährt und ihre Anliegen zumindest in Teilen unterstützt wurden.

Derartige strukturalistische Erklärungsmuster sollen jedoch nicht verdrängen, dass es, wie dargestellt, gleichwohl eine in Teilen sogar heftige Kontroverse um die Forderungen zur Legalisierung von Pädophilie gegeben hat. Die Beteiligten mussten sehr genau gewusst haben, was sie tatsächlich debattiert und beschlossen hatten und welche Grenzlinien dabei vage gelassen oder bewusst überschritten worden sind. Doch man kümmerte sich in der Folge

---

<sup>499</sup> Dazu besonders interessant die Einschätzung der früheren Parteisprecherin Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen, Hamburg 1991, S. 33.

darum wenig. Auch hier ist noch offen, warum kritische Gegenreden beispielsweise von im grün-alternativen Milieu durchaus prominenten Personen wie Günther Amendt oder Alice Schwarzer anfangs so wenig beachtet wurden. Tatsächlich waren die Grünen in Ermangelung eines breiten öffentlichen Gegendiskurses nicht gefordert, ihre Position zu reflektieren. Die Frage steht weiterhin im Raum, warum man seitens der medialen Öffentlichkeit mit Ausnahme von 1985 der Diskussion um Pädophilie bei den Grünen verblüffend wenig Aufmerksamkeit schenkte. Erst in den Jahren 1984/85 brach die zuvor nicht geführte Debatte eruptiv aus. Die pädophilen Zirkel forderten, was sie sich vom alternativen Versprechen der Grünen erhofft und erwartet hatten. Weite Teile der Partei waren nunmehr skeptisch geworden, insbesondere die bei den Grünen inkorporierten Teile der Frauenbewegung. Indes, erst die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen 1985 nebst der Niederlage bei der Landtagswahl katalysierten die Auseinandersetzungen und führten dazu, dass die pädophilen Postulate und ihre Aktivisten zwar noch nicht ganz verschwanden, jedoch eindeutig in eine minoritäre Position gerieten.

Die Grünen waren wegen ihrer thematischen Offenheit, ihrer relativ transparenten und durchlässigen Strukturen, aufgrund ihrer Differenz zur Mehrheitsgesellschaft, ihrer manifesten Distanz zu Staat und Politik, einhergehend mit einer auch zum Schutz von Minderheiten und Randgruppen ausgerichteten Politik der Betroffenheit, anfangs ein probater Ort zur Artikulation, bisweilen auch zur Durchsetzung von konfliktträchtigen Mindermeinungen. Damit – und das ist gewiss die zweite Seite der Medaille in der Debatte, um die es in diesem Zwischenbericht geht – trugen sie erheblich zur weiteren Demokratisierung und Pluralisierung der deutschen Gesellschaft bei. Zudem durchliefen die Grünen in den 1980er und 1990er Jahren eine bemerkenswerte Transformation. Im Strom dieser Entwicklung hat sich auch die Pädophiliedebatte vollzogen, wobei sie keineswegs jemals den Kern der Parteientwicklung oder Parteiidentität bildete. All die parteihistorischen Wendungen und Veränderungen, die auf den Parteitagen in Neumünster 1991 und Bielefeld 1999 kulminierten, hatten mit Pädophilie nichts mehr zu tun. Das Thema war aus Sicht der Partei damals offensichtlich erledigt. Dessen ungeachtet tauchte aber zumindest bis Mitte der 1990er Jahre die Debatte hier und da noch einmal in der Partei auf. Auch in der BAG-Schwulenpolitik arbeiteten ja

Vertreter mit, die sich zuvor für eine Freigabe der Pädophilie ausgesprochen hatten. Weitere Aktivisten aus der SchwuP blieben der Partei an anderer Stelle erhalten.<sup>500</sup>Ob, wie weit und weshalb Personen dieser Observanz ihre Auffassung korrigiert oder revidiert haben, ist noch nicht abschließend geklärt. Überdies steht im Forschungsprojekt noch aus, das sich wandelnde gesellschaftliche Klima und die Fortentwicklung der sexualwissenschaftlichen Forschungs- und Erklärungsansätze in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre detaillierter nachzuzeichnen, dabei auch verstärkt mit Zeitzeugen das Gespräch zu suchen.

Außerhalb der Grünen war das Thema keinesfalls mit Beginn der 1990er Jahre beendet. Die Debatte bei pro familia wie auch in der Humanistischen Union hält – nach bisherigen Erkenntnisstand – sogar länger an als bei den Grünen. Bei der Humanistischen Union sinnierte man noch zur Jahrtausendwende darüber, dass die „Freigabe der Pornographie und aller freiwilligen sexuellen Handlungen“ Grundvoraussetzung für die Verringerung von sexuell motivierter Gewalt sei<sup>501</sup>, was dort aber nicht unwidersprochen blieb.

Wenn nun heute die Vertreter und Zeitgenossen solcher Organisationen zur apologetischen Verniedlichung ihrer Beiträge neigen oder schlicht abstreiten, Debatten solcher Art überhaupt geführt zu haben, so steht die geschrumpfte oder bewusst reduzierte Gedächtnisfähigkeit im starken Kontrast zur Lage der Opfer von sexuellem Missbrauch, die oft ein Leben lang seelisch schwer daran zu tragen haben. Damit trifft das Trauma der einen auf die Amnesie der anderen. Die Wunden wollen nicht heilen, werden durch wurschtige Entlastungsphrasen – dass alles sei doch „Schnee von gestern“<sup>502</sup> – wieder und wieder denkbar schmerzhaft aufgerissen. Deswegen ist es (nicht allein) seitens der Grünen ganz unvermeidbar, sich zu erinnern, auch wenn es qualvoll und „elektoral abträglich“ sein mag. Es reicht keinesfalls, auf einen besonderen Zeitgeist, auf lediglich wenige Verirrte und randständige Sektierer in den eigenen Reihen zu verweisen, die man längst hinter sich gelassen habe.

Gewiss, Differenzierungen und Abwägungen lassen sich derzeit kaum angemessen

---

500 O.V., Pädophilieaufarbeitung: Grüner Ratscherr legt alle Ämter nieder, online einsehbar unter <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/paedophilie-aufarbeitung-gruener-ratscherr-legt-alle-aemter-nieder-aid-1.3714798>, 30.09.2013 [eingesehen: 29.11.2013].

501 Vgl. Franz-Josef Hanke u. Steve Schreiber, Pornographie vermindert sexuelle Gewalt, in: Mitteilungen der Humanistischen Union, Nr. 168 (1999), H. III, S. 106.

502 Sebastian Heiser, Trittin-Artikel zur Pädophilie, Das ist doch Schnee von gestern. Warum wird das heute gedruckt?, online einsehbar unter <http://blogs.taz.de/hausblog/2013/11/27/trittin-artikel-zur-paedophilie-das-ist-doch-schnee-von-gestern-warum-wird-das-heute-gedruckt/> [eingesehen am 08.12.2013].

besonnen in den medial öffentlichen Diskurs hineingeben. Dabei: Nicht alle, die einst das Strafrecht in den §§ 174 und 176 ändern wollten, waren Propheten einer exzessiven Libertinage. Nicht jeder, der 1980 in den ansonsten geltenden strafrechtlichen Bestimmungen hinreichend Schutz für Kinder gegen gewalttätige Zugriffe sah, folgte einem pädophilen Interesse. Nicht alle waren politische Wirrköpfe, die Schlussfolgerungen solcher Art aus Untersuchungen von Wissenschaftlern zogen, welche gar von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurden.<sup>503</sup> Denn diese Studien wiesen auch neue Erkenntnisse und tragfähige Empfehlungen aus – allerdings ebenfalls haarsträubende Einseitigkeiten und Fehltritte. Viele Autoren schauten mit bemerkenswerter Empathie überwiegend auf die Täter, ihre Lebensgeschichte und inneren Nöte, ließen demgegenüber in verblüffendem Maße vergleichbare Aufmerksamkeit, gar Sensibilität für die Opfer vermissen. Andere legten weniger Augenmerk auf den primären Missbrauch als auf die sekundären Traumata der Opfer, die sich als Folge des Strafverfahrens ergaben.

Die Abgrenzung von Pädophilie und sexuellem Missbrauch dient in der öffentlichen Debatte, das haben die vergangenen Monate auch gezeigt, dazu, sich der eigenen moralischen Integrität zu versichern. Schließlich droht Personen und Institutionen, die damit irgendwie in Verbindung gebracht werden, ein jäher und erheblicher Verlust an Reputation wie Integrität. Entsprechend fällt es vielen Akteuren natürlich schwer, ihre frühere Haltung hierzu öffentlich zu erläutern, da dergleichen umgehend und in aller Schärfe als nachträgliche Bagatellisierung von sexueller Gewalt gegen Kinder gewertet werden würde. Das erschwert nicht nur den Grünen eine offen geführte Auseinandersetzung über die damalige Zeit.

Die sexuelle Liberalisierung seit den 1960er Jahren steht in der Wahrnehmung der übergroßen Mehrheit der Bundesdeutschen heute unzweifelhaft auf der Haben-Seite der bundesrepublikanischen Geschichte. Das Renommee der 68er-Generation und die bemerkenswerten Erfolge der Grünen bei Wahlen seit 1979 konnten aus diesem Wohlwollen gegenüber der Deregulierung zuvor eng gefasster Normen und autoritärer Kontrollbefugnisse schöpfen. Denn man schrieb ihnen, den Protest- und Alternativkohorten der Bundesrepublik, den gesellschaftlichen Freiheitsschub positiv zu. Doch hat die Transzendierung konventioneller

---

<sup>503</sup> So die Studie von Rüdiger Lautmann, *Die Lust am Kind. Porträt des Pädophilen*, Hamburg 1994, hier der Hinweis auf S. 134.

Moralbestände - man mag auch mit guten Gründen von einer neolinksliberalen Deregulierung der Sexualmärkte sprechen - und die Entgrenzung individueller Handlungsmöglichkeiten ebenfalls Lasten bereitet, Verlierer zurückgelassen, ja: Schäden und Geschädigte produziert. Im Grunde weist die Diskussion um die Pädophilie auf die immer wiederkehrenden Aporien von Modernisierungs- und Emanzipationswellen hin. Sie erweitern Räume, sie vervielfältigen die Optionen, sie eröffnen neue Chancen. Das ist die eine Seite, die mit Recht vielfach goutiert wird. Zur anderen Seite jedoch gehören unvermeidlich Destruktionen, Verluste, dann die mangelnde Resistenz gegenüber rein marktförmigen oder suggestiven Surrogaten für gerade aufgekündigte Solidarbeziehungen und verabschiedete Sinnmuster. Man wird das eine nicht ohne das andere bekommen. Nach Zeiten radikaler Deregulierung pflegen längere Momente zu folgen, in denen über neue Grenzziehungen nachgedacht wird. 2013 war so ein Moment. Er dürfte noch nicht zu Ende sein. Aber auch dann geht die Geschichte, schreitet der dialektische Prozess von traditionskritischer Entbindung und einhegender Rückbindung weiter. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht hinter dem Rücken politischer und gesellschaftlicher Akteure. Sie tragen vielmehr Verantwortung für Richtung und Ziel solcher Prozesse, nicht nur für das Licht, sondern auch für die Schatten, die - dadurch! - geworfen werden. An diesem Punkt stehen die Grünen gegenwärtig in der Debatte um die Pädophilie.



Kontaktdaten:

Institut für Demokratieforschung

Georg-August-Universität Göttingen

Weender Landstraße 14

37073 Göttingen

Tel: 0551-39-1701-00

Fax: 0551-39-1701-01

[info@demokratie-goettingen.de](mailto:info@demokratie-goettingen.de)

[www.demokratie-goettingen.de](http://www.demokratie-goettingen.de)



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung